

Zeitgeschichte in Hamburg · 2018



FZH Forschungsstelle
für Zeitgeschichte
in Hamburg

ZEITGESCHICHTE IN HAMBURG
NACHRICHTEN AUS DER FORSCHUNGSSTELLE
FÜR ZEITGESCHICHTE IN HAMBURG (FZH)
2018



ZEITGESCHICHTE IN HAMBURG

2018

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)
Wissenschaftliche Einrichtung an der Universität Hamburg
Beim Schlump 83
20144 Hamburg
Tel. +49 40 43 13 97 0
Fax +49 40 43 13 97 40
www.zeitgeschichte-hamburg.de

»Zeitgeschichte in Hamburg 2018« wird kostenlos von der
Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH) abgegeben und steht auf
www.zeitgeschichte-hamburg.de als Download zur Verfügung.

ISSN Print 2366-6412
ISSN Web 2366-6420

Herausgeber: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)
Hamburg 2019

Umschlagabbildung Vorderseite: Maïke Raap

Umschlagabbildungen Rückseite: Mitgliedsausweis des Sozialistischen Deutschen
Studentenbundes (SDS) einer ehemaligen Akteurin im SDS Hamburg. Die Marken
und die Datierungen geben Auskunft darüber, dass von WS 1961/62 bis WS 1966/67
pro Semester Mitgliedsbeiträge gezahlt wurden. Die Ausweise stammen aus dem
FZH-Archiv: Bestand 374-615_SDS Hamburg, Sammlung Jahnke.

Redaktion: Knud Andresen, Kirsten Heinsohn, Maïke Raap

Satz und Layout: Das Herstellungsbüro, Hamburg

1. Auflage 2019

INHALT

KIRSTEN HEINSOHN

Vorwort 7

■ AUS DER FORSCHUNG

DETLEF GARBE

Eine Stadt und ihr KZ 12
*Die Hansestadt Hamburg und das Konzentrationslager
Neuengamme*

YVONNE ROBEL

Sinti und Roma in Hamburg 32
*Zum Potenzial lokalgeschichtlicher Perspektiven
auf Minderheiten*

LINDE APEL

Jenseits von 1968 52
Politische Mobilisierung im Schwarzen Jahrzehnt

NINA MACKERT

Beef, Bohnen, Brühe 70
Kalorienzählen und soziale Ordnung in den USA, 1880 – 1930

■ BERICHTE AUS DER FZH

KNUD ANDRESEN

Karl-Otto Schütt ging in den Ruhestand 90

CHRISTOPH STRUPP

Joachim Szodrzyński ging in den Ruhestand 94

■ TAGUNGSBERICHTE

CHRISTOPHER SEIBERLICH

Perceptions of Apartheid in Western Europe
1960 – 1990 100

ANNA STUHLPFARRER

Architektur. Politik. Geschlecht

109

Neue Perspektiven auf Leben und Werk

Margarete Schütte-Lihotzkys

■ **TÄTIGKEITSBERICHT 2018**

117

VORWORT

Ob es um den Abstieg des HSV nach 50 Jahren aus der 1. Fußballbundesliga, die Große Koalition mit dem neuen Vizekanzler Olaf Scholz, der bis dahin Erster Bürgermeister in Hamburg war, oder die herbstliche Abschiedsrede von Angela Merkel als Vorsitzende der CDU in den Hamburger Messehallen ging – Hamburg war in Politik und Medien auch im letzten Jahr präsent. Sowohl der Fußball wie auch die Bundesparteien und die Hamburger Politik haben sich zügig den aktuellen Realitäten gestellt und neue Verantwortliche berufen.

Auch in der FZH gab es im vergangenen Jahr wieder Wechsel auf wichtigen Stellen, wenn auch noch nicht auf der wichtigsten Position: 2018 war das erste, lange Jahr ohne einen Direktor oder eine Direktorin. Die Vorstandsarbeit der FZH wurde allein von der stellvertretenden Direktorin geleistet, sehr gut unterstützt von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Forschungsstelle, und immer guten Mutes, dass das gemeinsame Besetzungsverfahren für die Direktorenstelle mit der Universität bald zu einem positiven Abschluss kommt. Diese Hoffnung, die schon im Jahresbericht für 2017 geäußert wurde, hat sich noch nicht erfüllt, aber wir sind zuversichtlich, dass 2019 zu dem Jahr wird, in dem der Vorstand der FZH wieder vollständig sein wird. Der hier vorgelegte Jahresbericht zeigt, dass trotz dieser Belastungssituation auch 2018 gute wissenschaftliche Arbeit geleistet wurde. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter legten wieder zahlreiche Aufsätze vor, hielten Vorträge auf nationalen und internationalen Konferenzen, organisierten Tagungen und hielten nicht zuletzt gut besuchte Vorlesungen sowie Seminare am Fachbereich Geschichte der Universität Hamburg. Die Werkstatt der Erinnerung, das Archiv und die Bibliothek wurden von vielen Studierenden und Interessierten genutzt oder präsentierten ihre Tätigkeiten. Zwei langjährige Mitarbeiter gingen in den Ruhestand: »unser« allwissender Bibliothekar, Karl-Otto Schütt, im April und im November dann Joachim Szodrzyński, der sich nicht nur im Archiv gut auskennt, sondern vor allem als umsichtiger Lektor zum Erfolg der Buchreihen der FZH beigetragen hat. Beide stehen der FZH noch weiter mit ihrer Expertise zur Verfügung. Die Bibliothek wird nun seit Anfang

Mai von Christiane Riemer, ausgebildete Diplom-Bibliothekarin, geleitet. Knud Andresen und Christoph Strupp stellen die beiden Ruheständler in diesem Jahresbericht vor.

2018 war zugleich ein klassisches Jubiläumsjahr: Im Frühjahr erinnerten Medien und Zeitzeugen an die Ereignisse von 1968, im Herbst stand dann die Novemberrevolution von 1918 und der Beginn der ersten deutschen Demokratie im Vordergrund. Beide Themenbereiche wurden seitens der FZH mit Veranstaltungen begleitet. Im Frühjahr gab es eine sehr gut besuchte öffentliche Veranstaltungsreihe unter dem Titel »1968 – to be continued ...«, in der der Frage nachgegangen wurde, welche Mobilisierungen und Themen jenseits der Studierendenbewegung auch mit der Chiffre 1968 verbunden waren. Einige Überlegungen und Forschungsergebnisse dazu finden sich in Linde Apels Beitrag in diesem Jahresbericht.

Die Novemberrevolution von 1918 beschäftigte uns dagegen das ganze Jahr: An der Ausstellung zur Revolution im Museum für Hamburgische Geschichte, eröffnet im April 2018, war die FZH zum einen mit wissenschaftlicher Beratung beteiligt, zum anderen aber auch mit Leihgaben aus dem Archiv. In Kooperation mit dem DGB und der Landeszentrale für politische Bildung veranstaltete die FZH eine Lesung aus den Protokollen des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates, die am historischen Ort, im Gewerkschaftshaus, stattfand. Darüber hinaus ist die FZH als Kooperationspartnerin für das Themenportal »Hamburg 1918.1919 – Aufbruch in die Demokratie« tätig gewesen; eine Website, die im Auftrag der Senatskanzlei durch die Stiftung Historische Museen in Hamburg erstellt wurde.

Der wissenschaftliche Ertrag der FZH im Jahr 2018 ist ebenfalls sehr erfreulich. Zwei Promotionsarbeiten, gefördert von der DFG, wurden abgeschlossen: Zum

einen beendete Sebastian Justke sein Projekt zum Thema »Westdeutsche Pfarrerinnen und Pfarrer im Land der Apartheid. Wahrnehmungen, Erfahrungen und Reaktionen im südlichen Afrika von den 1970er bis zu den 1990er Jahren«, zum anderen reichte Moritz Liebeknecht seine Dissertationsschrift über »Die Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung (DGfS) von 1950 bis in die 1970er Jahre. Zum Verhältnis von Sexualwissenschaft und öffentlichem Sexualitätsdiskurs« ein.

Neue Forschungsprojekte haben Sebastian Justke und Jessica Erdelmann begonnen. Sebastian Justke wird eine kleine Monografie über den Hamburger Unternehmer Albert Schäfer zwischen 1933 und 1956 schreiben, Jessica Erdelmann wird sich in ihrem von der DFG geförderten Promotionsvorhaben mit dem Verbleib und dem Umgang mit dem privaten Vermögen von NS-Angehörigen in der frühen Bundesrepublik beschäftigen. Mit beiden Projekten widmen wir uns wieder verstärkt dem Forschungsbereich »Nationalsozialismus und seine zweite Geschichte«, der im vorliegenden Jahresbericht auch durch zwei wissenschaftliche Beiträge repräsentiert ist: Detlef Garbe, Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, hat uns freundlicherweise seinen profunden Vortrag zum Umgang der Stadt Hamburg mit dem KZ Neuengamme zur Verfügung gestellt. Yvonne Robel skizziert die Möglichkeiten, die in einem lokalhistorischen Zugriff auf die Geschichte von Minderheiten liegen können, am Beispiel der Sinti und Roma.

Die ehemalige stellvertretende Direktorin, Dorothee Wierling, hat 2018 als assoziierte Mitarbeiterin der FZH Forschungen zum Thema »Hamburg im Visier der DDR« durchgeführt. Dieses Projekt wird seitens der »Bundesstiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur« gefördert. Wir danken allen Förderern unserer wissenschaftlichen Arbeit, insbesondere der DFG und ihren Gremien, für die gewährten Unterstützungen.

Auch die Vermittlung wissenschaftlicher Ergebnisse war uns wieder ein wichtiges Anliegen. Neben zahlreichen Aufsätzen und Vorträgen aller wissenschaftlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind zwei Bücher, die auf Projekte der FZH zurückgehen, in unseren Reihen publiziert worden. Als Sonderband im »Forum Zeitgeschichte« erschien die Monografie von Dorothee Wierling: »Mit Rohkaffee handeln. Hamburger Kaffeimporteure im 20. Jahrhundert«. In dieser Reihe wurde außerdem die Dissertation von Janine Schemmer unter dem Titel »Hafenarbeit erzählen. Erfahrungs- und Handlungsräume im Hamburger Hafen seit 1950« veröffentlicht.

Zwei internationale Tagungen wurden seitens der FZH organisiert bzw. als Kooperationspartnerin unterstützt. Zum einen die Tagung »Perceptions of Apartheid in Western Europe 1960–1990« im September in Hamburg, gemeinsam mit der Universität Kopenhagen, zum anderen »Architektur. Politik. Geschlecht. Neue Perspektiven auf Leben und Werk Margarete Schütte-Lihotzkys« im Oktober in Wien, gemeinsam mit der Universität für angewandte Kunst Wien. Die Berichte zu diesen Tagungen stammen von Christopher Seiberlich und Anna Stuhlpfarrer. Weitere Veranstaltungen fanden zusammen mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Workshop zur Rezeption des Buches von Ralph Giordano »Die zweite Schuld«), der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung (Wirkungen von Exil und Remigration auf die Entwicklung von Wissenschaften) sowie der Christian-Geissler-Gesellschaft und der Internationalen Gisela-Elsner-Gesellschaft (Linke SchriftstellerInnen und Widerstand Anfang der 1970er Jahre) statt. Auf dem Historikertag in Münster war die FZH u. a. durch Vorträge von Yvonne Robel und Anne Kurr vertreten.

Wir danken allen Kooperationspartnern aus dem letzten Jahr, insbesondere dem DGB, der Landeszentrale für politische Bildung, der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, dem Allgemeinen Vorlesungswesen der Universität Hamburg sowie der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung, herzlich für die hervorragende Zusammenarbeit.

Zum Vermittlungsbereich gehören auch die wissenschaftlichen Einrichtungen der FZH. Die Arbeit in der Bibliothek war 2018 geprägt durch die Übergabe der Leitung an Christiane Riemer. Der Bestand liegt mittlerweile bei mehr als 100 500 Bänden, und das schon im Vorjahr angesprochene »Platzproblem« der Bibliothek ist leider noch nicht gelöst.

Das Archiv ist ebenfalls ein wenig gewachsen, u. a. durch die Aufnahme des Nachlasses von Werner Jochmann, dem ehemaligen Direktor der Forschungsstelle. Einige Bestände wurden aber auch an andere Archive abgegeben, so dass insgesamt kein zu großer Aufwuchs zu verzeichnen ist – das wäre auch mit den vorhandenen Räumlichkeiten nicht mehr möglich. Wie die Bibliothek benötigt auch das Archiv dringend eine Lösung für den Platzbedarf; dieses Thema wird uns also 2019 noch weiter am Herzen liegen. Der Online-Katalog des Archivs musste 2018 aus datenschutzrechtlichen Gründen zunächst offline gestellt werden. Für 2019/2020 bereitet unsere Archivarin Kirsten Schaper die Publikation einer erneuerten Datenbank vor, so dass Nutzer dann auch wieder selbstständig in den Beständen des Archivs recherchieren können.

Die Werkstatt der Erinnerung wird weiterhin rege genutzt. Linde Apel wie auch Lena Langensiepen beraten über Interviews für Forschungsarbeiten, führen selbst Interviews und werten diese wissenschaftlich aus. 2018 waren die Mitarbeiterinnen der Werkstatt außerdem national und international unterwegs, um Netzwerke für Oral-History-Forschungen zu bilden oder zu unterstützen.

Last, but not least, ist hier noch die Öffentlichkeitsarbeit, geleitet von Maïke Raap, zu erwähnen. 2018 wurden neben den üblichen Informationen und Werbungen für eigene Projekte zahlreiche kooperative Veranstaltungen begleitet. Zusätzlich ist die FZH seit Herbst auch auf Twitter präsent. Wir sind gespannt, wie viele »follower« sich der FZH in den kommenden Monaten noch anschließen werden.

Zum Abschluss des Jahres möchten wir uns herzlich bei den Gremien der Forschungsstelle, dem wissenschaftlichen Beirat und dem Kuratorium, für die Unterstützung im letzten Jahr bedanken. Großer Dank geht auch an die Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung, nicht nur für die finanzielle Ausstattung, sondern auch für die Hilfsbereitschaft bei allen institutionellen Fragen; hier sind insbesondere Frau Dr. Gümbel, als Vorsitzende des Kuratoriums, sowie Frau Linke und Frau Wilms zu nennen.

Für das neue Jahr freuen wir uns auf weiterhin vertrauensvolle Zusammenarbeit, hoffentlich bald mit einem kompletten Vorstand der FZH und frischen Ideen für die Zeitgeschichte in Hamburg.

Kirsten Heinsohn, Stellvertretende Direktorin, Januar 2019

EINE STADT UND IHR KZ

Die Hansestadt Hamburg und
das Konzentrationslager Neuengamme

- 1 Eine Zusammenfassung der Forschung bietet der Begleitband zur Dauerausstellung im Mahnmal St. Nikolai, Gomorrha 1943. Die Zerstörung Hamburgs im Luftkrieg, hg. v. Förderkreis Mahnmal St. Nikolai e.V., Hamburg 2013.
- 2 Ulrich Lamparter / Silke Wiegand-Grefe / Dorothee Wierling (Hg.), Zeitzug des Hamburger Feuersturms 1943 und ihre Familien. Forschungsprojekt zur Weitergabe von Kriegserfahrungen, Göttingen 2013.
- 3 Malte Thießen, Eingebannt ins Gedächtnis. Hamburgs Gedenken an Luftkrieg und Kriegsende 1943 bis 2005, München / Hamburg 2007.
- 4 Vgl. die Literaturnennungen in Jørgen Barfod, Helvede har mange navne, Gylling 1995; Judith Schuyf (Eindredactie), Nederlanders in Neuengamme. De ervaringen van ruim 5500 Nederlanders in een Duits concentratiekamp 1940 – 1945, Zaltbommel 2005.
- 5 Alyn Beßmann / Hanno Billerbeck / Detlef Garbe / Lisa Herbst / Katharina Hertz-Eichenrode, Eine Stadt und ihr KZ. Häftlinge des KZ Neuengamme im Hamburger Kriegsalltag 1943 – 1945. Katalog zur Ausstellung, hg. von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg 2019.

Im Sommer 2018 jährten sich die von der Royal Air Force mit Unterstützung von US-Bomberverbänden unter der Bezeichnung »Operation Gomorrha« geführten Luftangriffe auf Hamburg zum 75. Mal. Die Zerstörung großer Teile der Stadt,¹ der Tod von 34 000 Menschen und die Traumata, von denen noch heute viele Menschen geprägt sind, die in jungen Jahren die Angriffe miterlebten,² weist diesem Ereignis eine zentrale Bedeutung im Stadtgedächtnis zu. Jahrzehntlang nahm das Gedenken an den »Feuersturm« und seine Opfer eine herausragende Bedeutung in der städtischen Erinnerungskultur ein.³

Die Verbrechen, die sich fast zeitgleich während der Kriegsjahre im Konzentrationslager Neuengamme zutrug und deren Opferzahl durchaus vergleichbar ist, nahmen hingegen sehr lange keinen festen Platz im Stadtgedächtnis ein. Bis in die Gegenwart wird dieses Geschehen oft nicht als Teil hamburgischer Geschichte wahrgenommen. Die abseitige Lage des Hauptlagers in den Hamburger Landgebieten, die organisatorische Zugehörigkeit zum Herrschaftsbereich des Reichsführers SS und der zentralen Dienststellen in Berlin und Oranienburg, die vollständige Lagerräumung bei Kriegsende wie die Nachnutzung des Lagers beförderten ebenso wie Strategien der Schuldabwehr und Verdrängung diese Wahrnehmung.

Dabei war die Geschichte des Lagers aufs Engste

mit der Geschichte der Stadt verflochten. In der Gründungsphase des KZ Neuengamme wie auch in den Folgejahren gab es vielfältige Beziehungen zwischen der Lagerführung und den Hamburger Behörden. Enge Verbindungen bestanden zur Staatsverwaltung und dem Polizeipräsidenten oder zur Gemeindeverwaltung, insbesondere der Bauverwaltung und dem Amt für kriegswichtigen Einsatz. Auch die Gauwirtschaftskammer und die Firmen, für die Häftlinge des KZ Neuengamme tätig waren, unterhielten enge Verbindungen zur Lagerführung.

Dieses Beziehungsgeflecht gibt auch eine Erklärung dafür, weshalb jahrzehntelang durchaus erfolgreich versucht wurde, das in den eigenen Stadtgrenzen gelegene Konzentrationslager aus der historischen Erinnerung auszugrenzen. Anders als beispielsweise in Dänemark und den Niederlanden, wo das KZ Neuengamme als der Hauptdeportationsort für Angehörige der dortigen Widerstandsbewegungen gilt und in den Nachkriegsjahrzehnten zahlreiche Publikationen hierzu erschienen,⁴ war die Lagergeschichte bis Ende der 1970er Jahre in Hamburg nur einer kleinen Öffentlichkeit bekannt.

Die Beteiligung der Hansestadt und die Verantwortung der lokalen NS-Eliten stand im Fokus der Ausstellung »Eine Stadt und ihr KZ: Häftlinge des KZ Neuengamme im Hamburger Kriegsalltag 1943–1945«⁵, die von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme im Januar und Februar 2019 im Hamburger Rathaus gezeigt wurde. Im Folgenden soll die Rolle Hamburgs an fünf Aspekten verdeutlicht werden.

- 6 Schreiben des Verwaltungschefs der SS, SS-Gruppenführer Oswald Pohl, an den Hamburger Kämmerer, Senator Dr. Hans Nieland v. 13.9.1938, in: StAHH, Fin Dep IV DV IIC-3v-VIII B2.
- 7 Zum Folgenden ausführlich Hermann Kaienburg, »Vernichtung durch Arbeit«. Der Fall Neuengamme. Die Wirtschaftsbestrebungen der SS und ihre Auswirkungen auf die Existenzbedingungen der KZ-Gefangenen, Bonn 1990, S. 152–156, 170–173, 361–366.
- 8 Reichsführer-SS, Chef des Hauptamtes Verwaltung und Wirtschaft, Schreiben an den Hamburger Reichsstatthalter Kaufmann vom 25.1.1940, in: StAHH, Fin Beh I, 21-690-3/1.
- 9 Vgl. Michael Bose / Michael Holtmann / Dietmar Machule / Elke Pahl-Weber / Dirk Schubert, »... ein neues Hamburg entsteht«. Planen und Bauen von 1933–1945, Hamburg 1986; Sylvia Necker, Konstanty Gutschow (1902–1978). Modernes Denken und volksgemeinschaftliche Utopie eines Architekten, Hamburg / München 2012.

Die Lagergründung

In der 1936 einsetzenden Phase der Konzentrationslager, die auf eine Nutzung der Häftlingsarbeitskraft für Zwecke der Baustoffproduktion abzielte, waren es zunächst wirtschaftliche Erwägungen der SS, die Hamburg-Neuengamme als Standort für eine weitere Lagerneugründung interessant machten. Es befanden sich hier abbaubare Tonvorkommen, die Verkehrsverbindungen waren günstig und es gab eine abgelegene, ausreichend große Fläche. Am 13. September 1938 teilte der Verwaltungschef der SS, Oswald Pohl, dem Hamburger Stadtkämmerer, Hans Nieland, mit, dass die Reichsführung der SS nunmehr »unter dem Decknamen ›Deutsche Erd- und Steinwerke G.m.b.H.« in Neuengamme eine seit Jahren stillgelegte Ziegelei und Grundstücke in einer Gesamtgröße von über 500 000 Quadratmetern erworben habe, da »das dortige Rohgutvorkommen (Ton) [...] ganz ausgezeichnet« sei. Die SS beabsichtige dort, wie Pohl weiter mitteilte, »im Rahmen der Arbeitsbeschaffung für die sehr zahlreichen Nichtstuer in unseren Konzentrationslagern [...] erstklassige Klinkerware preiswert herzustellen«⁶.

Ein Vierteljahr später, am 12. Dezember 1938, verlegte die SS ein kleines Vorauskommando von 100 Häftlingen aus dem KZ Sachsenhausen nach Neuengamme, um die Ziegelei wieder in Betrieb zu nehmen. Die KZ-Gefangenen wurden provisorisch auf dem Dachboden des Betriebsgebäudes über den Trockenkammern einquartiert. Die folgenden Monate waren mit der Wiederinbetriebnahme der alten Ziegelei und der Erprobung unterschiedlicher Brennverfahren ausgefüllt.

Anfang 1940 fiel die endgültige Entscheidung, Neuengamme zu einem großen Konzentrationslager auszubauen.⁷ Im Anschluss an einen Besuch des Reichs-

führers SS, Heinrich Himmler, wurden im Januar 1940 Verhandlungen zwischen der SS-Führung und der Stadt Hamburg aufgenommen, bei denen die Stadt ihr »größtes Interesse an der Erweiterung des mit Häftlingen betriebenen Klinkerwerkes«⁸ bekundete.

In der Hansestadt Hamburg, die neben Berlin, Linz, München und Nürnberg von Hitler in den Rang einer der fünf »Führerstädte« erhoben worden war, hatte die Parteiführung große Pläne: Eine umfassende »Neugestaltung« des Altonaer Elbufers sollte Deutschlands »Tor zur Welt« zu einer »Visitenkarte des Nationalsozialismus« machen. Der Arbeitsstab des dem Reichsstattthalter Karl Kaufmann direkt unterstellten »Architekten des Elbufers«, Konstanty Gutschow, plante monströse Bauten wie ein 250 Meter hohes »Gauhaus«, ein prächtiges »Gauforum« mit »Volkshalle« für 50 000 Menschen, ein Aufmarschfeld für 100 000 Menschen sowie die größte Hängebrücke Europas.⁹ Da die Entwürfe für die geplanten Gebäude der heimischen Bauweise entsprechend rote Ziegel vorsahen, hoffte die Hamburger Verwaltung, durch die Zusammenarbeit mit den SS-eigenen Deutschen Erd- und Steinwerken die Baukosten erheblich reduzieren zu können. Auch wenn sich die Planungen und Hoffnungen später zerschlugen und Gutschow nach umfangreichen Materialprüfungen den von ihm ohnehin nicht präferierten Neuengammer Klinker für ungeeignet hielt, so bildeten doch die Visionen des »Neuen Hamburgs« ein ausschlaggebendes Motiv für die Lagererrichtung in Neuengamme.

Für diese Planungen reichte die auf dem Gelände in Neuengamme vorhandene alte gewerbliche Ziegeleianlage nicht aus, zumal es dort zu technischen Problemen gekommen war. Um die Produktion auf jährlich 20 Millionen und gegebenenfalls bis auf 40 Millionen Klinkersteine steigern zu können, musste ein großes und modernes Klinkerwerk neu errichtet werden. Über das Bauvorhaben schlossen die Hansestadt Hamburg und das SS-Unternehmen im April 1940 einen Vertrag, in dem die SS sehr günstige Frachtsätze in Aussicht stellte. Die Stadt Hamburg gewährte zum Bau des Klinkerwerks ein Darlehen in Höhe von einer Million Reichsmark. Um das Klinkerwerk auf dem Bahn- und Wasserweg zugänglich zu machen, verpflichtete sich die Stadt zur Herstellung eines Anschlussgleises, zur Regulierung des teilweise nicht schiffbaren Elbarms Dove Elbe und zum Bau eines Stichkanals mit Anlegung eines Hafenbeckens am neuen Klinkerwerk. Die SS sagte zu, »für diese Vorhaben Häftlinge als Arbeitskräfte und die dann

erforderlichen Bewachungsmannschaften unentgeltlich zur Verfügung«¹⁰ zu stellen.

Ab März 1940 trafen nun in rascher Folge weitere Häftlingstransporte in Neuengamme ein. Die Häftlinge mussten einen Kilometer südlich der alten Ziegelei mit dem Aufbau eines neuen Lagers beginnen. Die SS trieb die Errichtung der Baracken in schnellstmöglichem Tempo voran. Die Bedingungen beim Lageraufbau forderten schon bald die ersten Todesopfer. Innerhalb der ersten zehn Wochen starben 25 Häftlinge.

Im Laufe des Frühjahrs 1940 wurde Neuengamme als eigenständiges KZ direkt der Inspektion der Konzentrationslager (IKL) unterstellt. Nachdem die ersten drei Lagerbaracken fertiggestellt waren, erfolgte am 4. Juni 1940 der Umzug in das noch im Bau befindliche »Schutzhaftlager«. Ende des Jahres betrug der Häftlingsbestand schon annähernd 3000 Menschen, unter ihnen stellten ausländische Häftlinge bereits die große Mehrzahl.

Der Einsatz von KZ-Häftlingen bei den Bergungs- und Aufräumarbeiten nach den großen Luftangriffen auf Hamburg

Nach den schweren alliierten Bomberangriffen vom 25. Juli bis 3. August 1943 kamen Häftlinge des KZ Neuengamme in großem Umfang und im kommunalen Auftrag in der großflächig zerstörten Stadt zum Einsatz. Die ersten Einsätze begannen bereits während der »Operation Gomorrha«. Noch im Laufe des 25. Juli nahmen zehn kleine Spezialkommandos, gebildet aus je acht Häftlingen und einem Vorarbeiter, ihre Arbeit auf. Ihr Auftrag war die Suche nach nicht detonierten Bomben und die Entschärfung der Blindgänger. Ab dem 28. Juli wurden dann 450 Häftlinge hauptsäch-

10 Vertrag zwischen der Hansestadt Hamburg und der Deutschen Erd- und Steinwerke GmbH, in Hamburg unterzeichnet am 13.4.1940, in Berlin unterzeichnet am 6.5.1940, in: StAHH, Fin Beh I, 21-690-3/1.



*KZ-Häftlinge beim Bau einer Sperrmauer in der Gotenstraße in Hammerbrook, Sommer 1943.
Quelle: Staatsarchiv Hamburg, Zeitgeschichtliche Sammlung, 731-06, I 18 A-1, Blatt 27, Mitte*



*Häftlinge des KZ Neuengamme bei Aufräumarbeiten in Hamburg-Hammerbrook, 1943.
Quelle: Staatsarchiv Hamburg, Zeitgeschichtliche Sammlung, 731-06, I 18 A-1, Blatt 27, oben*

11 Vgl. Hans Brunswig, Feuersturm über Hamburg. Die Luftangriffe auf Hamburg im Zweiten Weltkrieg und ihre Folgen, Stuttgart 1978, S. 286 f.; Hermann Kaienburg, Das Konzentrationslager Neuengamme 1938–1945, hg. von der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Bonn 1997, S. 58, 134 f.

12 Vgl. Tino Jacobs, Himmlers Mann in Hamburg, Georg Henning Graf von Bassewitz-Behr als Höherer SS- und Polizeiführer im Wehrkreis X 1943–1945, Hamburg 2001, S. 97; Friederike Littmann, Ausländische Zwangsarbeiter in der Hamburger Kriegswirtschaft 1939–1945, Hamburg 2006, S. 397.

13 Vgl. Karola Fings, Krieg, Gesellschaft und KZ. Himmlers SS-Baubrigaden, Paderborn 2005, S. 120–126.

14 Vgl. ebd., S. 124.

15 Auszug aus dem Bericht Nr. 5 des Brigadeführers Hans Kammler und des SS-Hauptsturmführers Karl Prinzl an das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt über den Einsatz und die Arbeitsleistung der II. SS-Baubrigade in Hamburg und Bremen vom 9.11.1943, abgedruckt in: Kaienburg, Konzentrationslager, S. 163 f.

lich zur Leichenbergung eingesetzt.¹¹ Der Polizeipräsident hatte die Häftlinge angefordert, weil sich zuvor ausländische Arbeiter geweigert hatten, diese Arbeiten durchzuführen, woraufhin einige von ihnen »zur Abschreckung« erschossen worden waren.¹²

Nun kam es auch zur Einrichtung eines ersten Außenlagers des KZ Neuengamme im Hamburger Stadtgebiet. Am 7. August wurde der Hauptstandort der II. SS-Baubrigade, die im Oktober 1942 aus Häftlingen des KZ Neuengamme zusammengestellt worden war, nach Hamburg verlegt.¹³ Die Häftlinge, die in den Monaten zuvor nach Luftangriffen in Osnabrück, Bremen und Wilhelmshaven eingesetzt worden waren, wurden in Hammerbrook provisorisch in einem Bunker in der Süderstraße 301 untergebracht, teilweise auch in der Badeanstalt Süderstraße/Heidenkampsweg. Später, vermutlich Mitte November 1943, wurde die Baubrigade in der stark beschädigten Volksschule am Brackdamm 14/16 einquartiert. Einzelne Häftlinge wurden zeitweilig aber auch andernorts in Hamburg untergebracht, so im Polizeigeängnis Fuhlsbüttel und im Untersuchungsgefängnis am Holstenglacis. Die 500 aus Bremen und die 175 aus Wilhelmshaven überstellten Häftlinge der II. SS-Baubrigade wurden durch 250 Häftlinge aus dem Hauptlager Neuengamme verstärkt, so dass das Kommando schließlich 930 Häftlinge umfasste. Zwar stellte die SS mit dem Hauptsturmführer Gerhard Weigel den Lagerleiter der Baubrigade, doch wurden zur Bewachung der Häftlinge hauptsächlich Hamburger Polizisten (Luftschutzpolizei) herangezogen. Bis zu ihrem Abzug aus Hamburg im April 1944 unterstand die Baubrigade auch dem Kommando des Hamburger Polizeipräsidenten Hans Julius Kehrl.

Angesichts der akuten Seuchengefahr in Hamburg bestand anfangs die Hauptaufgabe in der Bergung der Leichen, die in den vom Einsturz bedrohten Ruinen



Häftlinge des KZ Neuengamme bei einer Pause in den Trümmern, ca. 1943.

Quelle: Foto eines Wachmanns aus Privatbesitz, Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

unter großer Lebensgefahr stattfand. Diese Arbeit mussten überwiegend KZ-Häftlinge der II. SS-Baubrigade leisten. Noch im Januar 1944 wurden 37 der 57 im Einsatz befindlichen Bergungstrupps durch sie gestellt.¹⁴ Das Bestattungskommando bei den auf dem Ohlsdorfer Friedhof ausgehobenen Massengräbern bestand, abgesehen von der Bewachung, ausschließlich aus KZ-Häftlingen.

Ein Bericht vom 9. November 1943 an das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt beschreibt die verschiedenen Einsatzbereiche: »Die Baubrigade ist in Hamburg bei der Freilegung der Luftschuttkeller, Bergung der Gefallenen und Aushebung der Massengräber für die beim Luftangriff ums Leben gekommene Zivilbevölkerung eingesetzt. Straßen werden freigelegt, einsturzgefährdete Häuser abgebrochen. [...] Um die Bevölkerung von der ›Toten Zone‹ fernzuhalten, mußten mehrere Straßen durch Mauern oder Drahtzäunung abriegelt werden.«¹⁵

Eine besondere Bedeutung kam jenen Häftlingen zu, die zur Bergung, Entschärfung oder Sprengung nicht detonierter Bomben eingesetzt wurden. Zwar sollte die Entschärfung der Bomben unter Anleitung erfahrener

16 Vgl. Stefan Romey, Ein KZ in Wandsbek. Zwangsarbeit im Hamburger Drägerwerk, hg. vom Freundeskreis der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Hamburg 2016, S. 68–78.

17 Die Zitate entstammen dem von Rudolf Blohm abgezeichneten Bericht eines Mitarbeiters über die gemeinsame Besichtigung des Außenlagers Wandsbek am 29.8.1944, abgedruckt in: Konzentrationslager Neuengamme, Geschichte – Nachgeschichte – Erinnerung. Katalog der Ausstellungen. Band I: Hauptausstellung, hg. im Auftrag der KZ-Gedenkstätte Neuengamme von Detlef Garbe, Hamburg 2014, S. 250 f.

18 Zu ihnen gehörte die 1925 als Cäcilie Landau in Hamburg geborene Lucille Eichengreen, deren Lebenserinnerungen erstmals 1992 publiziert wurden, vgl. Lucille Eichengreen, Von Asche zum Leben. Erinnerungen, Hamburg 2009.

Spezialisten und Luftschutzpolizisten stattfinden, doch war dieses oft nicht der Fall. Zunächst mangelte es auch an einer hinreichenden Ausbildung der Häftlinge für ihre nicht nur körperlich anstrengende, sondern auch außerordentlich gefährliche Arbeit. Immer wieder kam es zur Explosion sogenannter Blindgänger, bei denen Häftlinge den Tod fanden.

Nachdem die II. SS-Baubrigade im April 1944 abgezogen wurde, mussten die Aufräumarbeiten nun von Häftlingen übernommen werden, die in provisorisch eingerichteten Außenlagern im Hamburger Stadtgebiet untergebracht wurden. In den bombenzerstörten Stadtteilen im Hamburger Osten kamen vor allem die 2000 Häftlinge des Außenlagers Hammerbrook (Spaldingstraße) und die 1000 Häftlinge des Außenlagers Rothenburgsort (Bullenhuser Damm) zum Einsatz. Weitere 3500 Häftlinge mussten Bombenschäden im Hafengebiet beseitigen. 1500 Gefangene der Frauenaußenlager wurden im Behelfsheimbau eingesetzt. Alle diese Arbeitseinsätze fanden im kommunalen Auftrag statt, die Zuständigkeit lag bei der Hamburger Bauverwaltung. Die KZ-Häftlinge, die zuvor weitgehend abgeschirmt von der Öffentlichkeit untergebracht und zur Arbeit eingesetzt waren, wurden in diesen Monaten inmitten der Stadt verstärkt sichtbar, gut erkennbar an ihrer auffälligen Kleidung.

Der Einsatz von KZ-Häftlingen in der Hamburger Kriegswirtschaft

Im letzten Kriegsjahr kam es schließlich auch zu einem umfassenden Einsatz von KZ-Häftlingen in Hamburger Wirtschaftsbetrieben. Das erste betriebliche Außenlager entstand in Wandsbek. Ende Februar 1944 hatte die Lübecker Drägerwerk AG Verhandlungen mit

dem SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt aufgenommen, um in ihrem Wandsbeker Zweigwerk Häftlinge in der Gasmaskenproduktion einsetzen zu können. Nachdem drei Baracken auf dem Werksgelände in der Ahrensburger Straße errichtet worden waren, wurde dieses Anfang Juni mit über 500 Frauen aus dem KZ Ravensbrück belegt.¹⁶

Seit Mai 1944 zeigte auch die Hamburger Gauwirtschaftskammer verstärktes Interesse an KZ-Arbeitskräften. Am 22. Juli wurde auf einer Sitzung des Rüstungskommandos neun Betrieben in Aussicht gestellt, dass ihnen jeweils 500 Häftlinge zugeteilt würden. Einen Monat später überzeugte sich Rudolf Blohm, Mitinhaber der Werft Blohm & Voss, als Leiter der Industrieabteilung der Gauwirtschaftskammer bei einer Besichtigung des Betriebes der Drägerwerk AG in Wandsbek von der »sehr zufriedenstellend[en]« Arbeitsleistung der Häftlinge. Da die Arbeitszeit länger sei und kaum Fehlzeiten anfielen, sei der Ausstoß an Gasmasken »größer als mit der gleichen Zahl deutscher Arbeiter«. Eine weitere Leistungssteigerung sei dann zu erzielen, wenn die deutschen Vorarbeiter durch Kapos ersetzt würden, »da diese rigorosier durchgreifen«¹⁷.

In der Folge kam es in zahlreichen Hamburger Rüstungsbetrieben zum Arbeitseinsatz von Häftlingen des KZ Neuengamme. Zunächst wurden Häftlinge in großer Zahl für Aufräumungs- und Bauarbeiten verwendet. Hierzu zählte auch eine Reihe von Außenlagern, in denen Jüdinnen inhaftiert waren. Das erste dieser Außenlager richtete die SS im Freihafen in einem Getreidespeicher am Dessauer Ufer ein. 1000 Frauen, bei denen es sich zumeist um Jüdinnen tschechischer und ungarischer Nationalität handelte, waren Anfang Juli 1944 im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau nach Alter und körperlicher Verfassung ausgesucht worden. Zwei Monate später trafen am Dessauer Ufer noch weitere 500 Jüdinnen aus Auschwitz ein, die zuvor im Getto Litzmannstadt in Lodz eingesperrt waren. Unter diesen zumeist polnischen Jüdinnen befanden sich auch mehrere Frauen, die im Oktober 1941 aus Hamburg nach Lodz deportiert worden waren.¹⁸ Die 1500 Frauen wurden bei den großen Mineralölraffinerien der Firmen Rhenania-Ossag (Shell), Ebano-Oehler (Esso) und Julius Schindler zur Trümmerbeseitigung eingesetzt. Mitte September 1944 verlegte die SS die in dem Getreidespeicher am Dessauer Ufer inhaftierten Frauen in Gruppen zu je 500 in die neu eingerichteten Außenlager Hamburg-Neugraben und Hamburg-Sasel sowie Wedel am westlichen Stadtrand Hamburgs.

Wenige Tage später wurden dann 2000 männliche KZ-Häftlinge an das Dessauer Ufer gebracht. Sie waren zuvor im Hauptlager Neuengamme zur Arbeit ausgesucht worden und mussten im Rahmen des sogenannten »Geilenberg-Programms« Aufräumungs- und Bauarbeiten bei den Wasserwerken, bei Brauereien, bei Mineralölfirmen und bei der Reichsbahn verrichten. Ein Kommando musste auch Panzersperrgräben südlich von Hamburg bei Hittfeld ausheben. Die Bewachung der Häftlinge übernahmen Hamburger Zollbeamte, die zur SS abgeordnet worden waren. Durch einen Bombenangriff am 25. Oktober 1944 wurde der als Lager dienende Getreidespeicher stark beschädigt und zahlreiche Häftlinge getötet. Die Überlebenden transportierte die SS in zwei Gebäudeflügel der Strafanstalten Fuhlsbüttel, die fortan als Außenlager fungierten. Ein Vierteljahr später verlegte die SS die KZ-Häftlinge in das notdürftig wieder hergestellte Speichergebäude am Dessauer Ufer zurück. Die Arbeitseinsätze blieben über die gesamte Zeit weitgehend unverändert. Doch wurde nunmehr vom Dessauer Ufer aus ein Kommando auch in Wilhelmsburg bei der Firma Jung-Öl zur Treibstoffherstellung eingesetzt.

Schon zuvor kamen Häftlinge verstärkt direkt in der Produktion zum Einsatz. Seit September 1944 arbeiteten 750 in einem Barackenlager in Langenhorn untergebrachte Frauen in der Granatenfertigung beim Hanseatischen Kettenwerk und in der Gewehr- und Munitionsfabrik Hamburg-Ochsenzoll.

Im Oktober 1944 wurden Außenlager in den Werftbetrieben von Blohm & Voss, Stülcken und der Deutschen Werft errichtet. Bei Blohm & Voss wurden über 500 Häftlinge direkt auf dem Werftgelände untergebracht. Sie waren von einem Firmenbeauftragten im KZ Neuengamme für die Werftarbeit ausgewählt worden. Sie arbeiteten in der Maschinenfabrik I, wo sie

19 Vgl. Detlef Garbe, Die Außenlager des KZ Neuengamme in Hamburg, in: ders., Neuengamme im System der Konzentrationslager. Studien zur Ereignis- und Rezeptionsgeschichte, Berlin 2015, S. 123–136. Eine Auflistung der Firmen findet sich in: Konzentrationslager Neuengamme, Bd. 1, S. 236–238.

als Dreher, Maschinenbauer, Hobler und Kranführer eingesetzt wurden. Obgleich auch hier entkräftete und kranke Häftlinge in das Hauptlager Neuengamme zurücktransportiert und gegen noch arbeitsfähige ausgetauscht wurden, war die Todesrate sehr hoch. Allein für dieses Lager muss von mindestens 250 Toten ausgegangen werden. Da die Werften für die Kriegsmarine arbeiteten, fungierten in diesen Lagern überwiegend Marinesoldaten als Wachmannschaft.

Die Zentrale aller Hamburger Außenlager mit dem »Stützpunktleiter« befand sich in der Spaldingstraße. Im Sperrgebiet von Hammerbrook gelegen, hatte die SS im Oktober 1944 in einem ehemaligen Tabaklager, dem Hinterhaus eines weitgehend zerstörten Bürokomplexes, das größte der im Stadtgebiet gelegenen Außenlager untergebracht. Das Lager beherbergte auf sieben Etagen durchschnittlich 2000 Gefangene unterschiedlicher Nationalität. Sie waren in einer Reihe von Kommandos eingesetzt, die beispielsweise Gleisanlagen instand setzen und Telefonkabelschächte freilegen mussten. Ein Großteil der Häftlinge barg aus Gebäuderuinen noch zu verwertendes Baumaterial. Die schwere körperliche Arbeit sowie die zum Teil lebensgefährlichen Einsatzorte der Häftlinge ließ die Zahl der Toten in diesem Außenlager rasch ansteigen. Es muss von mindestens 800 Toten ausgegangen werden.

Ebenfalls im Sperrgebiet befand sich ab November 1944 in einem halbwegs intakt gebliebenen Schulgebäude am Bullenhusener Damm ein weiteres Außenlager. Die Hamburger Bauverwaltung hatte unter Federführung von Senatssyndikus Wilhelm Tegeler der SS-eigenen Firma Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH das bombengeschädigte Schulgebäude als Unterbringungsmöglichkeit für KZ-Häftlinge zur Verfügung gestellt, damit im städtischen Auftrag mithilfe einer Steinbrechanlage auf dem ehemaligen Schulhof Steine und Platten aus Trümmerschutt als Baumaterial gewonnen werden konnten.

Insgesamt mussten in den 15 Außenlagern auf Hamburger Stadtgebiet über 5000 männliche und annähernd 3000 weibliche Häftlinge in der Kriegswirtschaft für eine große Zahl von Auftraggebern arbeiten.¹⁹ In sieben Außenlagern erfolgten die Arbeiten direkt in der Regie der Hamburger Bauverwaltung, in weiteren sieben Fällen lassen sich private Baufirmen nachweisen, für die Häftlinge, zumeist auch im kommunalen Auftrag, arbeiten mussten. In fünf Fällen waren Raffineriebetriebe, in vier Fällen

Werften und in drei Fällen andere Rüstungsfirmen Auftraggeber. In je zwei Fällen wurde im Auftrag der Wehrmacht und der SS gearbeitet. Zu den Auftraggebern gehörten ferner die Reichsbahn und die städtischen Versorgungsbetriebe Hamburgs.

Der vom Hamburger Reichsverteidigungs-kommissar Karl Kaufmann initiierte Einsatz von KZ-Häftlingen beim Bau des »Friesenwalles«

Seit Mitte 1943 herrschte beim Oberkommando der Wehrmacht Angst vor einer Landung der Alliierten an der Atlantikküste und dem Beginn eines Zweifrontenkrieges an Land. Die deutsche Küste wurde zunächst nicht als gefährdet angesehen.²⁰ Dies änderte sich mit der Landung alliierter Truppen in der Normandie am 6. Juni 1944. Bereits drei Tage später verfasste der Oberbefehlshaber des Marineoberkommandos Nordsee einen Bericht, der vor der Gefahr einer Invasion direkt an der deutschen Nordseeküste warnte.²¹ Der Hamburger Gauleiter und Reichsverteidigungskommissar im Wehrkreis X, Karl Kaufmann, wurde durch Führerbefehle vom 24. und 28. August 1944 mit dem Bau von Abwehrstellungen und insbesondere mit der hierfür erforderlichen Arbeitskräftebeschaffung beauftragt.²² Kaufmann ließ umfangreiche Pläne für den Stellungsbau ausarbeiten. Vorrang hatte demnach der Ausbau der ersten Linie direkt an der Küste, der bis zum 1. November 1944 abgeschlossen sein sollte. Anschließend sollte eine zweite Stellungslinie, der sogenannte »Friesenwall«, etwa zehn Kilometer landeinwärts bis Januar 1945 fertiggestellt werden.

Ein für die Baumaßnahmen eingerichteter Gau-Einsatzstab sowie die Bauleitung der Organisation Todt (OT) hatten ihren Sitz in Husum. Um den Ausbau von

20 Vermerk der Seekriegsleitung über den Besuch des Oberbefehlshabers der Marine beim Führer am 20./21.3.1944, in: BAArch (Militärarchiv) Freiburg, RM 7/227, Bl. 165 f.

21 Fernschreiben, 9.6.1944, in: ebd., Bl. 160 f.

22 Der Führer-Befehl vom 24.8.1944 ist abgedruckt in: Manfred Asendorf, 1945. Hamburg besiegt und befreit, Hamburg 1995, S. 17. Der Befehl Hitlers über den Ausbau der deutschen Bucht vom 28.8.1944 findet sich abgedruckt in: Martin Moll (Hg.), Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, Stuttgart 1997, S. 446 – 448.

23 Vgl. Jörn-Peter Leppien, Sklavensarbeit für den »Endkampf«. Die »Grenzstellung« 1944/45 und das KZ Ladelund, in: Grenzfriedenshefte. Zeitschrift für deutsch-dänischen Dialog, 57 (2010), H. 3, S. 203 – 236.



Zum Bau der Verteidigungsanlagen des »Friesenwalls« eingerichtete Außenlager des KZ Neuengamme.

© Michael Teßmer, *gwf-ausstellungen*, Hamburg, 2018; Grundlage: Klaus Bästlein: *Der Haupttäter wurde verschont. Zur Strafverfolgung der in den nordfriesischen Konzentrationslagern verübten NS-Gewaltverbrechen*, in: *Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte* 54 (2013), S. 56–113, Grafik S. 60

Panzergräben voranzutreiben, griffen Kaufmann und die OT auf Häftlinge des KZ Neuengamme zurück.²³ Am 25. September 1944 wurden die ersten 1500 Häftlinge in das Lager Schwesing bei Husum verlegt. Der nördlichste Punkt der zweiten Sperrlinie befand sich in der Nähe von Niebüll an der deutsch-dänischen Grenze. Am 1. November 1944 trafen im Lager Ladelund die ersten 1000 Häftlinge ein. Für den »Friesenwall« richtete die OT in Aurich zwischen Weser- und Emsmündung den Sitz einer Oberbauleitung ein. Hier kamen 2000 Häftlinge des KZ Neuengamme zum Einsatz, die in der zwölf Kilometer von Aurich entfernten Gemeinde Engerhufe unterge-

- 24 Zu den genannten Außenlagern siehe die Beiträge von Marc Buggeln in: Wolfgang Benz / Barbara Distel (Hg.), *Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Bd. 5: Hinzert, Auschwitz, Neuengamme, München 2007, S. 457–462, 467–470 und 480–482.
- 25 Die Todesraten waren damit zugleich die höchsten im gesamten System der Außenlager des KZ Neuengamme, vgl. Marc Buggeln, *Arbeit & Gewalt. Das Außenlagersystem des KZ Neuengamme, Göttingen 2009*, S. 246 f.; Anhang 4: Sterblichkeitsraten Männeraußenlager (Oktober 1942 – März 1945), S. 735 f.
- 26 Vgl. Manfred Asendorf, Karl Kaufmann und Hamburgs langer Weg zur Kapitulation, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, 2 (1995), S. 12–23; Frank Bajohr, Hamburgs »Führer«. Zur Person und Tätigkeit des Hamburger NSDAP-Gauleiters Karl Kaufmann (1900–1969), in: ders. / Joachim Szodrzynski (Hg.), *Hamburg in der NS-Zeit. Ergebnisse neuerer Forschungen*, Hamburg 1995, S. 59–91, hier S. 83.
- 27 Vgl. Buggeln, *Arbeit & Gewalt*, S. 630–634; Karl Heinz Roth, *Ökonomie und politische Macht, Die »Firma Hamburg« 1930–1945*, in: Angelika Ebbinghaus / Karsten Linne (Hg.), *Kein abgeschlossenes Kapitel: Hamburg im »Dritten Reich«*, Hamburg 1997, S. 15–176, hier S. 132–139.

bracht wurden. Auch für den Bau der direkt durch das emsländische Meppen verlaufenden Ems-Rhein-Stellung, die ebenfalls aus Panzergräben sowie aus MG-Stellungen bestehen sollte, wurden Häftlinge aus dem KZ Neuengamme eingesetzt. Hierfür entstand Mitte November 1944 ein erstes Außenlager in Meppen-Versen mit einer Belegungsstärke von 3000 Häftlingen.²⁴

Die Zahl der bei den Grabungsarbeiten für das wahnwitzige »Friesenwall«-Projekt zugrunde gerichteten Menschen ist enorm. Unterernährt und mit völlig unzureichender Kleidung versehen mussten die Häftlinge im kalten Schlamm bis zu zwölf Stunden täglich Panzersperrgräben ausheben. Immer wieder wurden nicht mehr arbeitsfähige Häftlinge nach Neuengamme zurücktransportiert und gegen neu im Hauptlager eingetroffene Gefangene ausgetauscht, die im Herbst 1944 in großer Zahl aus Frankreich und den Niederlanden in Hamburg-Neuengamme eintrafen. Die Todesraten lagen in diesen Außenlagern monatlich bei bis zu 10 %, teilweise sogar noch höher.²⁵ Von den etwa 9000 Häftlingen, die insgesamt beim Panzergraben-Bau eingesetzt waren, starben innerhalb weniger Monate zwischen 1700 und 2100 Häftlinge infolge von schlechter Ernährung, Nässe, Kälte, mangelnder ärztlicher Versorgung und Misshandlungen.

Die Räumung der Lager bei Kriegsende

Nachdem 1945 in den ersten beiden Aprilwochen fast alle Hamburger Außenlager geräumt worden waren – die Frauen kamen mehrheitlich in das KZ Bergen-Belsen, die Männer in das Kriegsgefangenenlager Sandbostel bei Bremervörde oder zurück in das völlig überbelegte Hauptlager –, begann am 20. April auch die vollständige Räumung des Hauptlagers. Diese wur-

de vom Reichsverteidigungskommissar Kaufmann in Kooperation mit dem Höheren SS- und Polizeiführer Nordsee Georg Henning Graf von Bassewitz-Behr organisiert, der die Befehlsgewalt über das KZ Neuengamme im Fall alliierter Feindannäherung ausübte. Kaufmann hatte sich Anfang April unter dem Einfluss maßgeblicher Vertreter der Wirtschaft, des Rüstungsministers Albert Speer und des Kampfkommandanten von Hamburg, Generalmajor Alwin Wolz, dazu durchgerungen, die Stadt kampflos an die britische Armee zu übergeben.²⁶ Die maßgeblichen Machtzentren in der Stadt fürchteten im Fall einer militärischen Verteidigung Hamburgs die vollständige Zerstörung der Stadt, Fabrikationsanlagen und Werften. Die Wirtschaftsvertreter teilten zudem die Sorge der Stadtverwaltung vor Plünderungen durch nach dem Ende der Kampfhandlungen befreite Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge. Zudem befürchteten sie Repressalien der Siegermächte, sollten diese bei der Einnahme der Stadt auf halb verhungerte Häftlinge und Opfer von Gräueltaten stoßen.²⁷ Daher sollten die KZ-Häftlinge und möglichst auch die ausländischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter noch vor der Übergabe an die britische Armee aus der Stadt gebracht werden. Die am 13. April 1945 von der Gauwirtschaftskammer verbreiteten »Richtlinien für die Betriebe bei einer Evakuierung im Falle unmittelbarer Feindbedrohung« bestimmten: »KZ-Häftlinge (männliche und weibliche) werden spätestens bei ›Alarm Küste‹ abtransportiert. Die Herausführung zu einem früheren Zeitpunkt wird seitens der Gauwirtschaftskammer angestrebt.«²⁸ Der Beirat der Gauwirtschaftskammer drängte darauf, dass die KZ-Häftlinge umgehend und ausnahmslos »aus Hamburg herausgebracht«²⁹ werden sollten.

Da Kaufmann auf eine schnelle Räumung des KZ Neuengamme drängte, Bassewitz-Behr aber keine Ausweichlager mehr zur Aufnahme der Neuengamme-Häftlinge fand, schlug Kaufmann die Unterbringung auf Schiffen vor. In dem 1946 gegen ihn geführten Ermittlungsverfahren erklärte Bassewitz-Behr dazu:

»Da durch die Verlegung auf Schiffe mir die Frage der Beschaffung von Versorgungsanlagen (Küchen, Latrinen, usw.), die bei Neueinrichtung eines Lagers so schnell kaum hätten beschafft werden können, und die Frage der Bewachung des Lagers (keine Einzäunung notwendig) sehr einfach zu lösen schien, griff ich die-

28 Die Richtlinien sind abgedruckt in: Beßmann, Stadt, S. 50.

29 Protokoll der Beiratssitzung der Gauwirtschaftskammer vom 13.4.1945, zitiert bei Buggeln, Arbeit & Gewalt, S. 631.

30 Schriftliche Aussage von Georg Henning Graf von Bassewitz-Behr, Höherer SS- und Polizeiführer, vom 7.3.1946, in: The National Archives, London, WO 309/408; zur Rolle des Höheren SS- und Polizeiführers Nordsee bei der Räumung des KZ Neuengamme vgl. Jacobs, Himmlers Mann, S. 114–119.

31 Zum Folgenden näher: Wilhelm Lange, Cap Arcona. Das tragische Ende einiger Konzentrationslager-Evakuierungstransporte im Raum der Stadt Neustadt in Holstein am 3. Mai 1945, Dokumentation, erstellt im Auftrage des Magistrats der Stadt Neustadt in Holstein, Eutin/Neustadt in Holstein 2005. Zu den Argumenten, die gegen die auch von Wilhelm Lange vertretene Annahme sprechen, die SS habe die Schiffe zu versenken bzw. den Briten eine Falle zu stellen beabsichtigt, vgl. Herbert Diercks / Michael Grill, Die Evakuierung des KZ Neuengamme und die Katastrophe am 3. Mai 1945 in der Lübecker Bucht. Eine Sammelrezension, in: Beiträge zur Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung in Norddeutschland, 2 (1995), S. 175–183.

sen Vorschlag auf und beauftragte [den Kommandanten des KZ Neuengamme] Pauly, sich sofort mit dem Reichskommissar für die Seeschifffahrt [Kaufmann] in Verbindung zu setzen und mit dessen Beauftragten an Ort und Stelle die Möglichkeit der Einrichtung eines Ausweichlagers auf diesen Schiffen zu prüfen.«³⁰

Ab dem 20. April wurden die Häftlinge des KZ Neuengamme in großer Eile zumeist mit Zügen nach Lübeck gebracht. Vom 21. bis 26. April erreichten Transporte mit über 9000 Häftlingen des KZ Neuengamme den Lübecker Hafen.³¹ Von dort wurden sie auf Schiffe verladen, die Reichsstatthalter Kaufmann in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für die Seeschifffahrt als »schwimmende Konzentrationslager« requiriert hatte, und zwar die Frachtschiffe »Athen« und »Thielbek« sowie die »Cap Arcona«, einen großen Luxusliner der Reederei Hamburg-Süd. Das Kommando im Lübecker Hafen führte SS-Sturmbannführer Christoph Gehrig, der seit Juli 1944 im KZ Neuengamme als Verwaltungsleiter Dienst tat.

Der Kapitän der »Cap Arcona«, Heinrich Bertram, weigerte sich mit Unterstützung seiner Reederei zunächst, Häftlinge an Bord zu nehmen, wurde aber von der SS massiv unter Druck gesetzt, so dass er schließlich seinen Widerstand aufgab. Ab dem 26. April pendelte die »Athen« zwischen dem Lübecker Hafen und der in der Lübecker Bucht vor Neustadt ankernden »Cap Arcona«. Auf der zuletzt als Lazarettschiff eingesetzten einstigen »Königin des Südatlantik« herrschten nun katastrophale Zustände. Qualvoll von Durst und Hunger gepeinigt, vegetierten die Häftlinge in ihren eigenen Exkrementen vor sich hin. Die Zahl der Toten stieg von Tag zu Tag. Die »Cap Arcona« war mit bis zu 7000 Häftlingen so sehr überfüllt, dass 2000 Häftlinge wieder von Bord genommen wurden.

Am 2. Mai, wenige Stunden vor der Einnahme Lü-

becks durch britische Truppen, wurde die »Thielbek«, die bis dahin noch im Lübecker Hafen gelegen hatte, in die Lübecker Bucht geschleppt, wo sie in unmittelbarer Nähe der »Cap Arcona« und der »Athen« vor Anker ging. Auf den drei Schiffen befanden sich insgesamt über 9000 Häftlinge, ein viertes Schiff, die »Deutschland«, lag in Sichtweite zur Aufnahme weiterer Häftlinge bereit. Am Mittag des 3. Mai ereignete sich dann die Tragödie: Im Rahmen eines von ca. 200 Flugzeugen der Royal Air Force in der Kieler Bucht und der Lübecker Bucht geführten Großangriffs, der Absetzbewegungen deutscher Truppenteile über die Ostsee verhindern sollte und bei dem insgesamt 23 Schiffe versenkt und 115 Schiffe beschädigt wurden, nahmen britische Jagdbomber die »Cap Arcona« und die »Thielbek« unter Raketenbeschuss.

Die »Thielbek« und die »Cap Arcona« erhielten jeweils mehrere Volltreffer und gerieten in Brand. Die »Thielbek« mit 2800 Häftlingen an Bord sank innerhalb kurzer Zeit, die »Cap Arcona« mit über 4200 Häftlingen kenterte und brannte aus. Die wenigen Rettungsboote nutzten die an Bord befindlichen SS-Männer, Marinesoldaten und Besatzungsmitglieder für sich. Nur etwa 400 Häftlinge überlebten den Angriff auf die »Cap Arcona« und die »Thielbek«, während 6600 Häftlinge – wenige Stunden bevor britische Truppen Neustadt erreichten und den Überlebenden die Befreiung brachten – an Bord verbrannten, in der Ostsee ertranken oder bei dem Versuch, das rettende Ufer zu erreichen, erschossen wurden. In der an Tragödien nicht armen Geschichte des Zweiten Weltkrieges hat – ungeachtet der primären Verantwortung der SS – der versehentliche Angriff auf die KZ-Schiffe eine besondere Bedeutung. Unmittelbar vor ihrer möglichen Befreiung starben Tausende von Häftlingen, die die Alliierten herbeisehnten, im von britischen Bombern entfachten Feuer.

Nachdem der Großteil der Häftlinge das Hauptlager in Neuengamme verlassen hatte, musste ein über 700 Mann starkes Arbeitskommando das Lager aufräumen. Gezielt ließ die SS die Spuren der Verbrechen verwischen. Die Baracken wurden gereinigt und verräterische Gegenstände wie Galgen und Prügelbock beseitigt. Ferner ordnete die SS die Vernichtung sämtlicher Akten der Kommandantur an. Auch wurden Wertgegenstände beiseitegeschafft. Per Bahn und auf Lastwagen wurden Lebensmittel, Gemälde und andere wertvolle Habe u. a. in den Heimatort des KZ-Kommandanten Max Pauly nach Wesselburen in Dithmarschen abtransportiert.

Nachdem am 29. April 368 Häftlinge zwangsweise zur SS-Sonderformation Dirlwanger eingezogen worden waren und am 30. April weitere ca. 350 Häftlinge unter dem Kommando des Schutzhaftlagerführers Anton Thumann und des Rapportführers Wilhelm Dreimann in Richtung Norden aufgebrochen waren, verließen die letzten Häftlinge und SS-Leute das Lager Neuengamme am 2. Mai. Als die ersten britischen Soldaten wenige Stunden später das Lager erkundeten, zeugten die 170 Gebäude und Baracken zwar von der Größe des Lagers – was sich dort zugetragen hatte, offenbarte der Ort jedoch nicht. Deshalb gingen von Neuengamme, das als einziges der KZ-Hauptlager vollständig geräumt worden war, keine Bilder des Schreckens um die Welt.

Auch dies ermöglichte nach der Übernahme des von der britischen Besatzungsmacht bis zum August 1948 als »Civil Internment Camp No. 6« vor allem für Funktionsträger des NS-Regimes genutzten Lagerareals dessen Weiternutzung für Gefängniszwecke über einen Zeitraum von 55 Jahren. Erst dann erfolgte die Schließung der beiden in Neuengamme betriebenen Haftanstalten.

In den Nachkriegsjahrzehnten blieb der Ruf Hamburgs weitgehend unbelastet von dem, was sich auch unter städtischer Mitverantwortung in Neuengamme und den Außenlagern zugetragen hatte. Noch 1967 war in der vom langjährigen kommissarischen Leiter des Staatsarchivs, Dr. Erich von Lehe, verantworteten Heimatchronik der Freien und Hansestadt Hamburg zu lesen, dass in Hamburg »unter der NS-Herrschaft ein milderes Parteiklima als in anderen Gauen Deutschlands geherrscht«³² habe und die Verbrechen im KZ Neuengamme »so gut wie unbemerkt von der Öffentlichkeit«³³ hinter deren Rücken stattgefunden hätten. Der Legende, dass es in der sich ihrer Welt-

32 Erich von Lehe/Heinz Ramm/
Dietrich Kausche, Heimatchronik
der Freien und Hansestadt
Hamburg, Köln 1967, S. 208.

33 Ebd., S. 210.

34 »Es ist Zeit für die ganze
Wahrheit« (K. v. Dohnanyi),
Aufarbeitung der NS-Zeit in
Hamburg: Die nichtveröffentliche
Senatsbroschüre, hg von der
GAL-Fraktion in der Hamburger
Bürgerschaft, Hamburg 1985.

offenheit rühmenden Stadt während der NS-Herrschaft weitaus gemäßigter zugegangen sei als anderswo, stand der Schrecken von Neuengamme jedenfalls nicht im Wege.

Erst im Zuge des Generationenwechsels und der Protestbewegungen sowie der oft mit der Ausstrahlung der Serie »Holocaust« 1979 in Verbindung gebrachten gesellschaftlichen Neuorientierung im Verhältnis zur nationalsozialistischen Vergangenheit erklang der Ruf nach der »ganzen Wahrheit«.³⁴

Sehr vieles ist immer noch auszuleuchten. Die zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus 2019 im Hamburger Rathaus präsentierte Ausstellung »Eine Stadt und ihr KZ« lenkt den Blick auf einen spezifischen Aspekt der historischen Verantwortung der Stadt, nämlich darauf, dass die Verbrechen im KZ Neuengamme nicht exterritorialisert beziehungsweise weit vor die Tore der Stadt gerückt, sondern als Teil der Hamburgischen Geschichte wahrgenommen werden.

- Dr. Detlef Garbe ist Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

SINTI UND ROMA IN HAMBURG

Zum Potenzial lokalgeschichtlicher Perspektiven
auf Minderheiten

- 1 Als erster Überblick: Karola Fings, Neuere Literatur zur NS-Verfolgung von Sinti und Roma und zur Produktion von ›Zigeuner(-Stereotypen, in: Neue Politische Literatur, 60 (2015), H. 1, S. 27–52, insb. S. 38–51.
- 2 Siehe auch: Sebastian Lotto-Kusche, Minderheitengeschichte als historische Subdisziplin in Deutschland. Herausforderungen für die Forschung am Beispiel der Minderheit der Sinti und Roma, in: APuZ 68 (2018), H. 38/39, S. 25–30.
- 3 Dieser Text beruht auf einem Vortrag, den ich auf dem Historikertag 2018 gehalten habe. Zur Sektion siehe: Minderheitengeschichte als historische Subdisziplin? Minderheits- und Mehrheitskonstellationen am Beispiel der Sinti und Roma in der BRD. Tagungsbericht, in: H-Soz-Kult, 30.11.2018, <https://www.hsozkult.de/conference-report/id/tagungsberichte-7990> [4.1.2019].
- 4 Michael G. Esch / Patrice G. Poutrus, Zeitgeschichte und Migrationsforschung: Eine Einführung, in: Zeithistorische Forschungen 2 (2005), H. 3, S. 338–344, hier v. a. S. 340.
- 5 Kirsten Heinsohn, Eigene Meistererzählungen statt falscher Fragen, in: APuZ 68 (2018), H. 38/39, S. 10f., hier S. 11.

Auf dem 52. Deutschen Historikertag in Münster wurde 2018 viel darüber debattiert, ob die deutsche Zeitgeschichte in Sachen Rassismus nicht zu viele blinde Flecken aufweise. Und in der Tat lässt sich dieser Befund bestätigen, wenn man sich einen Überblick über historisch angelegte Arbeiten zum bundesdeutschen Umgang mit Sinti und Roma verschafft: Die Zahl der Forschungen hat zwar seit den 1980er Jahren allmählich zugenommen und rassistische Zuschreibungen sind inzwischen Gegenstand einer (interdisziplinär angelegten) Antiziganismusforschung.¹ Das Feld bleibt jedoch überschaubar. Arbeiten aus der Zeitgeschichte sind nach wie vor rar. Wie Rassismus und Antiziganismus im Alltag gelebt und erlebt wurden, ist im Fach bisher nur ansatzweise beleuchtet worden. Allgemein wurden Sinti wie Roma – ähnlich wie andere Minderheiten – nicht nur von der Öffentlichkeit, sondern auch von den Forschenden selbst lange Zeit kaum als historische Akteure wahrgenommen. Für die deutsche Zeitgeschichte ist eine kritische Rassismus- und Minderheitengeschichte also nach wie vor eine Herausforderung.² Vielversprechende Möglichkeiten, so möchte ich mit meinem Beitrag argumentieren, bieten hierfür unter anderem lokal- und regionalgeschichtliche Ansätze. Verdeutlichen möchte ich dies, indem ich im Folgenden erste Ergebnisse einer Sichtung von Ham-

burger Quellenmaterial zu einer Roma- und Sinti-Minderheitengeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg vorstelle und damit einhergehende Fallstricke diskutiere.³ Der Beitrag dient zugleich grundsätzlichen Überlegungen über den möglichen Zuschnitt eines zukünftigen Forschungsprojektes zum Thema.

Dabei leiten mich übergreifende Fragen danach, wie man eine Minderheitengeschichte schreiben kann, die über eine eindimensionale Opfererzählung oder rein aktivistische Ansätze hinausgeht und nicht bei einer ereignisgeschichtlichen Nacherzählung stehen bleibt, die soziale und kulturelle Entwicklungen der Minderheit zu isoliert beschreibt.⁴ Ziel des vorliegenden Textes ist es daher, einen Ansatz zu stärken, der Angehörige von Minderheiten als handelnde historische Subjekte ernst nimmt, der dabei gleichzeitig kritisch reflektiert, welche Ordnungsvorstellungen sowie Zuschreibungen der Fremd- wie Eigenwahrnehmung von Minderheiten zugrunde liegen,⁵ und der Minderheitengeschichte(n) in einen breiteren historischen Kontext einbettet. Diskutieren möchte ich Ansätze in diese Richtung anhand eines lokalgeschichtlichen Zugriffs, da hier ein besonderes Potenzial in mehrfacher Hinsicht zu vermuten ist: Dieser Zugriff ermöglicht es zum einen, in den Geschichtswissenschaften bestehende Erzählweisen zu hinterfragen. Zum zweiten lässt sich mit lokalgeschichtlichen Studien ein vielschichtiges Geflecht von Akteuren in ihren wechselseitigen, voneinander abhängigen Beziehungen und mit ihren jeweiligen Eigeninteressen herausarbeiten. Ein solcher Ansatz eröffnet, drittens, verschiedene Möglichkeiten, stärker als bisher nach Formen von Selbstorganisation und Selbstermächtigung unter Angehörigen der Minderheit zu fragen. Zum vierten schließlich lassen sich zugleich Handlungsspielräume bzw. Formen eigensinnigen Handelns von Akteuren der Mehrheitsgesellschaft beleuchten. Von diesen Thesen ausgehend formuliere ich abschließend zentrale Herausforderungen für eine Geschichte von Sinti und Roma, die übergreifende Diskussionen anregen sollen.

Ansätze zu einer lokalen Minderheitengeschichte

Für Hamburg gibt es bisher keine Studie, die sich explizit mit der Nachkriegsgeschichte von Sinti und Roma in der Stadt befasst. In einzelnen Arbeiten finden sich lediglich verstreute Hinweise.⁶ An fehlendem Quellenmaterial jedoch kann das nicht liegen. In den Beständen des Hamburger Staatsarchivs »schlummern« zahlreiche Unterlagen aus verschiedenen Behörden und Bezirksämtern, die Informationen hierzu liefern. Zu erzählen gäbe es viel. Die Frage ist nur: Wie?

Historiker und Historikerinnen gehen häufig chronologisch zu Werke und arbeiten nicht selten mit Phasenmodellen. Für eine erste Annäherung an eine lokale Sinti-und-Roma-Minderheitengeschichte ist dies durchaus sinnvoll, wie sich mit Blick in das Hamburger Material zeigen lässt: Direkt nach dem Zweiten Weltkrieg beschwerten sich Anwohner und Anwohnerinnen aus der Mehrheitsgesellschaft über zuziehende »Zigeuner« in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft.⁷ Ihre Worte zeugen von der kompletten Missachtung des erlittenen Unrechts und von einem kontinuierlichen Antiziganismus. In der Hamburger Bevölkerung wie auch in städtischen Behörden dominierte vor allem in den 1950er Jahren ein ungebremstes Sprechen über eine »Zigeunerplage« oder ein »Zigeunerunwesen« vor Ort, worauf mit Registrierung, Kontrolle und Vertreibung reagiert werden sollte. Maßgeblich für deren Umsetzung war die örtliche Polizeibehörde. Hinweise auf eine sogenannte Zigeunerdienststelle bei der Hamburger Kriminalpolizei finden sich bereits unmittelbar nach dem Kriegsende. Im August 1945 formulierten Beamte der Kriminalpolizei Ideen der »meldepolizeiliche[n] Erfassung aller Zigeuner durch die Polizeireviere«, der erkennungsdienstlichen Behandlung aller als Zigeuner bezeichneten Personen

6 Imanuel Bauman / Herbert Reinke / Andrej Stephan / Patrick Wagner, Schatten der Vergangenheit. Das BKA und seine Gründungsgeneration in der frühen Bundesrepublik, Köln 2011; Gilad Margalit, Die Nachkriegsdeutschen und »ihre Zigeuner«. Die Behandlung der Sinti und Roma im Schatten von Auschwitz, Berlin 2001; Michael Schenk, Rassismus gegen Sinti und Roma, Frankfurt / Main 1994.

7 Beschwerden von Anwohnerinnen und Anwohnern lassen sich in Hamburger Akten bis in die 1960er Jahre nachweisen. In den 1970er / 80er Jahren meldeten sich auch kleinere Vereine, Bürgerinitiativen oder Sportverbände zu Wort.

8 Schreiben Kriminalpolizei an Kommandeur der Polizei, 13.8.1945, in: StAHH 331-1 II, 911.

ab 14 Jahren und einer damit aufzubauenden »Zigeunerdatei«.⁸ Damit knüpften sie nahtlos an die polizeiliche Überwachung von als Zigeuner stigmatisierten Menschen an, wie sie seit Ende des 19. Jahrhunderts institutionalisiert und im Nationalsozialismus bis hin zum Genozid radikalisiert wurde. Anfang der 1950er Jahre kam es – wie in anderen Bundesländern auch – zum Um- und Ausbau dieser Dienststelle unter Verwendung des Landfahrerbegriffs. Die langfristige Folge ist, dass heute annähernd 1120 sogenannte Landfahrerakten im Hamburger Staatsarchiv lagern, die Daten über Hamburger Sinti und Roma aus der Nachkriegszeit, aber auch aus der NS-Zeit beinhalten, welche akribisch von der Landfahrendienststelle zusammengetragen wurden. Bis etwa 1970 bestand diese Dienststelle in der Kriminalpolizei und wurden jene Akten geführt. 1980 übergab die Polizeibehörde sie ans Hamburger Staatsarchiv.

Auf einem anderen Feld, dem Wohnen, bestimmte ab Ende der 1940er Jahre eine Politik der Segregation das städtische Handeln – verbunden mit der zentralen Kontrolle des Zuzugs und gezielten Ausweisungen von Sinti oder Roma aus dem Stadtgebiet. Davon zeugen die Hamburger Wohnwagengesetzgebungen von 1952 und 1959, die vor allem dazu dienen sollten, Wohnwagen aus der Innenstadt fernzuhalten. Faktisch schränkten sie die Freizügigkeit der Betroffenen enorm ein, denn nach ihrer Rückkehr oder ihrem Zuzug nach Hamburg blieb ihnen oft nichts anderes übrig, als in Notunterkünften und eben auch in Wohnwagen unterzukommen. Auf dem Wohnungsmarkt sah es in der direkten Nachkriegszeit allgemein schwierig aus, aber auch nachdem er sich in den 1960er Jahren etwas entspannt hatte, trafen Angehörige der Minderheit oftmals auf Vorurteile und Ablehnung, was die Wohnungssuche maßgeblich erschwerte. In den 1970er Jahren kamen Ideen über einen städtisch getragenen Siedlungsbau für Sinti-Familien auf. Ein solches Projekt wurde Anfang der 1980er Jahre in Hamburg-Wilhelmsburg unter Beteiligung von bereits länger dort ansässigen Sinti geplant und schließlich, auch gegen Proteste aus der Mehrheitsgesellschaft, umgesetzt.

Ab 1980 befasste sich die Hamburgische Bürgerschaft mehrfach mit der sozialen und politischen Situation von Roma und Sinti in Hamburg. Damit verbunden war die allmähliche bzw. anfangs sehr schleppende »Wiederentdeckung« und Skandalisierung der Landfahrerakten. Problematisiert wurden in diesem Zusammenhang unter anderem die jahrelange Existenz

YVONNE ROBEL

■ SINTI UND ROMA
IN HAMBURG



Cover des ersten Berichts
zur Lage der Rom und Cinti
in Hamburg, hg. von der
Rom und Cinti Union e.V.,
Hamburg 1982

- 9 Peter Widmann, An den Rändern der Städte. Sinti und Jenische in der deutschen Kommunalpolitik, Berlin 2001. Zur im Folgenden skizzierten Chronologie vgl. auch: Oliver von Mengersen (Hg.), Sinti und Roma. Eine deutsche Minderheit zwischen Diskriminierung und Emanzipation, Bonn 2015; Margalit, Nachkriegsdeutsche; Wolfram Stender, Die Wandlungen des ›Antiziganismus‹ nach 1945. Zur Einführung, in: ders. (Hg.), Konstellationen des Antiziganismus. Theoretische Grundlagen, empirische Forschung und Vorschläge für die Praxis, Wiesbaden 2016, S. 1–50.
- 10 Zum »Freiburger Modell«, einem Wohnungsbauprojekt der 1970er Jahre, das unter anderem auf die Integration von Sinti und Jenischen zielte, siehe Widmann, Ränder, Kap. IV.

der Landfahrdienststelle bei der Kriminalpolizei sowie die behördliche Kennzeichnung von Personen mit Begriffen wie »Landfahrer« oder »Häufig wechselnder Aufenthaltsort (HWO)«. Ohne die frisch gegründete Rom und Cinti Union wären die Diskussionen darüber nicht möglich gewesen. Die Interessenvertretung intervenierte anhaltend in Bürgerschaftsdebatten, stellte Anfragen, forderte die Einsicht in die Landfahrerakten, gab Pressekonferenzen und legte Material über die Diskriminierung von Sinti und Roma in Hamburg vor.

Parallel zur politischen Skandalisierung des Themas wuchs das öffentliche Interesse an der »Kultur« von Roma und Sinti, wovon diverse Veranstaltungen sowie eine 1983 eröffnete Ausstellung über die Minderheit im Hamburger Völkerkundemuseum zeugen.

Betrachtete man »nur« diese kursorischen Ausführungen zu Hamburg, ließe sich ein Phasenmodell bestätigen, das vor allem von Peter Widmann in seiner wegweisenden Studie zum lokalpolitischen Umgang mit Sinti und Jenischen in Freiburg und Straubing ausformuliert worden ist.⁹ Die unmittelbare Nachkriegszeit ist hierin davon gekennzeichnet, dass Angehörige der Minderheit in ihre Herkunftsorte zurückkehrten, wo sie nicht nur verheerende Wohn- und Lebensbedingungen, sondern zugleich auch offen abwehrende Reaktionen der Mehrheitsgesellschaft erwarteten. Die 1950er/60er Jahre stehen für einen systematischen polizei- und ordnungspolitischen Zugriff, für eine Politik der Segregation, Abschreckung und Vertreibung, bei gleichzeitiger Bagatellisierung der NS-Verbrechen und Schuldabwehr. Die 1970er Jahre gelten als Phase, in der Sinti und Roma verstärkt zum Thema gestaltender Sozialpolitik und der sich gerade etablierenden Sozialarbeit und -pädagogik wurden. Diese vertraten Integrationsansätze, die stark auf Erziehung

und Besserung zielten, was sich insbesondere in den Bereichen Schulbildung und Wohnungsbau niederschlug.¹⁰ Die 1980er Jahre schließlich sind geprägt von der Formierung zentraler Interessenvertretungen, also der Gründung der Roma-Bürgerrechtsbewegung, und damit von einer umfassenden Politisierung. Damit werden sie auch als Übergang in eine anerkennungspolitische Phase gedeutet, die die mehrheitsgesellschaftliche Aufarbeitung der NS-Verfolgung und die kritische Beschäftigung mit der aktuellen sozial-politischen Lage der Minderheit einläutete und damit den Weg hin zur offiziellen Anerkennung als nationale Minderheit (1995) ebnete.

¹¹ Für Niedersachsen siehe den Katalog: Fremd im eigenen Land, Sinti und Roma in Niedersachsen nach dem Holocaust, Hannover 2012.

Die bisher angeführten Eckpunkte aus der Geschichte von Hamburger Sinti und Roma ließen sich durchaus jenen Phasen zuordnen und damit auch kontextualisieren. Allerdings verstellt die allzu schnelle Einpassung historischer »Fakten« in solche Modelle den Blick auf Widersprüchliches. Auch dem Handeln einzelner Akteure wird es wenig gerecht. Zudem nimmt das skizzierte Modell das Agieren städtischer Behörden zum Ausgangspunkt und lässt Angehörige der Minderheit lediglich als reagierende Akteure erscheinen. Es gibt also genügend Gründe, etwas genauer hinzuschauen und die benannten Phasen zwar als Erklärungsmodell aufzugreifen, sie aber zugleich auszudifferenzieren. Dafür – so möchte ich im folgenden Schritt argumentieren – bieten lokalgeschichtliche Studien deswegen eine besondere Möglichkeit, weil mit ihnen ein vielschichtiges Geflecht der jeweils involvierten Akteure und ihrer Handlungsweisen herausgearbeitet werden kann.

Zur Vielfalt und Verflechtung der städtischen Akteure

In der bisherigen Forschung zum bundesdeutschen Nachkriegsantiziganismus sind als Akteure auf Mehrheitsgesellschaftsseite vor allem Polizei-, Innen- und Sozialbehörden, oft auch Entschädigungsämter, in den Blick geraten. Weniger beachtet wurden, aber nicht weniger wichtig waren Gesundheitsbehörden, Schulbehörden, Baubehörden, und – für den Stadtstaat Hamburg besonders hervorzuheben – die Bezirksämter. Nicht zu vergessen ist die Rolle kirchlicher Akteure.¹¹ Dieses Geflecht von Akteuren in

ihren wechselseitigen Beziehungen herauszuarbeiten, ist die Aufgabe einer kritischen Minderheitengeschichte. Das ist zugleich mit einem enormen Rechercheaufwand verbunden. Untersuchungen im lokalgeschichtlichen Rahmen bieten auch deshalb eine besondere Möglichkeit, sich dieser Herausforderung zu stellen, weil sie schlicht tiefer in die Details eintauchen können.

Ein Beispiel aus den Hamburger Quellen vermittelt einen ersten Eindruck, was es allein hinsichtlich der Behörden heißt, von der Verflechtung der städtischen Akteure zu sprechen: 1958 war in der Schulbehörde beschlossen worden, den Schulbesuch von Sinti-Kindern strikter durchzusetzen. Hintergrund war, dass 1957 das Schulgesetz geändert wurde, so dass die Schulpflicht nun nicht mehr nur für Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit und mit festem Wohnsitz in Hamburg gelten sollte, sondern für alle Kinder und Jugendlichen, die in der Stadt ihren »gewöhnlichen Aufenthalt« haben.¹² In Jenfeld, einem sozial schwachen Stadtteil im Osten Hamburgs, wurde daraufhin eine Lehrerin mit der »Führung [von] Sonderklassen für Zigeunerkinde« beauftragt. Bei der Durchsetzung der Schulpflicht hatte sie nach Ansicht der Schulbehörde aber wenig Erfolg, so dass deren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen 1959 ein umfassendes Maßnahmenpaket vorschlugen:¹³ Die Bezirksämter, die Bau- und die Gesundheitsbehörde wurden angehalten, Angaben über schulpflichtige Kinder auf Wohnwagenplätzen zu machen und die dortigen Verhältnisse zu verbessern.¹⁴ Die Jugendbehörde sollte prüfen, ob mit dem Entzug des Sorgerechts zu drohen sei, wenn Eltern ihre Kinder nicht zur Schule schickten. Die Sozialbehörde sollte Fürsorgeleistungen von der Einhaltung der Schulpflicht abhängig machen. Die Behörde für Wirtschaft und Verkehr sollte außerdem Analphabeten unter »Zigeunern« verbieten, die Führerscheinprüfung abzulegen.

12 Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Teil 1, Nr. 22, 5.4.1957, S. 207 und Nr. 29, 26.4.1957, S. 272.

13 Schreiben Schulbehörde, 26.10.1959, in: StAHH 352-6, 787.

14 Dazu auch: Schreiben Amt für Bezirksverwaltung an die Bezirksämter, 2.12.1959, in: StAHH 445-1, 51.

15 Schreiben Sozialbehörde an die Schulbehörde 19.11.1959, in: StAHH 352-6, 787.

16 Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Teil 1, Nr. 60, 23.12.1952, S. 275.

17 Fachliche Weisung Paul Nevermann an die Ämter der Baubehörde, 13.10.1950, in: StAHH 136-1, 2178.

Was das Beispiel grundlegend verdeutlicht, ist das Miteinander der Behörden, die unter anderem versuchten, Maßnahmen aus dem eigenen Zuständigkeitsbereich mit flankierenden Maßnahmen aus anderen Bereichen durchzusetzen. Dies konnte allerdings auch schnell an Grenzen stoßen, wie eine Antwort der Sozialbehörde auf diesen Vorschlag zeigt. Die verwies nämlich darauf, dass es a) keine rechtlichen Möglichkeiten des Landesfürsorgeamtes für ein solches Vorgehen gebe, dass b) aber vor allem sehr wenige der betroffenen Eltern überhaupt Fürsorgeleistungen beziehen würden und dann noch »niedrigere Unterstützungssätze als andere Hilfsbedürftige« und dass c) teils sehr gute Erfahrungen mit dem Schulbesuch von Sinti-Kindern, z. B. in Hamburg-Wilhelmsburg, gemacht worden seien.¹⁵ Wie andere Behörden darauf reagierten und inwieweit diese Vorschläge umgesetzt wurden, dem müsste noch weiter nachgegangen werden. Zunächst zeigen sowohl die Forderungen der Schulbehörde als auch die Reaktion der Sozialbehörde, dass der städtische Umgang mit Sinti und Roma stets von innerbehördlichen Dynamiken geprägt war.

Das Beispiel deutet darüber hinaus noch etwas anderes an: In einzelnen Stadtteilen herrschten verschiedene Rahmenbedingungen, und den Bezirksämtern kam eine besondere Rolle zu, da sie in ihren Entscheidungen auch von eigenen Erfahrungen vor Ort ausgingen. So tat sich Hamburg-Harburg aus Behördensicht immer wieder mit Erfolgen bei der Integration der Minderheit hervor. Anders verhielt es sich im Bezirk Hamburg-Altona, an dem ich kurz an einem zweiten Beispiel die besondere Rolle der Bezirksebene verdeutlichen möchte: 1952 wurde in Hamburg das erste Wohnwagengesetz erlassen, das das Aufstellen von Wohnwagen auf öffentlichem Grund von der Genehmigung der Bezirksämter sowie von diversen Bedingungen abhängig machte und zugleich polizeiliche Räumungsgründe und -möglichkeiten regelte.¹⁶ Bereits 1950 hatte Paul Nevermann in seiner Funktion als Zweiter Bürgermeister die Anweisung erteilt, dass in Wohnwagen lebende »Zigeuner« fortan auf fünf offiziellen Stellplätzen – in Ottensen, Wandsbek, Niendorf, Stellingen und Wilhelmsburg – unterzubringen seien. Letztlich diente das dazu, die Betroffenen nicht nur aus der Innenstadt zu vertreiben, sondern sie auch umfassend registrieren zu können.¹⁷ An den verheerenden Wohnzuständen änderte das wenig, auch auf den offiziellen Plätzen waren die Unterkünfte oftmals nicht winterfest, fehlte es teils bis in die 1960er Jahre an zentralen Wasser-, Abwasser- und Stromanschlüs-

18 Trotz des despektierlichen Tons über »asoziale Elemente« auf den Wohnwagenplätzen gibt die zeitgenössische Studie des Mediziners Helmut Karl Lucius einen Eindruck von den Bedingungen auf den Plätzen: ders., Sozialhygienische und allgemein-hygienische Erhebungen über Wohnwagen und Nothüttensiedlungen in Hamburg, Hamburg 1960.

19 Vgl. etwa: »Wohnwagen müssen ins Stelling Moor«, in: Hamburger Abendblatt, 25.9.1957; »Wohnwagen raus! – verlangt die Behörde«, in: Die Zeit, 27.2.1958; »Skandalöse Zustände im Wohnlager Winsberge«, in: Hamburger Abendblatt, 26.9.1958.

20 Begründung zum Wohnwagengesetz 1959, in: StAHH 136-1, 2180.

21 Vgl. StAHH 445-1, 50.

22 Vgl. Begründung zum Wohnwagengesetz, in: StAHH 136-1, 2180; Lucius, Wohnwagen, S. 7, 17. Bereits Anfang der 1950er Jahre hatte sich das Bezirksamt Altona für eine striktere polizeiliche Regelung der Wohnwagenfragen ausgesprochen. Vgl. einzelne Schreiben in: StAHH 136-1, 2178.

23 Sylvia Necker, Zwischen Abriss, Neuplanung und Rekonstruktion. Neu-Altona als Teil des Hamburger Wiederaufbaus 1950 – 1979, in: Georg Wagner-Kyora (Hg.), Wiederaufbau europäischer Städte. Rekonstruktionen, die Moderne und die lokale Identitätspolitik seit 1945, Stuttgart 2014, S. 423 – 443.

24 Schreiben Verwaltungsamt an den Senat, 29.12.1959, in: StAHH 445-1, 51.

107

HAMBURGISCHES GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATT

TEIL I

Nr. 34	DONNERSTAG, DEN 16. JULI	1959
--------	--------------------------	------

Tag	I n h a l t	Seite
10. 7. 1959	Gesetz gegen das Beziehen, Aufstellen und Überlassen von Wohnwagen (Wohnwagengesetz) ..	107
10. 7. 1959	Gesetz über den Durchführungsplan D 83 B	109
10. 7. 1959	Gesetz über den Durchführungsplan D 407	110
10. 7. 1959	Gesetz über den Durchführungsplan D 410	110

Gesetz

gegen das Beziehen, Aufstellen und Überlassen von Wohnwagen (Wohnwagengesetz).

Vom 10. Juli 1959.

Der Senat verkündet das nachstehende, von der Bürgerschaft beschlossene Gesetz:

§ 1

(1) Wohnwagen im Sinne dieses Gesetzes sind Fahrzeuge und Teile von Fahrzeugen, die als Wohnung oder zum nicht nur vorübergehenden Aufenthalt von Menschen oder zur Unterbringung mitgeführter Sachen dienen.

(2) Auf Wohnwagen, die nicht fahrbar sind, werden daneben die Vorschriften für Bauanlagen angewendet.

§ 2

(1) In der Freien und Hansestadt Hamburg sind das Beziehen von Wohnwagen als Wohnung oder zum nicht nur vorübergehenden Aufenthalt sowie das Aufstellen oder Überlassen von Wohnwagen zu diesen Zwecken nicht zulässig; als Aufstellen gilt auch jeder Wechsel des Standplatzes. Unzulässig ist ferner, ein Grundstück zum Aufstellen eines Wohnwagens einem anderen zu überlassen.

(2) Ausgenommen von den Verboten des Absatzes 1 ist das Schaustellergewerbe, soweit das Aufstellen seiner Wohnwagen von der zuständigen Behörde genehmigt wird.

Das Hamburger Wohnwagengesetz von 1959, in: Hamburgisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Teil 1, Nr. 34, 16.7.1959, S. 107

sen sowie befestigten Wegen und war das Leben durch Enge, Armut und Krankheiten geprägt.¹⁸ Mit Verweis auf die wachsende Anzahl von Wohnwagen und zahlreiche Ansiedlungen fern jener offiziellen Stellplätze spitze sich Ende der 1950er Jahre eine – durch eine breite Presseberichterstattung flankierte¹⁹ – Diskussion über die Verschärfung des Gesetzes zu. Das 1959 ver-

abschiedete, neue Gesetz bestand in einem umfassenden Verbot, demzufolge fern der offiziell genehmigten Stellplätze am Stadtrand »in Hamburg künftig das Wohnen und der dauernde Aufenthalt in Wohnwagen sowie das Aufstellen und Überlassen von Wohnwagen zu Wohnzwecken unzulässig sein sollte«. ²⁰

Schaut man auf die Diskussionen im Vorfeld der Gesetzesverabschiedung, fällt die besondere Vehemenz auf, mit der der Bezirk Altona immer wieder auf eine Verschärfung drang. ²¹ Erklären lässt sich das nicht nur damit, dass dort – ähnlich wie auch im Bezirk Hamburg-Mitte, zu dem St. Pauli als besonderes »Problemviertel« in Sachen Wohnwagen gehörte – besonders viele Wohnwagen registriert worden waren. ²² Zugleich war nämlich Mitte der 1950er Jahre unter dem Titel »Neu-Altona« mit einem aufwendigen Bauprojekt begonnen worden. Auf rund 210 Hektar waren 11 000 neue Wohnungen geplant. Das städtebauliche Leitbild des als modern und zukunftsfruchtig erachteten Projektes hieß »Auflockerung«. Die noch verbliebene alte Bausubstanz der ehemals dichten Arbeiterquartiere sollte Neubauten, durchbrochen von großzügigen Flächen und Grünanlagen weichen. ²³ Wohnwagen bzw. alle als illegal betrachteten Ansiedlungen in diesem Gebiet sollten dringend geräumt werden, da die Flächen für das Bauvorhaben benötigt wurden. ²⁴ Die Position des Bezirks Altona in den Auseinandersetzungen über die Verschärfung des Wohnwagensgesetzes muss unter anderem auch in diesem Kontext gelesen werden.

Beide Beispiele verdeutlichen, dass bestimmte Ereignisse nicht allein aus antiziganistischen Dynamiken heraus zu erklären sind. Mit der Änderung des Hamburger Schulgesetzes und dem Großbauprojekt Neu-Altona spielten vielmehr übergreifende stadtgeschichtliche Begebenheiten eine besondere Rolle für den Umgang mit der Minderheit in der Stadt. Solche Faktoren vermögen Phasenmodelle nicht immer mit zu beachten. Insbesondere Schule, Fürsorge und Wohnen sind Themenfelder, die zeigen, dass Phasenmodelle außerdem dazu verführen können, vorschnell recht geschlossene Geschichten zu erzählen. Für die 1950er Jahre sind diese Felder wenig beachtet worden. Stattdessen konzentrierten sich die wenigen vorhandenen Forschungen auf polizeiliches Handeln. Für die 1960er und frühen 1970er Jahre wiederum bestehen ohnehin auffallende Lücken in der Forschung, etwa wenn es um die Zusammenarbeit zwischen lokalen Behörden und kirchlichen Akteuren geht, die sehr früh sozialpädagogische

- 25 Daniela Gress, Zwischen Protest und Dialog, in: LpB Baden-Württemberg, Bürger & Staat 1/2-2018, S. 21–27.
- 26 Yaron Matras, The Development of the Romani Civil Rights Movement in Germany 1945–1996, in: Susann Tebbutt (Hg.), Sinti and Roma. Gypsies in German-Speaking society and literature, 1998, S. 49–63, hier S. 51.
- 27 Schreiben August Weiß an die Bezirksverwaltung Hamburg Hamburg, 17.1.1953, in: StAHH 446-1, 116.
- 28 Notiz Ortsamtsleiter Wilhelmsburg, 11.3.1954, in: StAHH 446-1, 116.
- 29 Schreiben Sozialbehörde an die Schulbehörde, 19.11.1959, in: StAHH 352-6, 787.
- 30 Zuerst: Niederschrift Ortsausschusssitzung, 28.4.1973, in: StAHH 446-4, 55.
- 31 Vgl. Niederschrift Ortsausschusssitzung, 16.10.1974, in: StAHH 446, 56.
- 32 Hamburgische Bürgerschaft, Plenarprotokolle, 12.11.1980, S. 3634–3641.
- 33 Hamburgische Bürgerschaft, Drucksache 9/2548, 9.9.1980, S. 3.

Ansätze vertreten. Lokalgeschichtliche Studien bieten die Möglichkeit, Leerstellen dieser Art zu füllen.

Formen der Selbstorganisation und Selbstermächtigung

In den bisherigen Forschungen über die Nachkriegsgeschichte der Minderheit findet sich besonders häufig die Erzählung, dass in den späten 1970er und vor allem in den 1980er Jahren eine aktive Bürgerrechtsarbeit einsetzte, mit der sich Sinti und Roma zunehmend national wie international Gehör verschafften. Dies lässt sich auch für Hamburg bestätigen, wo 1978 die Rom und Cinti Union ins Leben gerufen wurde. Zu ihren wesentlichen Zielen und Erfolgen gehörte in den 1980er Jahren, dass sie öffentlich auf Diskriminierungen und strukturellen Rassismus vor Ort aufmerksam machten. Wenig wissen wir aber darüber, wie Angehörige der Minderheit zuvor das Wort beanspruchten. Daniela Gress beleuchtet mit ihrer Forschung zur Sinti- und Roma-Bürgerrechtsbewegung unter anderem auch lokale Initiativen genauer.²⁵ Am Beispiel Heidelberg zeigt sie, dass Angehörige der Minderheit auf lokaler Ebene bereits seit den frühen 1970er Jahren neue Protestformen aufgriffen, um politische Forderungen zu formulieren und aktuelle Diskriminierungen zu skandalisieren. Wer aber vertrat bis in die 1970er Jahre welche Interessen? Zu welchen Mitteln wurde dabei gegriffen – auch fern von öffentlichen Protestformen? Wie verhandelten Angehörige der Minderheit mit Behörden? Wer wurde von den städtischen Behörden als Gegenüber wahrgenommen? An diese Fragen möchte ich mein folgendes Argument anschließen: Regionalgeschichtliche Studien ermöglichen es besonders, nach Formen von Selbstorganisa-

tion innerhalb der Minderheitengeschichte auch für die Zeit vor Ende der 1970er Jahre zu fragen, da sie vor allem im familiären und lokalen Bezugsumfeld zu erwarten sind.

Yaron Matras hat in seinen Überlegungen zur Geschichte der Bürgerrechtsbewegung insbesondere für die direkte Nachkriegszeit die Rolle familiärer Fürsprecher hervorgehoben, die sich um die grundlegenden Notwendigkeiten des täglichen Lebens kümmerten und dafür unter anderem mit Fürsorge- oder Wiedergutmachungsämtern verhandelten.²⁶ Ein frühes Hamburger Beispiel für eine solche Interessenvertretung der Minderheit ist August Weiß, der sich seit den 1950er Jahren immer wieder für die Bewohner und Bewohnerinnen des Wilhelmsburger Wohnwagenplatzes einsetzte. Mehrfach richtete er Schreiben an die zuständige Bezirksverwaltung und sprach persönlich beim Ortsamt vor, um entweder konkrete Anliegen, wie etwa einen Stromanschluss²⁷, zu besprechen oder allgemeiner auf Befürchtungen und Wünsche von Angehörigen der Minderheit hinzuweisen.²⁸ In den Behörden-Akten wurde er wiederholt der »Zigeuner-Bürgermeister« genannt.²⁹

August Weiß blieb eine wichtige Ansprechperson für städtische Behörden, als man in den 1970er Jahren mit den Planungen der bereits erwähnten separaten Siedlung mit 42 Mietwohnungen in Wilhelmsburg begann, die schließlich 1982 von Hamburger Sinti bezogen wurden. Erste Ideen für den Siedlungsbau lassen sich bis 1973 zurückverfolgen. Zuvor waren viele Harburger Sinti in Plattenhäuser am Georgswerder Bogen gezogen, die während des Zweiten Weltkriegs als Behelfswohnungen errichtet worden waren. Deren Bauqualität, die mangelhafte Ausstattung, aber auch anderweitige Ideen über die dortige Flächennutzung gaben nun Anlass für neue Planungen.³⁰ Von Beginn an fragten die Behörden Bedürfnisse bei den betroffenen Sinti ab³¹ und verhandelten mit August Weiß und anderen Vertretern. Der Arbeitstitel des Projektes lautete »Zigeunergerechtes Wohnen« und formulierte den Anspruch, auf die Bedürfnisse der Minderheit einzugehen, wobei es durchaus umstritten war, welche das seien.³² Zugleich manifestierte sich in den Planungen ein zeittypischer sozialpädagogischer Ansatz, indem Maßnahmen angedacht waren, die auf »Integration in unsere Gesellschaft« zielten, Kontakte zu Schulen sowie Behörden zu entwickeln versuchten und gewünschte Verhaltensweisen unter den Sinti fördern sollten.³³ Die Notizen in den Behördenakten und auch die Protokolle der flan-

kierenden Bürgerschaftsdebatten strotzen einerseits vor antiziganistischen Vorurteilen. Andererseits geben sie Hinweise auf Handlungsstrategien der Hamburger Sinti. Verärgerung rief beispielsweise hervor, dass sie offensichtlich genaue Vorstellungen über die Bauweise und Ausstattung der Wohnungen äußerten. Auch dass sie, als der Verhandlungsprozess stockte, auf das politische Mittel der Petition zurückgriffen, wurde unwillig zur Kenntnis genommen.³⁴ Rückt man solche Handlungsstrategien von Angehörigen der Minderheit über größere Zeiträume in den Blick, wäre es möglich, eine Erzählung zu erweitern, die bisher allzu stark zwischen einer Phase des Ausgeliefertseins (bis weit in die 1970er Jahre) und einer Phase der Selbstermächtigung (ab den späten 1970er Jahren) unterscheidet.

Dabei ist es, bei aller Begrenztheit der zur Verfügung stehenden Quellen, auch möglich, selbstermächtigendes Handeln von Angehörigen der Minderheit fern des Verhandeln mit Behörden herauszuarbeiten. Dies verhilft dazu, eine einseitige Top-down-Perspektive zu überwinden, die viele Arbeiten im Themenfeld Antiziganismus dominiert. Peter Widmann beschreibt für das bayrische Straubing der 1960er Jahre, dass Sinti sich dort teils aktiv weigerten, Landfahrerbücher zu führen. Laut bayrischer Landesgesetzgebung waren damals sogenannte Landfahrer (eine Bezeichnung, die faktisch mit Angehörigen der Minderheit gleichgesetzt wurde) verpflichtet, diese besonderen Ausweise bei sich zu tragen. Sie waren mit Personaldaten über Familienangehörige und mit Fingerabdrücken versehen, die zugleich dem Landeskriminalamt zur Verfügung standen, und mussten jährlich beim städtischen Pass- und Meldeamt verlängert werden. Die Weigerung einiger Sinti, sich auf diese Weise registrieren zu lassen und Sonderausweise bei sich führen zu müssen, wobei sie sich auf das im Grundgesetz verankerte

34 Bezirksversammlung Harburg, Protokoll 12.1.1979, in: StAHH 446-1, 346.

35 Widmann, Ränder, S. 81–83.

36 Schreiben Bezirksamt Harburg an den Senat, 22.11.1951, in: StAHH 446-1, 116.

37 Vgl. Begründung zum Wohnungsgesetz 1959, in: StAHH 136-1, 2180.

38 Johannes Ries / Fabian Jacobs, Roma / Zigeuner in Relationen. Ethnologische Anregungen für die vergleichende Minderheitenforschung, in: Elke Tschernokoshewa / Udo Michek (Hg.), Beziehungsgeflecht Minderheit. Zum Paradigmenwechsel in der Kulturforschung, Münster 2009, S. 117–129, hier S. 118.

39 Widmann, Ränder, S. 8.

Recht auf Freizügigkeit beriefen, deutet Widmann als einen Akt »zivilen Ungehorsams«.³⁵

Beispiele für derartige Ungehorsamsakte in kleinerem Format lassen sich auch in Hamburg finden: 1951 etwa, als die Stadt bereits fünf zentrale Stellplätze für Wohnwagen benannt hatte und Wohnwagenbesitzer bzw. -besitzerinnen zur Umsiedlung auf diese Plätze aufforderte, reagierten einige Sinti damit, dass sie sich privat ein Grundstück in der Stadt anmieteten und der Umzugsaufforderung nicht nachkamen. Damit umgingen sie aktiv die Zugriffsmöglichkeiten der Stadt, die sich auf den öffentlichen Grund beschränkten.³⁶ Auch später, als das Hamburger Wohnwagensgesetz in Kraft getreten war, kamen Bewohner und Bewohnerinnen von Wohnwagen zunächst der Aufforderung der Räumung nach, kehrten aber anschließend regelmäßig wieder zurück.³⁷ Die Beschreibung solcher Akte des Ungehorsams hält vor allem Reaktionen der Minderheit auf die Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft fest.³⁸ Darüber hinaus zeigt sie jedoch auch selbst geschaffene Handlungsspielräume auf. Nur so lassen sich aus »Betroffenen« handelnde Akteure machen, wenngleich sie freilich permanent an strukturelle Grenzen stießen.

Eigensinnige Praktiken vor Ort

Ein notwendiger Teil einer differenzierten Minderheitengeschichte nach 1945 wäre es nicht »nur«, nach Handlungsspielräumen von Angehörigen der Minderheit zu fragen. Zugleich sollte sie eigensinniges Handeln von Akteuren der Mehrheitsgesellschaft herausarbeiten. Auch darüber ließe sich das benannte Phasenmodell ausdifferenzieren und könnte eine allzu starre Top-down-Perspektive hinterfragt werden. Lokalhistorische Perspektiven bieten hierfür deswegen eine besondere Möglichkeit, so mein Argument in Anlehnung an Peter Widmann, weil vor Ort viel häufiger entsprechende Themen verhandelt bzw. Entscheidungen getroffen wurden und weil »im Schutz des lokalen Raumes«³⁹ für den Umgang mit Minderheiten gänzlich andere Regeln gelten konnten als auf Bundes- oder Landesebene.

Forschungen zur nationalsozialistischen Verfolgung von Sinti und Roma haben diesen Aspekt des eigensinnigen Handelns von Akteuren vor Ort sehr eindrücklich aufgearbeitet. Dabei ist vor allem das Verhältnis

40 Etwa: Karola Fings / Ulrich Friedrich Opfermann (Hg.), *Zigeuner-Verfolgung im Rheinland und in Westfalen 1933–1945. Geschichte, Aufarbeitung und Erinnerung*, Paderborn 2012.

41 Vorläufige Richtlinien, in: StAHH 331-1 II, 918, Bl. 40–46.

42 Notiz Amt für Bezirksverwaltungen, 28.9.1959, in: StAHH 136-1, 2187.

43 Ortsausschussprotokoll vom 28.4.1973, in: StAHH 446-4, 55; Protokoll Ortsausschusssitzung, 19.3.1975, in: StAHH 446-4, 56; »Richtige Wohnungen sind eine zweifelhafte Freude für Zigeuner«, in: *Hamburger Abendblatt*, 5.3.1980.

44 Vgl. Gilad Margalit, »Großer Gott, ich danke Dir, daß Du kleine schwarze Kinder gemacht hast«. Der ›Zigeunerpastor‹ Georg Althaus, in: *WerkstattGeschichte* 25 (2000), S. 59–73; Udo Engbring-Romang / Wilhelm Solms (Hg.), *Die Stellung der Kirchen zu den deutschen Sinti und Roma*, Marburg 2008; Verena Meier, *Gutachten zum Forschungsstand zum Thema »Protestantismus und Antiziganismus«*, i.A. des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Heidelberg 2017, v. a. S. 20–22.

zwischen reichsweit gültigen, zentralen Vorgaben und davon abweichenden Praktiken »im Kleinen« untersucht worden. Deutlich wird daran, über welche teils erstaunliche Entscheidungsspielräume lokale Akteure verfügten. So forcierten neben Polizeibeamten ebenso die örtlichen Behörden, die Stadtverwaltungen, die lokale Presse oder Denunziationen aus der Bevölkerung die sich radikalisierte NS-Verfolgung. Die Kehrseite der lokalen Entscheidungsspielräume konnte zugleich darin bestehen, dass aufgrund persönlicher Motive zuvor als »Zigeuner« eingestufte Personen von den Deportationen ausgenommen wurden.⁴⁰

Auch für die Nachkriegsgeschichte lassen sich in den Hamburger Akten Belege dafür finden, dass Akteure vor Ort nicht einfach Vorgaben ausführten, die bundesweit oder für den gesamten Stadtstaat gelten sollten. Nachdem beispielsweise 1959 das überarbeitete Wohnwagengesetz in Kraft getreten war, zählten und registrierten die Bezirksämter systematisch die Wohnwagen und erfassten dabei neben den Angaben zum Zustand der Wagen auch die Namen und Berufe der Bewohner und Bewohnerinnen. Die durch die Baubehörde herausgegebenen vorläufigen Richtlinien zur Ausführung des Gesetzes forderten unter anderem dazu auf, den Polizeirevierern Kopien der erstellten Listen zukommen zu lassen.⁴¹ In den Akten findet sich eine Notiz, mit der sich ein Mitarbeiter der Bezirksverwaltung skeptisch nach dem Zweck dieses Vorgehens erkundigte.⁴² Der Hinweis verdeutlicht, dass auch Akteure in den Behörden strukturelle Vorgaben durchaus hinterfragten und gegebenenfalls davon abwichen. Derartig eigensinnige administrative Praktiken lassen sich mittels lokalgeschichtlicher Ansätze besonders zutage fördern.

Nicht zu unterschätzen ist dabei die Bedeutung einzelner Akteure, die freilich dennoch im Geflecht städtischer Behörden und aus bestimmten Positionen heraus

agierten. Ein Beispiel hierfür ist Gertrud Wehl, die seit den 1950er Jahren im Auftrag der evangelikalen Mission Süd-Ost-Europa als Missionarin unter Hamburger Sinti tätig war. Wiederholt sprach sie für oder mit Sinti bei den Behörden vor, ob es um Einzelbelange ging oder um Aspekte, die einzelne Wohnwagenplätze oder auch die Minderheit als solche betrafen. In den 1970er Jahren war sie daran beteiligt, den Bau jener Sinti-Siedlung in Wilhelmsburg mit anzustoßen, und wandte sich diesbezüglich unter anderem an den Bundeskanzler. In lokalen Verhandlungen zwischen dem Ortsausschuss Wilhelmsburg, den beteiligten Behörden sowie der SAGA (Siedlungs-Aktiengesellschaft Altona) über die konkrete Umsetzung wurde sie neben August Weiß immer wieder als Ansprechperson hinzugezogen.⁴³ Zwar vertrat die Missionarin einen bevormundenden Ansatz und Ideen der Besserung und Erziehung. Hierin unterschied sie sich kaum von anderen evangelischen oder katholischen Akteuren, die sich der »Zigeunermission« oder »Zigeunerhilfe« verschrieben hatten und deren Denken durch sozialromantische und antiziganistische Stereotype geprägt war.⁴⁴ Dennoch ist Gertrud Wehl Teil der Minderheitengeschichte, zumal bei vielen Hamburger Sinti der christliche Glaube eine wichtige Rolle spielte. Das Beispiel der Hamburger Missionarin verdeutlicht vor allem, dass die Frage nach eigenem Handeln mehr bedeutet als das Auslegen zentraler Weisungen vor Ort oder die kreative Umsetzung städtischer Regelungen in den einzelnen Behörden. Es geht vielmehr auch um Eigeninitiativen, um den Anstoß von Projekten durch das wie auch immer gelagerte Interesse Einzelner oder um Angehörige der Mehrheitsgesellschaft, die *mit* Angehörigen der Minderheit oder *für* sie das Wort ergriffen. Auch diese Geschichten gehören zu einer Minderheitengeschichte, die unter anderem nach Verflechtungen sowie Aushandlungen zwischen Minderheit und Mehrheit fragt.

Auf dem Weg zu einer kritischen Minderheitengeschichte

Die von mir skizzierten Potenziale einer lokalhistorischen Perspektive auf die Minderheitengeschichte von Sinti und Roma sind mit diversen Herausforderungen verbunden, die sowohl den methodologischen Umgang mit dem vorhandenen Quellenmaterial als auch eine breitere theoretische und historische Einbettung betreffen.

- 45 Karola Fings, Sinti und Roma. Geschichte einer Minderheit, München 2016, S. 10.
- 46 Ebd., S. 21.
- 47 Michael G. Esch, Osteuropäische Einwanderer in Paris (1900–1940), in: Zeithistorische Forschungen 2 (2005), H. 3, S. 439–448; Alexis Spire, In den Kellern der französischen Einwanderungspolitik (1945–1975), in: ebd., S. 449–455.
- 48 Mehr dazu: Yvonne Robel, Vortrag »Der Wert öffentlicher Aufmerksamkeit. Vertreibung und Flucht von Roma«, <https://lecture2go.uni-hamburg.de/l2go/-/get/v/19604> [4.1.2019].
- 49 Deutscher Bundestag, Kurzprotokoll des Ausschusses für Inneres, 19.2.1959, S. 5–7, in: StAHH 131-III, 2634.
- 50 StAHH 131-III, 2634 und 445-1, 1048.
- 51 Bericht Regierungsinspektor, 4.12.1958, in: StAHH 445-1, 1048. Aus Polen eingereiste Roma spielten auch in den Diskussionen über die Verschärfung des Wohnwagensgesetzes Ende der 1950er Jahre eine Rolle. Vgl. »Alle Wohnwagen sollen aus Hamburg verschwinden«, in: Hamburger Abendblatt, 11.12.1958.

Eine erste Herausforderung besteht darin, dass Minderheitengeschichte im Fall von Sinti und Roma untrennbar mit Antiziganismusgeschichte verbunden ist, jedoch nicht auf diese reduziert werden sollte. Vor allem gilt es, eine essentialisierende Sichtweise auf »die Minderheit« zu durchbrechen. Eine solche Verbindung müsste beinhalten, die sich permanente wandelnde Konstruktion von »Minderheit« und »Mehrheit« kritisch aufzuarbeiten. Denn letztlich »birgt jedes Schreiben über Sinti und Roma die Gefahr einer Homogenisierung und Exotisierung und damit auch die Gefahr, Stereotype zu reproduzieren.«⁴⁵ Dies wirft Fragen bezüglich des Quellenmaterials auf. Wie beispielsweise ist damit umzugehen, dass auch für eine lokale Minderheitengeschichte von Sinti und Roma der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts oft weit mehr Behördenakten als Selbstzeugnisse zur Verfügung stehen? Karola Fings hat berechtigterweise darauf verwiesen, dass Historiker und Historikerinnen nicht selten »zu einem verzerrten Bild beigetragen [haben], indem sie auf ein immer gleiches Korpus an ›Zigeuner‹-Edikten, Rechtstexten und Polizeiakten zurückgriffen.«⁴⁶ Mit dieser Problematik (selbst)kritisch umzugehen, macht es erforderlich, Behördenakten durch weiteres Material zu kontextualisieren. Für eine Lokalgeschichte bieten sich dafür etwa Quellen von Bürgerinitiativen oder aus Stadtteilarchiven, aber auch aus Archiven örtlicher Institutionen von Sinti und Roma an. Allerdings ist der Umgang mit Behördenakten bei weitem nicht so eindimensional, wie es auf den ersten Blick scheinen mag. Zwar führen auch die von mir verwendeten Akten zunächst vor allem behördliches Handeln vor, aber sie liefern eben zugleich Hinweise auf Kontaktformen, Handlungsweisen von Angehörigen der Minderheit und Entscheidungs- bzw. Handlungsspielräume im jeweiligen Rahmen. Michael G. Esch und Alexis Spire,

die sich selbstkritisch mit der Arbeit mit französischen Polizeiakten befasst haben, argumentieren, dass solche Unterlagen durchaus Rückschlüsse auf das Alltagsleben und die Sozialgeschichte von Minderheiten zulassen.⁴⁷ Mit Blick auf die Hamburger Behördenakten schließe ich mich ihrer Einschätzung an, auch wenn die darin zu findenden Angaben immer auf ihre innere Logik und ihren Entstehungskontext zu prüfen sind – was jedoch letztlich für jeden kritischen Umgang mit Quellen gilt.

Eine zweite Herausforderung, auf die ich mit meinen bisherigen Beispielen lediglich am Rande eingegangen bin, besteht in der Verbindung von Minderheiten- mit Migrationsgeschichte. Eine Minderheitengeschichte über Sinti und Roma sollte keineswegs auf Migrationsgeschichte reduziert werden. Im Gegenteil, das wäre angesichts des wirkmächtigen Stereotyps der Nicht-Sesshaftigkeit geradezu fatal. Aber gerade weil Flucht- und Migrationsgeschichten von Roma bis heute in der Öffentlichkeit eher wenig präsent sind,⁴⁸ sollten die Verbindungen zu einer Geschichte von Migration auch nicht ausgeblendet werden. Das gilt sowohl auf der strukturellen und praktischen Ebene im Handeln vor Ort als auch auf einer ideengeschichtlichen Ebene. Auch dafür lässt sich ein Beispiel aus den Hamburger Akten anführen: 1959 trafen im schleswig-holsteinischen Grenzbahnhof Büchen mit einem sogenannten Aussiedlertransport aus Polen über 300 Roma ein. Auf Bundesebene sorgte dieser Vorgang für einige Aufregung, berührte er doch delikate außenpolitische und einwanderungspolitische Fragen.⁴⁹ Auf lokaler Ebene in Hamburg jedoch war man mit ganz praktischen Aspekten konfrontiert, da rund 200 Personen dieser Gruppe in der Stadt unterkommen sollten. Hier verhandelten Personen aus Politik und Behörden – unter anderem mit bereits in Hamburg ansässigen Vertretern der Minderheit – über Fragen der (vorläufigen oder dauerhaften) Aufenthaltsgenehmigungen, über Ausweispapiere und den Umgang mit Staatenlosigkeit, aber auch über die Versorgung der Ankommenden, über Unterkünfte oder eventuell entstehende Ansprüche auf Wiedergutmachungs- oder Fürsorgeleistungen.⁵⁰ Minderheitengeschichte war hier ganz praktisch mit migrationspolitischen Fragen vor Ort verbunden. Dabei herrschte offensichtlich zunächst vor allem Verwirrung darüber, wie mit diesem besonderen Fall umzugehen sei, obgleich bereits ein Jahr zuvor staatenlose Roma aus Polen über Büchen und das Durchgangslager Friedland in die Bundesrepublik eingereist waren.⁵¹ Zugleich spielten bestehende Vorurteile in den Vorgang hin-

ein. So geht aus einer Drucksache des Senats hervor, dass partout vermieden werden sollte, Anreize für eine weitere Einreise oder Ansprüche auf Fürsorge- und Wiedergutmachungsleistungen zu schaffen. Letztlich hoffte man, dass sich dieses Problem gleichsam von selbst erledigen würde, und verwies hierbei auf die angeblich kaum mögliche Vermittelbarkeit von Roma auf dem Arbeitsmarkt.⁵² Parallel befeuerte die Ankunft der 200 Personen in Hamburg eine Presseberichterstattung, die ebenfalls voller antiziganistischer Stereotype war. »Zigeuner werden immer wandern«, titelte etwa die Hamburger Illustrierte *Kristall* und vereinte in einem mehrseitigen Bericht alle Klischees über die Minderheit.⁵³ Andere Zeitungen beschworen insbesondere eine wachsende Bedrohung durch weiteren Zuzug von Roma aus Osteuropa herauf.⁵⁴ Die Debatte über die aus Polen migrierten Roma wirkte sich also auf die öffentliche Wahrnehmung der gesamten Minderheit aus. Deutlich wird zudem, dass das Sprechen über die Minderheit nicht zuletzt mit dem Sprechen über Migration im Allgemeinen verlinkt ist.

Hier deutet sich bereits eine dritte Herausforderung für eine lokalhistorische Minderheitengeschichte an. Sie besteht in einer notwendigen, vielseitigen Kontextualisierung, die einerseits das Verhältnis von Exemplarischem zum Allgemeinen zu klären hilft, die andererseits Besonderheiten des Lokalen nicht ein ebnet. Einzelne Hamburger Beispiele haben gezeigt, dass manche Dynamiken im Umgang mit der Minderheit aus stadthistorischen Zusammenhängen heraus erklärbar sind. Zugleich berühren beispielsweise lokale Wohnwagengesetzgebungen auch allgemeine Fragen von Wohnraumpolitik nach dem Krieg. Zudem wurden derartige städtische Regelungen stets in Konstellationen verhandelt, die über das Lokale hinausreichten. So beschäftigten sich der Deutsche Städte-

52 Vertrauliche Drucksache 348 für die Senatsitzung vom 18.6.1959, in: StAHH 136-1, 3346.

53 »Zigeuner werden immer wandern«, in: *Kristall* 7/1959, S. 56–65.

54 Etwa: »Neue Zigeunersippen im Anmarsch«, in: *Bild-Zeitung*, 29.6.1959; »Wieder Zigeuner aus Polen erwartet«, in: *Hamburger Abendblatt*, 29.6.1959.

55 Etwa: StAHH 331-1 II, 910 und 331-1 II, 912.

tag sowie regionale Arbeitstreffen in den 1950er/60er Jahren wiederholt mit dem sogenannten »Landfahrerunwesen« und holte Hamburg immer wieder Expertise aus anderen Bundesländern ein.⁵⁵ Auch ein Siedlungsbau wie der in den 1970er/80er Jahren in Wilhelmsburg war untrennbar mit übergreifenden veränderten Vorstellungen über soziale Ungleichheit oder Armut und mit neuen Ansätzen innerhalb der Sozialen Arbeit verbunden. Jedoch spielten für seine Umsetzung zugleich einzelne, eigensinnig handelnde Akteure vor Ort eine wichtige Rolle. Solche vielschichtigen Zusammenhänge aufzufächern – das ist sowohl Herausforderung als auch Chance eines lokalhistorischen Ansatzes.

- Dr. Yvonne Robel ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

JENSEITS VON 1968

Politische Mobilisierung im Schwarzen Jahrzehnt

Vergegenwärtigt man sich, mit welchen Fotos und Symbolen die Erinnerungen an 1968 im 50. Jubiläumsjahr in den Printmedien bebildert wurden, kann man ohne Weiteres zu dem Schluss kommen, dass die darauf folgenden 1970er Jahre vor allem ein Rotes Jahrzehnt gewesen sind. Dieser Begriff hat sich trotz berechtigter geschichtswissenschaftlicher Einwände weitgehend durchgesetzt.¹ Er geht u. a. auf die gleichnamige breit rezipierte und autobiografisch gefärbte Darstellung von Gerd Koenen zurück, in der er auf die Zeit zwischen 1967 und 1977 zurückblickt.² Rot ist freilich nicht die einzige Farbe, mit der die auf 1968 folgenden und von 1968 geprägten 1970er Jahre beschrieben werden. Im Kontext des Aufbruchs der Frauenbewegung in dieser Dekade wird die Farbe Lila gelegentlich, etwas klischeebeladen, zur Kolorierung der feministischen Ideen aus der Schublade geholt.³ Die 1970er Jahre gelten aber auch als buntes Jahrzehnt, wenn damit die vielfältigen sozialen Bewegungen gemeint sind, die in dieser Zeit sichtbar wurden und im linksalternativen Milieu zu Hause waren. Mit der Umweltbewegung, der Hausbesetzer-Szene, den Dritte-Welt-Solidaritätsgruppen und der Kinderladenbewegung bis hin zu Gruppen, die sich mit der RAF solidarisierten, sind längst nicht sämtliche Gruppierungen aufgezählt.⁴ Ihnen und den hier ungenannten ist gemein, dass sie neben der Studentenbewegung in den letzten Jahren und Jahrzehnten viel zeithistorische und mediale Aufmerksam-

- 1 Axel Schildt, »Die Kräfte der Gegenreform sind auf breiter Front angetreten.« Zur konservativen Tendenzwende in den 70er Jahren, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Hg.), Annäherungen an die Westdeutschen. Sozial- und kulturgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen 2011, S. 259 – 301, hier S. 259. Erstveröffentlicht in: Archiv für Sozialgeschichte, 44 (2004), S. 449 – 478.
- 2 Gerd Koenen, Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977, Köln 2001.
- 3 Fundiert dazu: Kristina Schulz, Der lange Atem der Provokation. Die Frauenbewegung in der Bundesrepublik und in Frankreich 1968–1976, Frankfurt/Main 2002; Elisabeth Zellmer, Töchter der Revolte? Frauenbewegung und Feminismus der 1970er Jahre in München, München 2011.
- 4 Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hg.), Das alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983, Göttingen 2010; Sven Reichardt, Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren, Berlin 2014.

keit erhalten haben. Andere gesellschaftliche Gruppen, nämlich jene, die im demokratisch-rechten Spektrum verortet waren, sind um 1968 und in der Folge für eine Weile aus dem Blickfeld geraten.⁵ Damit verschwanden gleichermaßen ganze Aspekte gesellschaftlicher Transformationsprozesse um und nach 1968 aus dem Wahrnehmungshorizont. Nun ist die Wahrnehmung der Vergangenheit stark von der Gegenwart geprägt, Geschichtsbilder sind immer auch gegenwartsbezogene Geschichtskonstruktionen. Und auch wenn es heute so wirken mag, waren im Jahr 1968 keineswegs alle Achtundsechziger. Aus den vielen Beispielen, die sich dazu anführen ließen, sei eines ausgewählt: Mein Kollege Malte Thießen erhielt in einem Interview von seiner Gesprächspartnerin auf die Frage »Wie ist Ihnen das damals mit '68 gegangen?« folgende Erwiderung: »Pfff, '68, Mensch, da war ich schwanger, zum dritten Mal.«⁶ Die Aussage, in der eine unausgesprochene Abgrenzung zu 1968 als Symbol der Revolte anklingt, stammt aus einem Interview, das für ein Forschungsprojekt geführt wurde, in dem nicht 1968, sondern 1943 im Zentrum des Interesses stand. Die Bombenangriffe auf Hamburg, ihre Auswirkungen auf die Erlebnisgeneration und die Weitergabe dieser Erfahrungen an Folgegenerationen wurden aus historischer und psychologischer, bzw. psychoanalytischer Perspektive untersucht.⁷ Das Zitat ist mehr als ein beliebiger Zufallsfund, verweist es doch darauf, dass die Mehrheit in der Bundesrepublik mit der außerparlamentarischen Bewegung wenig zu tun hatte, nicht marxistisch orientiert war, traditionelle Werte nicht kategorisch ablehnte und auch keinen gesteigerten Wert auf eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft legte. Im Rückblick wird Geschichte jedoch häufig vereindeutigt. Das gelingt im Kontext von 1968 besonders gut, weil es eine stark medial vermittelte Bewegung war, über die es einprägsame und wiederholbare, im Fernsehen übertragene Bilder gibt.⁸ Man tut 1968 überdies unrecht, wenn man es als Auslöser für gesellschaftliche Transformationsprozesse bezeichnet. Denn diese waren bereits wesentlich früher angelegt.⁹ Dennoch erlebte

5 Dazu vor allem Anna von der Goltz, »A polarized generation? Conservative students and West Germany's ›1968‹«, in: dies. (Hg.), »Talkin' 'bout my generation«. Conflicts of generation building and Europe's ›1968‹, Göttingen 2011, S. 195–215, und Christina von Hodenberg, Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte, München 2018.

6 Interview mit H.B. am 20.10.2008, Interviewer: Malte Thießen, in: FZH / WdE 1350, Transkript S. 94.

7 Ulrich Lamparter / Silke Wiegand-Grefe / Dorothee Wierling (Hg.), Zeitzeugen des Hamburger Feuersturms 1943 und ihre Familien. Forschungsprojekt zur Weitergabe von Kriegserfahrungen, Göttingen 2013.

8 Vgl. dazu Philipp Gassert, Bewegte Gesellschaft. Deutsche Protestgeschichte seit 1945, Stuttgart 2018, S. 106.

9 Axel Schildt / Detlef Siegfried / Karl Christian Lammers (Hg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.

- 10 Bernd Faulenbach, *Das sozialdemokratische Jahrzehnt. Von der Reformeuphorie zur Neuen Unübersichtlichkeit. Die SPD 1969–1982*, Bonn 2011, S. 275–280.
- 11 Frank Bösch, *Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969*, Stuttgart 2001, S. 408–418; ders., *Die Krise als Chance. Neuformierung der Christdemokraten in den siebziger Jahren*, in: Konrad Jarausch (Hg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008, S. 296–309, hier S. 300.
- 12 Massimiliano Livi/Daniel Schmidt/Michael Sturm (Hg.), *Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter*, Frankfurt/New York 2010, sowie Daniel Schmidt, »Die geistige Führung verloren«. Antworten der CDU auf die Herausforderung »1968«, in: Franz-Werner Kersting/Jürgen Reulecke/Hans Ulrich Thamer (Hg.), *Die zweite Gründung der Bundesrepublik. Generationswechsel und intellektuelle Wortergreifungen 1955–1975*, Stuttgart 2010, S. 85–107.
- 13 Bösch, *Adenauer-CDU*, S. 408–418.

das darauf folgende Jahrzehnt einen starken Politisierungsschub. Vor allem junge Menschen begannen, sich in vielen Bereichen politisch zu engagieren. Zahlenmäßig am stärksten profitierte die SPD.¹⁰ Zunehmend engagierten sich junge Leute aber auch auf einem Feld, das als ein Antidot zu 1968 galt, in der CDU bzw. in ihren Vorfeldorganisationen. Die CDU wurde zu Beginn der 1970er Jahre zu einer Massenpartei, in die viele junge Akademiker und (weniger) Akademikerinnen eintraten.¹¹ Im Folgenden werde ich, basierend auf vorläufigen Ergebnissen aus meinem Forschungsprojekt über die politische Mobilisierung an Schulen in den 1970er Jahren, von der üblichen Blickrichtung auf das »Rote Jahrzehnt« ein wenig Abstand nehmen und auf Politisierungsprozesse und Veränderungen im christdemokratischen Spektrum eingehen. Das Ziel meiner Überlegungen ist, dominante Deutungsmuster bezüglich der Bedeutung von »1968« zu hinterfragen und bisherige Perspektiven auf die 1970er Jahre zu erweitern und zu prüfen, ob es legitim wäre, von den 1970er Jahren als Schwarzes Jahrzehnt zu sprechen.¹²

1968 – christdemokratisch

Die CDU erlebte eine Phase der Transformation, von Frank Bösch als ihr eigenes 1968 bezeichnet, bereits 1967, nach dem Tod von Adenauer, als es in der Partei auch aufgrund von generationellen Veränderungen zu einem neuen Politikstil und damit zu einem Demokratisierungsschub kam.¹³ Die Partei modernisierte sich insbesondere dadurch, dass sie sich ein Parteiprogramm gab, dem eine innerparteiliche Debatte vorausging und an dem erstmals die Parteibasis mitdiskutieren konnte. Zugleich fiel es der CDU nicht leicht, auf die Formen und Inhalte der protestierenden Stu-

dentem zu reagieren. Die Partei verhielt sich überwiegend unflexibel und tat sich schwer darin, neue Inhalte aufzugreifen. Dies war bei einer der großen Vorfeldorganisationen der CDU, der Jungen Union, etwas anders. Dort wurden die gesellschaftlichen Veränderungen und der Bedarf, sich dazu zu positionieren, vor der Partei aufgegriffen. Denn die Jugendorganisation war eigenständig, ihre Mitglieder mussten nicht in die CDU eintreten, eine Tatsache, die sich immer wieder als Vor- und Nachteil zugleich erwies. Zum einen erlaubte dies der Jungen Union, unabhängiger agieren zu können, zum anderen ermöglichte dies der Partei, manche Inhalte nicht oder nur partiell zur Kenntnis zu nehmen.

Dass »1968« gesellschaftliche Diskurse prägte und sich auch an Orten, von Organisationen und Personen angeeignet wurde, von denen man es nicht erwartet hätte, lässt sich insbesondere an lokalen Beispielen erläutern. So bot die Junge Union 1968 in Groß Flottbek, einem Bezirk im bürgerlichen Westen Hamburgs, eine gut besuchte Veranstaltungsreihe zum Thema Marxismus-Leninismus an.¹⁴ Referiert wurde an mehreren Abenden über »den Diamat und Histomat, die Lehre vom Sozialismus und Kommunismus, die politische Ökonomie und die Theorie und Taktik der internationalen kommunistischen Bewegung, über den demokratischen Sozialismus, den Maoismus und über die APO«. Die Mitgliederzeitschrift der Jungen Union bejubelte das »gute Echo«, das die Veranstaltungen vor allem bei Schülern benachbarter Schulen hervorgerufen habe. Dieses Beispiel aus Groß Flottbek veranschaulicht, dass Inhalte, die im weitesten Sinne mit der Chiffre 1968 bezeichnet und nicht in erster Linie mit einem bürgerlichen und wohlhabenden Vorort verbunden werden, auf ein breites gesellschaftliches Interesse stießen. Als besonders erfreulich hatte die Junge Union hervorgehoben, dass Schüler anwesend gewesen seien. Warum waren die wichtig? Schüler, viel weniger Schülerinnen, stellten bis weit in die 1960er Jahre hinein einen wichtigen Anteil des Rekrutierungspotenzials der Jungen Union dar.¹⁵ Auf dem Höhepunkt der Mobilisierung von Schülerinnen und Schülern im Zuge der Studentenbewegung hatte die CDU nur mühsam Maßnahmen ergriffen, mit denen sie den befürchteten Verlust ihres Nachwuchses an linksradikale Gruppen und Organisationen verhindern

14 JU-Intern Nr. 10/68, 30.12.1968, S. 9, in: Archiv für christlich-demokratische Politik (ACDP) 04-024/071.

15 Der Schüler- bzw. Studentenanteil in der Jungen Union stieg von 15,5% (1971) auf 43% (1977). Frauen und Mädchen waren stets in der Minderheit. Claus-Peter Grotz, Die Junge Union. Struktur, Funktion, Entwicklung der Jugendorganisation von CDU und CSU seit 1969, Kehl am Rhein / Straßburg 1983, S. 53.

- 16 Axel Schildt, Nachwuchs für die Rebellion. Die Schülerbewegung der späten 60er Jahre, in: Jürgen Reulecke (Hg.), *Generationalität und Lebensgeschichte*, München 2003, S. 229 – 251; Linde Apel, *Der Nachwuchs der Revolte. Die Schülerbewegung der 1960er-Jahre am Beispiel der Hamburger Gruppe des Aktionszentrums Unabhängiger und Sozialistischer Schüler AUSS*, in: Meike Sophia Baader / Ulrich Hermann (Hg.), 68 – Engagierte Jugend und Kritische Pädagogik. Impulse und Folgen eines kulturellen Umbruchs in der Geschichte der Bundesrepublik, Weinheim / München 2011, S. 14 – 29.
- 17 Interner Informationsschnelldienst der Jungen Union Deutschlands, Nr. 46, 29.3.1968, in: Nordrhein-Westfälisches Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (HStA D), RW 136-155, Blatt 138.
- 18 Nachrichtenspiegel für die Teilnehmer der Landestagung, hg. vom Landessekretariat der JU Rheinland, o.D., in: HStA D, RW 136-22, Blatt 156.
- 19 Satzung des VKS, 2.11.1969, in: ACDP, 04-006-63/1.
- 20 Vgl. dazu Schildt, *Schülerbewegung*; Apel, *Nachwuchs*.
- 21 Matthias Reichert, *Verband Kritischer Schüler*, 7.11.1969, in: HStA D, RW 136-22, Blatt 182.
- 22 Der Topos der Unterwanderung verweist nicht nur auf zeitspezifische Ängste im Kalten Krieg, die Stasi hatte »den Westen« tatsächlich im Blick. Wie erfolgreich sie dabei war, wird nach wie vor intensiv diskutiert. Vgl. dazu Jens Gieseke, *Der Mielke-Konzern. Die Geschichte der Stasi 1945 – 1990*, München 2006.

wollte. Denn der SDS, der Sozialistische Deutsche Studentenbund, agitierte Schülerinnen und Schüler an Oberschulen wesentlich erfolgreicher. Mit der Gründung des Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler (AUSS) im Jahr 1967 gelang es ihm, eine ganze Reihe von politischen Schülergruppen zu initiieren, die in den folgenden drei Jahren Unruhe an Oberschulen stifteten und Schule sowie Unterrichtsformen veränderten.¹⁶ Dies zog eine größere Medienaufmerksamkeit nach sich. Dass zur gleichen Zeit auch Gruppen an den Schulen entstanden, die sich vom AUSS distanzieren, wurde indes kaum wahrgenommen. Dazu gehörte beispielsweise der 1967 ins Leben gerufene Schülerkreis Junger Christlicher Demokraten in Berlin, der sich auf exemplarische Weise inhaltlich von linken Gruppen abgrenzte. Der Schülerkreis bot sich denjenigen als Interessenvertretung an, die »den extremistischen Parolen der Linken nicht folgen« und »anstehende Probleme auch ohne Revolution« lösen wollten.¹⁷ In Gruppen wie diesen fanden zwar viele Forderungen der linken Schülerbewegung zur Schulpolitik positiven Widerhall. So teilten sie beispielsweise die Forderung nach Demokratisierung der Schule, setzten sich für ein größeres Mitspracherecht von Schülerinnen und Schülern bei schulpolitischen Entscheidungen und den Abbau von autoritären Strukturen ein. Aber sie unterschieden sich in der Form, wie diese Ziele durchgesetzt werden sollten. Sie plädierten dafür, die Demokratisierung der Schule »auf evolutionärem Wege« zu erreichen, und lehnten jede Form von Radikalismus ab. Viele dieser Gruppen entstanden zunächst ohne erkennbare parteipolitische Unterstützung oder entwickelten sich aus den seit den 1950er Jahren existierenden »Politischen Arbeitskreisen Schule«. Beim Schülerkreis Junger Christlicher Demokraten war das, wie am Namen erkennbar ist, anders. Der

Jungen Union war jedoch bewusst, dass es kontraproduktiv wäre, politische Organisationen für Jugendliche mit ihr oder der CDU in Verbindung zu bringen, weil insbesondere Jugendliche damit nicht Fortschritt oder Modernisierung verbanden. Daher veranlasste die Junge Union 1969 die Gründung des »Verbands kritischer Schüler«. ¹⁸ Der VKS präsentierte sich als »Vereinigung, die an der demokratischen Reform unserer Gesellschaft und unseres Staates mitarbeiten will«. Zu seinen Zielen gehörte die Demokratisierung der Schule mit »echter Mitbestimmung«. ¹⁹ Damit nutzte er prominent zwei Schlagworte, mit der die linke Schülerbewegung anfangs ihr Klientel mobilisiert hatte. ²⁰ In Anlehnung an die Aktionsformen der Linken, aber in Abgrenzung zu ihren Positionen luden sie beispielsweise zu einem Teach-in mit dem Titel »Ist die deutsche Schule autoritär?«. ²¹ Diese zeitlich leicht verzögerte diskursive Übernahme von Begrifflichkeiten und Aktionsformen prägte die Strategie der moderaten Rechten, und sie waren deshalb erfolgreich, weil bei vielen Schülerinnen und Schülern Formen und Inhalte des studentischen Protests verspätet und verändert ankamen. Wie schwierig es war, politisch nicht gefestigte Jugendliche auf JU- bzw. CDU-Kurs zu halten, lässt sich anhand der weiteren Entwicklung des VKS ebenfalls gut aufzeigen. Nachdem sich einzelne Landesverbände die Zusammenarbeit mit sozialistisch orientierten Schülergruppen nicht hatten verbieten lassen, wurde er 1971 von der Jungen Union kurzerhand wieder aufgelöst. Die Haltung der Landesverbände galt als gefürchtete »Unterwanderung« und wurde mit drastischen Mitteln bekämpft. Der Topos der Unterwanderung eröffnet ein weites Feld. ²² Zu bedenken ist dabei, dass es sich bei der Gruppe der im VKS Aktiven teils um sehr junge Leute handelte, die die Politik für sich entdeckt hatten und sich diesen Bereich mit großer Energie und Geschwindigkeit aneigneten. Dies konnte in der Tat dazu führen, dass sie sich in kurzer Zeit von ursprünglich eingenommenen politischen Positionen abwandten. Zu meinen Interviewpartnern gehörten einige Personen, die während der Schulzeit das politische Spektrum in hohem Tempo von ziemlich weit rechts bis ziemlich weit links durchmessen haben. Diese jungen Leute waren zwar nicht unterwandert worden, für Außenstehende, die eine Unterwanderung fürchteten, mochte es dennoch so gewirkt haben. Erfahrungen mit zu eigenständigen Schülern und organisatorische Misserfolge führten auf Bundesebene im Sommer 1972 zur Gründung der Schüler-Union als Teil der Jungen Union.

Erzählungen vom anderen politischen Engagement

Die erwähnten Interviews stammen aus meinem Forschungsprojekt zur Politisierung in den 1960er und 1970er Jahren an den Schulen. Ich habe Frauen und Männer befragt, die damals aktiv waren, um zu erfahren, warum sie sich damals politisch engagierten und wie sie es heute deuten.²³ Schaut man sich die Erzählungen von damaligen Aktivisten und Aktivistinnen auf der linken oder an der Jungen Union orientierten Seite an, lassen sich Unterschiede in der Form erkennen, wie erzählt wird. Die damaligen (und meist auch noch heutigen) Linken schilderten überwiegend begeistert, wie sie sich im Kontext der Schülerbewegung soziale und politische Räume aneigneten und dies als Befreiung und Selbstermächtigung erlebten. Die Interviews mit Personen aus dem damaligen Umfeld der Jungen Union klangen wesentlich zurückhaltender.²⁴ Details der Politisierung gehen aus diesen mündlichen Erinnerungen dennoch deutlich hervor. Als ich Gabriele Kalinka danach befragte, wie sie zu ihrem politischen Engagement gekommen sei, erzählte sie Folgendes:

»Damals erinnere ich noch einen Arbeitskreis für Kommunismus, wo über die ganzen kommunistischen Dinge, die ja damals sehr in der Diskussion waren, Marxismus, Trotzismus [...] [diskutiert wurde]. [...] Das fand ich hoch interessant, [...] hab mich dort gemeldet, mal geschnuppert und bin auch eigentlich relativ schnell eingetreten, weil ich das gut fand in der Jungen Union, weil das eine Alternative war zu diesen so genannten linken Bewegungen, die überall im Ganzen waren.«²⁵

Die Idee, in die Jugendorganisation der CDU einzutreten, so erzählte sie mir, war gewissermaßen am heimischen Abendbrottisch entstanden. Denn meine

23 Es handelt sich um Interviews / Befragungen mit 37 Personen der Jahrgänge 1948 bis 1958, die die Schülerbewegung als Jugendliche miterlebt haben, darunter 13 Frauen. 14 Personen waren im Umfeld oder innerhalb der Jungen Union aktiv, darunter zwei Frauen.

24 Vgl. dazu Linde Apel, Gefühle in Bewegung. Autobiographisches Sprechen über die Jugend, in: Knud Andresen / Linde Apel / Kirsten Heinsohn (Hg.), Es gilt das gesprochene Wort. Oral History und Zeitgeschichte heute, Göttingen 2015, S. 59–77.

25 Interview mit Gabriele Kalinka am 30.3.2005, Transkript S. 9f.

26 Interview Kalinka, Transkript S. 9.

27 Als Studierende wurde sie Vorsitzende des Hamburger Rings Christlich-Sozialer Studenten. Sie machte auf niedriger Ebene eine schnelle Karriere, hob dies im Interview aber nicht hervor.

28 Interview Kalinka, Transkript S. 13.

Gesprächspartnerin, die ein katholisches Mädchengymnasium besuchte und 1973 dort ihr Abitur ablegte, erhielt ihre politische Prägung im Elternhaus.²⁶ Diese familiäre Beständigkeit der politischen Positionen verbindet sie mit einigen meiner Interviewpartner, die im christdemokratischen Bereich aktiv waren. Wir erfahren in diesem Zitat als weiteren Beleg für die These von der weiten Verbreitung der Inhalte der Protestbewegung und ihrer Aneignung an unerwarteten Orten, die ich mit dem Beispiel der Veranstaltungsreihe in Groß Flottbek illustrierte, welche Themen derzeit in der Luft lagen und dass sie bis weit ins christdemokratische Lager hinein diskutiert wurden.

Aus Gabriele Kalinkas Aussage geht auch hervor, dass sie Anschluss an eine Organisation suchte, um Position gegen die linke Dominanz beziehen zu können. Hingegen war ihre grundsätzliche Bereitschaft zu politischem Engagement so selbstverständlich, dass sie es im Interview gar nicht eigens erwähnte. Sie setzte es gleichsam voraus. Kurz nach ihrem Eintritt in die Junge Union wurde Gabriele Kalinka in den Hamburger Landesvorstand der CDU gewählt und zur Vorsitzenden des Schülerarbeitskreises ernannt. Diese Hamburger Vorgängerorganisation der Schüler-Union habe versucht, einen »Gegenpol gegen die linken Gruppen an den Schulen« zu bilden, so Kalinka im Interview.²⁷ Im gleichen Atemzug grenzte sie sich explizit vom Begriff »konservativ« als Selbstbeschreibung ab, eine Aussage, die mich zunächst überraschte. »Ich will nicht immer das Wort ›konservativ‹ nehmen, weil wir uns so konservativ eigentlich gar nicht sahen. Wir sahen uns schon auch modern fortschrittlich, aber den christlichen Werten verbunden, und wollten eigentlich das, was lohnenswert war, erhalten, ohne uns dem Fortschritt in der Schulpolitik zu verschließen.«²⁸ In wenigen Worten brachte Gabriele Kalinka den damaligen Standpunkt zwischen zugeschriebenen Positionen und eigenen Ansichten präzise auf den Punkt. Sie war nicht die Einzige, die sich so geäußert hat. Die Distanz zu unwandelbar scheinenden konservativen Positionen und Politikformen war damals offenkundig so groß, dass sie, die zum Zeitpunkt des Interviews an ihrem Heimatort für die CDU als ehrenamtliche Bürgermeisterin tätig war, sich auch im Rückblick nicht gern als konservativ bezeichnete. Dieses Selbstzeugnis wirft nachträglich ein Licht darauf, welche Themen und Grundideen die CDU in den 1970er Jahren verfolgte. Kalinkas Aussage steht darüber hinaus in einem besonderen lokalen Kontext und verweist implizit auf

politische Konflikte innerhalb der Hamburger Jungen Union.²⁹ Sie war im Kreisverband Altona aktiv, der zu dieser Zeit ein kritisches und gelegentlich konfliktreiches Verhältnis zur Landes-JU einnahm und Sympathien für die Studentenbewegung erkennen ließ.

Ihre Aussage ist auch deshalb von zeithistorischem Belang, weil Kalinka, die auf sehr zurückhaltende, fast bescheidene Weise von ihren Erfahrungen und Einschätzungen sprach, dennoch deutlich machte, dass die Politisierung der Jugendlichen in Abgrenzung und zum Teil in Konfrontation zu ihren linken Mitschülern verlief. Viele meiner Gesprächspartner teilten die Erfahrung, dass ihre Politisierung in Reaktion zu Aktivitäten und Positionen von Mitschülern verlief. Dazu gehört Klaus Jansen, der mit einem kritischen Flugblatt auf eine Kampagne einer linken Basisgruppe gegen einen Lehrer an seinem Gymnasium vorging, weil er sie für ungerechtfertigt hielt. Diese Aktivitäten entwickelten sich zum Auslöser für seine Mobilisierung, die er folgendermaßen beschrieb: »Ein Wort gab das andere, ich kriegte noch ein bisschen konservatives Gedankengut von meinem Vater geliefert, und legte mich dann erst richtig mit den Jungs an, machte aber die Erfahrung, dass die andere Seite auch nicht gerade sehr fair mit uns umging. Das waren in der Regel Schüler der zwölften, dreizehnten Klasse, die von Studenten der Universität unterstützt wurden. Das hat uns alles nicht besonders gefallen. Haben wir also auch irgendeine Gruppe gegründet. Und sind dann mit mehreren Mitschülern immer gegen die anderen gegen an.«³⁰ Aus seiner Aussage geht deutlich hervor, dass sein Gerechtigkeitsempfinden getroffen war. Daher schloss er sich mit Gleichgesinnten zusammen, um öffentlich Stellung zu nehmen. Erst dadurch geriet er ins Visier anderer, älterer Schüler, die sich als seine politischen Gegner erweisen sollten. Konflikte und

29 Wolfgang R. Krabbe, *Parteijugend in Deutschland. Junge Union, Jungsozialisten und Jungdemokraten 1945–1980*, Wiesbaden 2002, S. 159–161.

30 Interview mit Klaus Jansen am 24.2.2005, Transkript S. 6.

31 Vgl. Apel, *Opposition*, S. 66. Zur Politisierung von Studierenden durch Gegenreaktionen vgl. Anna von der Goltz: *Eine Gegen- generation von 1968? Politische Polarisierung und konservative Mobilisierung an westdeutschen Universitäten*, in: Massimiliano Livi / Daniel Schmidt / Michael Sturm (Hg.), *Die 1970er Jahre als schwarzes Jahrzehnt. Politisierung und Mobilisierung zwischen christlicher Demokratie und extremer Rechter*, Frankfurt / New York, 2010, S. 73–89.

32 Interview Jansen, Transkript S. 12.

33 Kai Hermann, *Bauch, Zigarre, dunkler Anzug. Bei den Junioren der CDU/CSU: mehr Anpassungseifer als Temperament*, in: *Die Zeit*, 9.10.1964.

Auseinandersetzungen folgten. Diese Erfahrung verbindet ihn mit einigen anderen meiner Gesprächspartner, deren Politisierung u. a. davon geprägt war, dass linke Gruppen sie an politischer Partizipation, etwa bei der Mitarbeit an der Schülerzeitung oder im sogenannten Schulsprecherkollektiv, hinderten. In die Opposition zum vorherrschenden linken Mainstream gedrängt zu werden, bewirkte bei vielen, sich bei jenen Organisationen zu engagieren, die revolutionäre Änderungen ablehnten.³¹ Daraus jedoch abzuleiten, dass diese politischen Positionen mit einem angepassten Verhalten als Schüler gleichgesetzt werden könnten, wie ich es noch zu Beginn meiner Recherchen tat, wäre falsch. Klaus Jansen wies mich im Gespräch jedenfalls darauf hin, dass er der »Schrecken der Lehrer« gewesen sei, den Unterricht und Klassenarbeiten bestreikt habe. Seine Erzählung kulminiert in einer anschaulichen Beschreibung der Atmosphäre an der Schule: »So gesehen war ja das, was man aus heutiger Sicht links nennt, so eine gewisse antiautoritäre Stimmung, überall da. Ich weiß noch, wie mein Deutschlehrer kurz vorm Abitur meinte, ›Sag mal, du bist doch ganz vernünftig. Wieso bist du eigentlich in der CDU?‹ So war das eher. Also, wir waren ja nicht identisch mit einem Franz-Josef Strauß, der Pinochet das Händchen schüttelte.«³² Klaus Jansens Erzählungen lassen sich vielfältig deuten. Sie veranschaulichen nicht nur auf lebendige Weise, welche Atmosphäre an den Schulen herrschte und was sich dort verändert hatte. Dies ist besonders gut an der dem Lehrer zugeschriebenen Position ablesbar: Er hält für vernünftig, wer nicht Christdemokrat ist. Wenige Jahre zuvor wäre dies nicht denkbar gewesen. Erkennbar wird daran auch, wie sich die Versuche der Jungen Union, in den 1970er Jahren Terrain zurückzugewinnen, an der Basis abgespielt haben. Deutlich werden schließlich Formen der unerwarteten Aneignung politischer Formen und konträrer Positionen. Und nicht zuletzt kann das Zitat als anregende Kontrastfolie für Stereotype »des« JU-Mitglieds fungieren. Sie konnten eben nicht mehr durch »mehr Anpassungseifer als Temperament« oder mit »Bauch, Zigarre, dunkler Anzug« charakterisiert werden, wie es noch etwa eine Dekade früher in einem Artikel über den Deutschland-Tag, den Parteitag der Jungen Union im Jahr 1964, in der Wochenzeitung *Die Zeit* geschah.³³

In dem Zitat von Klaus Jansen steckt ein weiterer wichtiger Hinweis auf die Auslöser der Politisierung von Schülerinnen und Schülern in den 1970er Jahren, erwähnte er doch seinen Deutschlehrer. Verorten wir

seine Aussage zeitlich in der ersten Hälfte der 1970er Jahre, stecken wir mitten in der Bildungsexpansion mit neu gegründeten Schulen sowie Lehrerinnen und Lehrern, die in der Studentenbewegung sozialisiert worden waren. Sabine Brandt, die ich ebenfalls befragt habe und die als Schülerin einer Gesamtschule³⁴ Mitglied in der Schüler-Union wurde, nahm im Interview darauf Bezug: »'70, '71 kamen dann die 68er Lehrer zu uns an die Schule. Durch die Bank weg Linke aller Schattierungen. Das hatte natürlich erheblich Folgen auf unseren Unterricht. [...] Soziale Themen kamen stärker in den Vordergrund. Ich erinnere mich, selbst der Musikunterricht war nicht unberührt davon. [...] Ich wusste schon irgendwie wer Mozart war, [...], aber wir hörten nie was von Mozart oder Bach, sondern wir hörten Franz Josef Degenhardt, ›Spiel nicht mit den Schmuttelkindern‹. Das analysierten wir im Musikunterricht. Das kann ich heute noch auswendig.«³⁵ Sabine Brandt lachte, als sie mir davon erzählte. Vielleicht tat sie dies deshalb, weil ihr klar war, wie klischeehaft diese Anekdote heute wirkt. Die Passage findet ihren erzählerischen Höhepunkt darin, dass wir erfahren, dass Degenhardts Tochter auf ihre Schule ging und die Erste gewesen sein soll, die eine Eigentumswohnung und ein eigenes Auto besessen habe. Sabine Brandt kommentierte dazu trocken: »Das fanden wir dann ganz komisch, dass man auch links reden und rechts leben kann.«

34 Die Schule wurde 1968 als Gymnasium gegründet, 1971 auf Initiative der Eltern in eine Gesamtschule umgewandelt.

35 Interview mit Sabine Brandt (Pseudonym) am 5.3.2004, Transkript S. 13.

36 Die Schüler-Union könnte mithin auch als ein Ergebnis von 1968 betrachtet werden, das bisher nicht zum fortwährend erweiterten Kanon von 1968 gehört.

37 Interview mit Jürgen Große am 15.2.2005, Transkript S. 8.

38 Erfolgreiche Werbung der JU, in: Die Welt, 23.9.1971.

Die Junge Union in der Schule

Sabine Brandt gehört zu den wenigen meiner Gesprächspartnerinnen, die die Schüler-Union³⁶ erwähnte, jene Organisation, der sie sich im Nachhinein nicht gern und unbefangen zugehörig fühlte, wie dem Interview deutlich anzuhören ist. Die Junge Union und die Schüler-Union konnten sich erst zu dem Zeitpunkt leichter an den Schulen etablieren, als zwei Entwicklungen zusammenkamen. Zum einen hatte sich die linke Schülerbewegung in unzählige sektiererische Kleingruppen aufgespalten, die sich kaum noch für die Verhältnisse an den Schulen interessierten. Zum anderen war es dort zu einem Generationswechsel bei der Lehrerschaft gekommen und das Klima hatte sich dahingehend verändert, dass Schüler sich in der Opposition wähnten, wenn sie sich an der Jungen Union orientierten. »Die Lehrer sind links, viele Mitschüler sind auch links, irgendwie steht die Revolution kurz bevor und dagegen muss man doch was tun!«³⁷ Durchaus zugespitzt und im Rückblick leicht ironisch gebrochen begründete einer meiner Gesprächspartner seinen Eintritt in die Junge Union.

Dass die Junge Union über kurz oder lang bestimmte Aspekte des Lebensstils und des Freizeitverhaltens Jugendlicher aufgriff und sich jugendkultureller Codes bediente, die von der Protestkultur geprägt waren, erwies sich als äußerst nützlich. Geradezu paradigmatisch ist dies an einem Plakat ablesbar, mit dem die Junge Union in Hamburg-Bergedorf um Mitgliedschaft warb. Darauf war ein Mao-Porträt mit dem Titel »Weltverbesserer« abgebildet. Die nur schlecht lesbare Unterzeile verweist darauf, dass sich die Welt eben nicht durch »Intoleranz, Unfreiheit, Terror, Hass«, sondern nur mit der Jungen Union verändern lasse.³⁸ Die Übernahme einer Ikone der linken Protestbewegung zu einer Zeit, als maoistisch orientierte Schüler- und Studentengruppen ein starkes Gegengewicht zu den Gruppen der Jungen Union und des Rings Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) darstellten, basiert zum einen auf der von linken Gruppen übernommenen Lust an der Provokation, aber auch auf der Anerkennung der Wirkmächtigkeit von politischen Symbolen. Sie wird zum anderen vom Erfahrungswissen gestützt, dass die Attraktivität dieser Symbole nicht notwendigerweise bedeutete, dass junge Leute mit diesen politischen Positionen übereinstimmten. Deshalb konnte die Junge Union sich die zum beliebigen Zeichen für jugendliche Progressivität gewandelten Symbole der

Protestbewegung aneignen und damit – harmlos provozierend – durchaus Erfolg haben.

Nachdem die Schüler-Union 1972 offiziell gegründet wurde, änderte sich auf lokaler Ebene für die seither existierenden Gruppen zunächst wenig. So veröffentlichte die Junge Union einen überregionalen »Leitfaden zur Schülerarbeit«, mit dem die Schülergruppen konsolidiert werden sollten.³⁹ Dazu gehörte die Empfehlung, Seminare und Schulungen anzubieten. In Hamburg wurde dies vielfältig aufgegriffen und der Landesverband bot u. a. Seminare zu den Themen »Hasch, Sexualerziehung, antiautoritäre Erziehung und Jugendstrafvollzug« an. Diese Veranstaltungen, so konstatierte die Junge Union selbstkritisch, seien deshalb auf besonders großes Interesse gestoßen, weil sie »in der Jungen Union bisher selten diskutiert« worden seien.⁴⁰ Andere Seminarthemen hätten auch von linken Schülergruppen behandelt werden können: »Marxismus-Leninismus, Radikalismus, Neue Linke«⁴¹, mit dem Unterschied, dass die Referenten aus dem Umfeld der CDU, häufig aus dem Referentenkreis der parteinahen Konrad-Adenauer-Stiftung stammten.⁴² Auch gesellschaftspolitische Modelle oder Fragen der Schulreform wurden diskutiert.

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Agitation gewidmet: Schülerinnen und Schüler sollten lernen, Gegenstandspunkte einnehmen und verteidigen zu können. Dafür lud die Junge Union Hamburg die Mitglieder ihres Schülerarbeitskreises zu »Diskussion(en) über kommunistische Argumentationstaktik (mit Rollenspielen)« ein.⁴³ Eine wichtige Aufgabe bestand darin, sie theoretisch und rhetorisch zu schulen, um in argumentativen Auseinandersetzungen an den Schulen bestehen zu können. Klaus Jansen, der dabei damals eine führende Rolle eingenommen hat, bezeichnete dies im Interview, ironisch die damalige linke Rhetorik

39 Leitfaden zur Schülerarbeit, in: Die Entscheidung, 4 (1973), S. 18.

40 JU-Intern Nr. 20, 27.10.1970, S. 5, in: ACDP, 04-024-071.

41 Leitfaden zur Schülerarbeit, in: Die Entscheidung, 4 (1973), S. 19.

42 Vermerk Schülerkongress, in: HStA D RW 136-22, Blatt 129.

43 Einladung an die Mitglieder des Schüler-Arbeitskreises, 22.5.1973, in: ACDP, 04-024/097.

44 Interview Jansen, Transkript S. 21.

45 Interview mit Olaf Behrens (Pseudonym) am 20.1.2005, Transkript S. 9.

Wir von der Jungen Union sind angeblich:

Bayernkurier-Leser, karrieregeil, Knödelessen, Pikelhauben-nostalgisch, 5. Kolonne von Strauß und Springer, Unternehmersöhnchen, Kreuzritter, Reakti-onäre, Heintjefans, Demagogen, Faschisten, Talarmuf-fel, ausgebildet in Spanien und Chile, finanziert vom Papst, Verfassungsschutzspitzel, CIA-Agenten, Klas-senfeinde...



TSCHÜSS VORURTEIL!

Wir kämpfen für die Interessen der Schüler

Abb 2: Flugblatt der Jungen Union zu den Schülerratswahlen 1975 (Ausschnitt).

Quelle: Projektarchiv / Sammlung Wolfgang Kühl

übernehmend, als »Kaderschulung [...]: einer spielt den Kommunisten, und die anderen müssen versuchen, seine Argumente zu entkräften.«⁴⁴ Im Gegensatz zu meiner Interpretation des Mao-Plakats, dessen Ziel eher in der Provokation lag, gibt diese Aussage darüber Aufschluss, dass sich mit den Positionen der Neuen Linken intensiv inhaltlich auseinandergesetzt wurde. Vergewagt man sich, dass Jugendliche bei diesen Seminaren, die häufig an einem Wochenende angeboten wurden, gelegentlich »die ganze Nacht die Internationale gebrüllt«⁴⁵ hätten, wie mir ein anderer Interviewpartner erzählte, erhält man einen plastischen Eindruck davon, wie sehr die politische und soziale Atmosphäre bis zum Zeitvertreib des CDU-Nachwuchses von kulturellen Ausdrucksformen und politischen Inhalten der linken Gegenseite durchdrungen war.

Auch wenn die an den Positionen der Jungen Union orientierten Schülergruppen den Zielen und Methoden der außerparlamentarischen Opposition kritisch und ablehnend gegenüber standen, verweisen die Interviewpassagen darauf, wie weit sich Aspekte des gesellschaftlichen Umbruchs inzwischen in der CDU bzw. ihrem Jugendverband durchgesetzt hatten.



Bergedorfer Zeitung 22.9.1971

Dies hatte allerdings Grenzen: Im Gegensatz zu den Linken, für die Respektlosigkeit gegen Autoritäten und Tabubrüche zum geläufigen Handlungsrepertoire gehörten, verweist Gabriele Kalinkas Erzählung über ihr politisches Engagement auf Kontinuität, weil es sich nicht in Abgrenzung zu Autoritäten vollzog, sondern an Familientraditionen und langjährig existierende demokratische Parteien anschloss. Darüber hinaus enthält es deutliche Verweise auf die Offenheit gegenüber Reformen und Modernisierungsbestrebungen, die für die CDU in den 1970er Jahren prägend waren und dazu führten, dass ihre Mitgliederzahlen von Ende des Jahres 1968 bis Anfang der 1980er Jahre stark anstiegen.⁴⁶

46 Mitgliederboom von Ende 1968 (286 541) bis Ende 1976 Anstieg um 128 %, weiterer langsamerer Zuwachs bis 1983 auf 734 555 Mitglieder. Die SPD profitierte ebenfalls stark: Von Ende 1968 (732 446) bis Ende 1976 (etwas über 1 Mio.) gewann die SPD 40 % neue Mitglieder hinzu. Oscar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland, Version 2018. Arbeitshefte aus dem Otto Stammer Zentrum, Nr. 29, FU Berlin 2018, S. 42.

47 Georg Picht, Die deutsche Bildungskatastrophe. Analyse und Dokumentation, Olten 1964.

48 Günter Hofmann, Nach links Flagge zeigen, Treffen der »Alternativen 68er«, in: Die Zeit, 20.5.1988; von der Goltz, Gegengeneration, S. 75. Siehe auch die Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung am 3. Mai 2018: Eine geteilte Generation. Die Studentenrevolte und die alternativen 68er. Tagungsbericht, in: H-Soz-Kult, 22.5.2018, www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7704 [11.2.2019].

Erfahrungsgeschichtliche Perspektiven

Breibt man Oral History, schreibt man Erfahrungsgeschichte, die sich für die Subjektivität der Akteure interessiert. Dieser lässt sich annähern, wenn nicht nur Einzelaussagen aus Interviews bestimmten Themen zugeordnet werden, sondern die Erzählperspektive in die Analyse einbezogen wird, die von der gegenwärtigen Position geprägt wird. Der anschaulich erzählende Klaus Jansen ist, im Gegensatz zu Gabriele Kalinka, nicht in der CDU geblieben. Während ihr Interview den Eindruck vermittelt, als scheine diese Zeit sehr weit zurück zu liegen, erzählt Jansen detailreich, selbstkritisch und mit Vergnügen. Sabine Brandt dagegen hinterlässt im gesamten Interview Hinweise darauf, dass sie es sich selbst nicht mehr erklären kann, warum sie als Jugendliche diese politische Position eingenommen hat. Sich an die eigenen Aktivitäten in der Jungen Union und der CDU zu erinnern, fiel ihr zwar nicht leicht. Aber sie sprach, ähnlich wie Jansen, lebhaft und

teils selbstironisch über eine Zeit, die sie stark geprägt hat, vor allem auch in der Konfrontation zur erlebten »Mehrheit«. Olaf Behrens wiederum, der mir fröhlich erzählt hatte, dass er ausgiebig die »Internationale« gesungen habe, gab mir ein Interview auf dem Höhepunkt einer erfolgreichen Karriere in der CDU. Dies sind vier Blicke auf eine politische Vergangenheit, die im Moment des Erzählens von ganz unterschiedlichen Perspektiven geprägt werden. Die Sichtweise auf die vergangenen Ereignisse zum Zeitpunkt des Interviews prägen die Aussagen also stark, wenn nicht sogar stärker als die damalige politische Position.

An den Interviews wird zudem sichtbar, dass die von mir beschriebenen Phänomene jugendlichen politischen Engagements sehr viel flüchtiger und kurzlebiger als die Studentenbewegung waren, da die Beteiligten in der Regel nur in den drei Jahren der Oberstufe an den Schulen aktiv waren. Themen, Orte, soziale Kontakte und Aktivitäten änderten sich mit dem Ende der Schulzeit zwangsläufig und damit häufig auch das politische Engagement, das bei manchen gänzlich abbrach, andere ihr weiteres Leben begleitete, nicht zwingend immer im politischen Lager der Jugend. So unterschiedlich die Perspektiven auf die Vergangenheit auch waren, die Interviews hatten dennoch alle einen mehr oder weniger offen erkennbaren gemeinsamen Bezugspunkt. Dies war die auch medial propagierte Chiffre 1968, von der sich niemand distanzieren konnte oder wollte, auch wenn die von mir Befragten sich nicht – wie andere – zu einer Erzählgemeinschaft zusammengeschlossen haben. Die hier vorgestellten Interviewpartnerinnen und -partner gehören gewissermaßen zu den unfreiwilligen 1968ern, die trotz meiner Intervention als fragende Historikerin keine Erinnerungsgemeinschaft bildeten. Insbesondere einige um wenige Jahre ältere Protagonisten, die in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre an der FU Berlin studiert hatten, erlebten die Studentenbewegung in ähnlicher Weise als Sozialisationsinstanz, zogen jedoch aus »1968« andere Schlüsse. Dazu gehörte der RCDS, der sich neben der Jungen Union früh mit der von der CDU weitgehend ignorierten und von dem Pädagogen Georg Picht angestoßenen Debatte um die »Bildungskatastrophe« beschäftigte.⁴⁷ Diese Studierenden sahen nicht nur an den Universitäten Reformbedarf. Im Gegensatz zum SDS bejahten sie jedoch grundsätzlich das politische System der Bundesrepublik. Erstmals 1988 im Rahmen der regelmäßig wiederkehrenden Jubiläen von 1968 bezeichneten sie sich als »alternative Achtundsechziger«.⁴⁸

Fazit

Die im Rückblick oft aus dem Blick geratende Gleichzeitigkeit von Ereignissen und Prozessen ist besonders hinsichtlich von vermeintlich festgefügtten zeitgeschichtlichen Labeln zu bedenken. Insbesondere innerhalb der Trägergruppe von »1968«, den Studierenden, sympathisierten nicht alle mit der Revolte. Vielmehr gab es von Anbeginn an Konflikte und konträre Positionen. Nicht erst im Nachhinein, dann aber zunehmend intensiv, wurde eine Gruppe, die am SDS orientierte Studentenbewegung, wesentlich stärker wahrgenommen. Dies gilt in besonderem Maße für die Erfahrungen und Erzählungen der damals jugendlichen und an den Schulen noch weniger historisch relevanten Schüler und Schülerinnen.

Der um 1968 ausgelöste Mobilisierungsschub wirkte sich jedoch bis weit in die CDU hinein aus. Durchschnittlich 70 000 Mitglieder jährlich traten zwischen 1972 und 1974 in die CDU ein, viele davon junge Akademiker.⁴⁹ Damit war die SPD keineswegs die einzige Partei, die von der politischen Mobilisierung profitierte, die insbesondere junge Leute erfasste. Dass die 1970er Jahre nicht ausschließlich nur ein Rotes Jahrzehnt waren, lässt sich besonders an jenen gesellschaftlichen Institutionen aufzeigen, die man gemeinhin nicht mit linken Utopien oder Denkschulen verbindet. Zwar tat die CDU sich zunächst schwer damit, auf die von »1968« angestoßenen Veränderungsprozesse einzugehen. Aber auch dieser Partei gelang es, auf die Herausforderungen der Studentenbewegung zu reagieren und insbesondere im Verlauf der 1970er Jahre darauf aufbauend »konsens- und mehrheitsfähige politische Konzepte« zu entwickeln.⁵⁰ Die Protestbewegung der 1960er Jahre, die im Rückblick im Jahr 1968 ihren Höhepunkt erreichte, hat also auch jene Bereiche

49 von der Goltz, *polarised generation*, S. 198.

50 Schmidt, *Führung*, S. 86.

der politischen Kultur und der gesellschaftlichen Verfasstheit geprägt, die zunächst Distanz zu den zentralen Forderungen nach Emanzipation, Partizipation und Demokratisierung hatten. In den 1960er und 1970er Jahren kam es zu weitreichenden sozialen und kulturellen Umbrüchen, die insbesondere für »die Jugend« attraktiv waren. Mit einer vereindeutigenden Farbsymbolik wird man diesen Entwicklungen und Veränderungen ebenso wenig gerecht wie mit der Zuspitzung auf eine Jahreszahl. Besonders deutlich wird dies, wenn man nicht nur eine kleine studentische Elite in den Zentren des Protests in den Blick nimmt, sondern dazu Personen befragt, die diese Zeiten an nicht exponierter Stelle, etwa an Hamburger Schulen in Arbeitsgruppen der Jungen Union erlebt haben.

- Dr. Linde Apel ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Leiterin der Werkstatt der Erinnerung an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

BEEF, BOHNEN, BRÜHE

Kalorien zählen und soziale Ordnung in den USA, 1880–1930¹

- 1 Dieser Text ist die ausformulierte Fassung eines Vortrags, den ich im Rahmen der FZH-Vortragsreihe »Schön, gesund und produktiv? – Der menschliche Körper als Thema der Zeitgeschichte« am 29.11.2018 an der FZH gehalten habe. Der Vortrag basiert vor allem auf zwei jüngeren Publikationen: Nina Mackert, »Nature always counts«. Kalorien zählen als Vorsorgetechnik in den USA des frühen 20. Jahrhunderts, in: Nicolai Hannig / Malte Thießen (Hg.), *Vorsorgen in der Moderne. Akteure, Räume und Praktiken*, Berlin 2017, S. 213–231, sowie dies., *No Chocolate Creams. Subjektivierung und die Klassenpolitik der Kalorie in den USA der Progressive Era*, in: Norman Aselmeyer / Veronika Settele (Hg.), *Geschichte des Nicht-Essens. Verzicht, Vermeidung und Verweigerung in der Moderne*. Berlin 2018, S. 295–322.
- 2 Die Harris-Benedict-Formel berechnet den Grundumsatz von Körpern unter Berücksichtigung von Körpergewicht und -größe sowie Alter; dieser Wert soll dann mit dem sogenannten PAL-Faktor multipliziert werden, um den Leistungsumsatz von Körpern zu errechnen (Ibrahim Elmadfa / Claus Leitzmann, *Ernährung des Menschen*, Stuttgart 2015 [1988], S. 146).

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind Kalorien überall: im Supermarkt auf verpackten Nahrungsmitteln, in Lifestyle-, Sport- und anderen Magazinen sowie Ernährungsratgebern. Eine kursorische Online-Suche zu Beginn des Jahres 2019 ergab etwa: Der *Stern* warnt vor Avocado und Süßkartoffeln als »Kalorienbomben« unter den Obst- und Gemüsesorten, *bento* erklärt den Kaloriengehalt unterschiedlicher Biere und *InStyle* verrät »5 Frühstückszrezepte unter 250 Kalorien«. Gute Lebensmittel und Speisen, so suggeriert die große Mehrheit solcher Texte, haben wenige Kalorien, bei kalorienreichen Lebensmitteln muss aufpassen, wer nicht zunehmen und gesund leben will. Zusätzlich zum Wert von Lebensmitteln gibt die Kalorie Auskunft darüber, wie viel Nahrungsenergie Körper benötigen. Formeln wie die gängige Harris-Benedict-Formel lassen errechnen, wie viele Kalorien ein aktiver Lebensstil täglich verlangt; und welche Workouts wie viele Kalorien verbrennen, darüber informieren unzählige Rechner im Netz.²

Unbestritten ist die Kalorie freilich nicht. Da mahnt beispielsweise das *Deutsche Ärzteblatt*, Kalorien seien »nicht alle gleich«, und verweist auf den schädlichen Effekt von hohem Zuckerkonsum.³ Eine solche Kritik aber, ähnlich wie das verbreitete Sprechen von »leeren Kalorien«, scheint kaum die grundsätzliche Überzeugungskraft der Kalorie in Frage zu stellen. Im Gegen-

teil: Ihre Bedeutung geht gesellschaftlich weit darüber hinaus, den Energiegehalt von Nahrung zu messen. Präsentiert als »unschuldige« und neutrale Einheit, scheint die Kalorie vielmehr neben dem Wert eines Lebensmittels auch auf richtiges Essverhalten und die rechte Lebensführung hinzuweisen.

Die Kalorie weist also über ihren Gegenstand hinaus – und das nicht erst in der Gegenwart. Bereits bei ihrer Erfindung im späten 19. Jahrhundert ließ sich mit der Kalorie über mehr sprechen als lediglich über Nahrungsmittel und ihren Energiegehalt. Die Kalorie stellte vielmehr einen vermeintlich neutralen Rahmen dar, innerhalb dessen über gesellschaftliche Probleme und die Ordnung des Sozialen verhandelt werden konnte. Von Beginn an war die Kalorie ein Mittel, um gesellschaftliche Differenz zu produzieren und anzuzeigen.

Diese Differenz wurde und wird mit der Kalorie nicht nur, aber gerade auch über den Körper produziert, ob über Schlankheitsnormen oder Tabellen, die körperliche Bedarfe auflisten. Anhand einer Geschichte der Kalorie lässt sich zeigen, dass Körpergeschichte nie lediglich vom Körper handelt. Körper stehen vielmehr im Zentrum von Gesellschaft. Historikerinnen und Historiker haben im Anschluss an Michel Foucault gezeigt, dass Körper seit dem 18. Jahrhundert zu einem privilegierten Ansatzpunkt des Regierens wurden.⁴ Dazu gehörte nicht nur die wissenschaftliche Durchdringung und Vermessung von Körpern, die Sammlung von statistischen Daten und hygienischem Wissen im Dienste von »Volksgesundheit« und Produktivität. Vielmehr verknüpfte sich diese kollektive Dimension mit der Lenkung von Individuen, die an ihren Körpern arbeiten, die angehalten werden und sich selbst anhalten, diese »schön, gesund und produktiv« zu machen, wie es der Titel der Vortragsreihe an der FZH auf den Punkt brachte. Das Zentrale an dem von Foucault Biopolitik getauften Regierungsmodus der Moderne ist also, dass die Regierung des Kollektivs verknüpft ist mit der Selbstführung der Individuen, mit den alltäglichsten Praktiken, mit denen diese sich selbst regieren, trainieren, pflegen, etc. und dabei als selbstverantwortliche Subjekte hervorbringen.⁵ Maren Möhring verweist entsprechend darauf, dass »[d]ie Genese des

3 Kathrin Gießelmann, Zuckerstoffwechsel: Kalorien sind nicht alle gleich, in: Deutsches Ärzteblatt, Online-Ausgabe, 115 (2018), H. 17, <https://www.aerzteblatt.de/archiv/197626/Zuckerstoffwechsel-Kalorien-sind-nicht-alle-gleich> [22.2.2019].

4 Z. B. Philipp Sarasin, Reizbare Maschinen. Eine Geschichte des Körpers 1765–1914, Frankfurt/Main 2001; Maren Möhring, Marmorleiber. Körperbildung in der deutschen Nacktkultur (1890–1930), Köln/Weimar/Wien 2004.

5 Michel Foucault, In Verteidigung der Gesellschaft. Vorlesungen am Collège de France (1975–76), Frankfurt/Main 1999 (erstmalig 1997), S. 284; ders., Geschichte der Gouvernementalität II: Die Geburt der Biopolitik. Frankfurt/Main 2004.

- 6 Maren Möhring, Die Regierung der Körper. »Gouvernementalität« und »Techniken des Selbst«, in: Zeithistorische Forschungen / Studies in Contemporary History, Online-Ausgabe, 3 (2006), H. 2, <http://www.zeithistorische-forschungen.de/2-2006/id=4604> [14.12.2018].
- 7 Michel Foucault, Subjekt und Macht [1982], in: ders., Schriften in vier Bänden. Dits et Écrits, Bd. 4: 1980–1988. Frankfurt / Main 2005 (erstmalig 1994), S. 269–295.
- 8 Almost A Hero, Eating Hamburger Steak for a Week, in: Boston Daily Globe, 22.3.1896, S. 1.
- 9 Bis ins 20. Jahrhundert werden allein männliche Wissenschaftler in den Quellen zu kalorimetrischen Forschungen erwähnt, erst ab den frühen 1920er Jahren ändert sich dies. Vgl. z. B. Francis G. Benedict / Mary F. Hendry / Marion L. Baker, The Basal Metabolism of Girls 12 to 17 Years of Age, in: Proceedings of the National Academy of Sciences, 7 (1921), H. 1, S. 10–13.
- 10 Olin F. Tower, The First Five-Day Experiment with a Respiration Calorimeter, in: Scientific American, 20.6.1896, S. 387.
- 11 Jessica Mudry, Measured Meals. Nutrition in America, Albany 2009, S. 31–39.
- 12 Nick Cullather, The Foreign Policy of the Calorie, in: The American Historical Review, 112 (2007), S. 337–364; Mackert, Klassenpolitik.

modernen Staates [...] aus einer solchen Perspektive nicht zu trennen [ist] von der Genealogie des modernen Subjekts«. ⁶ Modernes Regieren bedeutet in dieser Hinsicht die »Führung der Selbstführungen«. ⁷

Essen und vor allem Ernährung sind genuin biopolitische Felder. Spätestens seit dem Aufkommen von Ernährungswissenschaft und Haushaltsökonomie im 19. Jahrhundert stehen sie an der Schnittstelle der Regierung von Bevölkerung und Individuen und markieren mithin ein zentrales Feld, auf dem in der Moderne auf den Körper zugegriffen wurde. Eine Geschichte der Kalorie und der Konzeption von Nahrungsbedarfen als Techniken der Selbstregierung eignen sich damit sehr gut, um Aufschluss darüber zu erhalten, wie moderne Gesellschaften funktionieren und geordnet werden.

Beef – zur Erfindung der Kalorie

Am 22. März 1896 berichtete der *Boston Daily Globe* von bemerkenswerten Experimenten, die sich an der Wesleyan University in Middletown, CT, abspielten. Unter der Überschrift »Almost A Hero: Eating Hamburger Steak for a Week« ging es um den frisch promovierten Chemiker Olin F. Tower, der gerade für fünf Tage und Nächte in einer etwa kammergroßen Box gelebt habe, um herauszufinden, was Essen »wert« sei. ⁸ Tower hatte abwechselnd gelesen, Kraftübungen gemacht und geschlafen. Während dieser Zeit versorgte ihn ein Team um seinen Chef Wilbur O. Atwater mit präzise abgemessenen Portionen von u. a. Hamburger Beef und Kartoffelpüree. Mithilfe zahlreicher Messapparaturen dokumentierten die Wissenschaftler ⁹ genau, was Tower an Nahrung aufnahm und was er an Wärme und Kohlendioxid produzierte. ¹⁰



*Raumkalorimeter in Atwaters Labor an der Wesleyan University, Middletown, CT, 1899;
Quelle: Wilbur Olin Atwater Papers; USDA National Agricultural Library*

Diese Box sollte zu einer tiefgreifenden Veränderung des Denkens über Essen und Ernährung beitragen. Es handelte sich um den ersten Raumkalorimeter in den USA und damit um einen Apparat, mit dem der Kaloriengehalt von Speisen und der Kalorienbedarf von Körpern bei unterschiedlicher Aktivität direkt an menschlichen Körpern gemessen werden konnte. Die Versuche Atwaters operationalisierten die Kalorie im Hinblick auf Fragen nach der Optimierung von Produktivität und Effizienz von Körpern und Ernährung.¹¹

Die Reichweite der Kalorie für die biopolitische und soziale Ordnung in den USA war immens. Sie konstituierte und ergänzte einen wissenschaftlich autorisierten, vermeintlich objektiven Blick auf Essen und Ernährung, ermöglichte erstmals eine präzise Vergleichbarkeit von Ess- und Ernährungsweisen verschiedener Klassen, Geschlechter und »races« und das ernährungswissenschaftliche Management von Fabriken, Gefängnissen, Schulen und Armeen.¹²

- 13 Anson Rabinbach, *The Human Motor. Energy, Fatigue, and the Origins of Modernity*, New York 1990.
- 14 Vgl. z. B. Francis G. Benedict, *Autobiographical Statement*, September/October 1920, 40, 41, in: *Countway Library of Medicine, Harvard Medical School, Boston, MA, Francis Gano Benedict Papers, Box 1*.
- 15 Jackson Lears, *Rebirth of a Nation. The Making of Modern America, 1877–1920*, New York 2009; Kerstin Brückweh/Dirk Schumann/Richard F. Wetzell/Benjamin Ziemann (Hg.), *Engineering Society. The Role of the Human and Social Sciences in Modern Societies, 1880–1980*, Basingstoke 2012.
- 16 Foucault, *Verteidigung*; Nikolas Rose, *The Politics of Life Itself*, in: *Theory, Culture, and Society*, 18 (2001), H. 6, S. 1–30.
- 17 Jürgen Martschukat, *The Pursuit of Fitness. Von Freiheit und Leistungsfähigkeit in der Geschichte der USA*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 42 (2016), H. 3, S. 409–440, hier S. 416–418; Gail Bederman, *Manliness & Civilization. A Cultural History of Gender and Race in the United States, 1880–1917*, Chicago 1995.

Die Experimente im Keller der Wesleyan University basierten auf der Vorstellung vom Körper als einem Motor, der die Wärmeenergie von Nahrung in Arbeitsenergie umwandelte. Mithin basierten die Experimente auf der Theorie der Thermodynamik, die im 19. Jahrhundert in den Disziplinen Physik und Physiologie Einzug hielt.¹³ Demnach beruhte die Wärme und die Bewegung von Körpern auf prinzipiell der gleichen Energie, die sämtliche natürlichen und auch technischen Prozesse antrieb. Die Wissenschaftler begriffen die Kalorie als Mittel, die spezifische Form dieser Energie messbar zu machen.

Was aus heutiger Perspektive folgerichtig und bahnbrechend aussieht, war zeitgenössisch nicht selbstverständlich. Den beteiligten Forschern war nicht von vornherein klar, dass die kalorimetrischen Experimente signifikante Ergebnisse bringen konnten – abgesehen davon, dass letztere auch immer wieder wenig Kohärenz zeigten.¹⁴ Gleichzeitig bildete die Gemengelage des späten 19. Jahrhunderts einen bedeutenden Antrieb für die Kalorienforschung und trug wesentlich dazu bei, Fragestellungen, Perspektiven und Ergebnisse der Laborforschung zu gestalten.

Zum einen waren der Aufstieg und die Ausdifferenzierung der Ernährungswissenschaft (und anderer Naturwissenschaften) Resultate der Hoffnung, gesellschaftliche Probleme und Ordnungsbestrebungen mithilfe wissenschaftlicher Expertise lösen zu können. Im 19. Jahrhundert schien die gesellschaftliche Ordnung in den USA in Unwucht geraten zu sein. Technischer Fortschritt und rapide Industrialisierung mit all ihren Problemen, Immigrationsbewegungen und Urbanisierung veränderten den Alltag, die soziale Zusammensetzung und den Raum der Menschen. Von wissenschaftlichem Wissen erhofften sich unterschiedlichste Akteurinnen und Akteure Erkenntnis und Hilfe zur

Ordnung der Gesellschaft, und eine Vielzahl neuer Mess- und Klassifikationsmethoden war Ausdruck des tayloristischen Bemühens, Prozesse in kleinteilige Abschnitte zu unterteilen und zu optimieren.¹⁵

Zum anderen war zum Zeitpunkt der Erfindung der Kalorie das Interesse am Körper und seinem Funktionieren gestiegen. Seit dem 18. Jahrhundert wurden die Lebensweisen und Körper von Menschen zu Objekten von Wissen und gesellschaftlicher Steuerung.¹⁶ Körper galten mehr und mehr als veränderlich, Gesundheit und Körperform wurden immer häufiger als etwas betrachtet, das Individuen selbstverantwortlich in der Hand hatten. Im späten 19. Jahrhundert intensivierte sich die Aufforderung an die Menschen, an ihren Körpern zu arbeiten, denn ausgerechnet zur Hochzeit der Idee des *survival of the fittest* schienen die Körper der Amerikaner in Krise geraten zu sein – zumindest wurde dies zeitgenössisch für weiße, bürgerliche Männer so gesehen. Die moderne Gesellschaft mit ihren Reizen und Verlockungen, so tönte es nun aus unterschiedlichen Richtungen, habe diese verweichlicht; umso mehr, weil die Westexpansion für abgeschlossen erklärt und so keine Eroberung gefährlicher Territorien und »wilder« Menschen mehr zu warten schien. Historikerinnen und Historiker haben gezeigt, wie die moderne Sorge vor Verweichlichung als Triebkraft sowohl kolonialer Unterwerfung als auch von Fitnesswellen und Reformen im Progressivismus funktionierte.¹⁷ In diesem Klima entwickelte sich das individuelle Streben nach Gesundheit, Fitness und Produktivität zu einem Vorhaben, das kollektiven Fortschritt versprach – gedacht als Fortschritt von *white, male America*.

Vor diesem Hintergrund versprachen die kalorimetrischen Experimente viel, denn sie suchten die Produktivität und Leistungsfähigkeit von Körpern zu ergründen, um sie verbessern zu können. »The power of a man to do work depends upon his nutrition«, so unterstrich Atwater die Bedeutung der Versuche.¹⁸ Diese versprachen nichts weniger, als menschliche Produktivität quantifizierbar zu machen. Produktivität konnte nun verstanden werden als Menge der Arbeit, die mit einer spezifischen Menge Kalorien möglich war.¹⁹ Dass die Kalorie das Verhältnis von Essen und Arbeit für Zeitgenossinnen und Zeitgenossen mess- und optimierbar machte, zeigt

18 Wilbur O. Atwater / Arthur P. Bryant, *Dietary Studies in Chicago in 1895 and 1896*, in: *Bulletin No. 55 of the U.S. Department of Agriculture, Office of Experiment Stations*. Washington, DC 1898, S. 7.

19 Nina Mackert, *Feeding Productive Bodies. Calories, Nutritional Values and Ability in Progressive Era US*, in: Peter-Paul Bänziger / Mischa Suter (Hg.), *Histories of Productivity. Genealogical Perspectives on the Body and Modern Economy*, London 2016, S. 117–135.

- 20 Cyclist to Aid Cause of Science, in: Chicago Daily Tribune, 30.10.1904, zit. in Nick Cullather, Foreign Policy, S. 340.
- 21 Wilbur O. Atwater, Methods and Results of Investigations of the Chemistry and Economy of Food, Bulletin No. 21 of the U.S. Department of Agriculture, Office of Experiment Stations, Washington, DC 1895, S. 213.
- 22 Mackert, Klassenpolitik, S. 296 f.; Elizabeth Neswald, Nutritional Knowledge between the Lab and the Field. The Search for Dietary Norms in the Late Nineteenth and Early 20th Century, in: dies. / David F. Smith / Ulrike Thoms, Setting Nutritional Standards. Theories, Policies, Practices, Rochester 2017, S. 29 – 51.
- 23 Atwater / Bryant, Chicago, S. 19.
- 24 Wilbur O. Atwater / Arthur P. Bryant, Dietary Studies in New York City in 1896 and 1897, Bulletin No. 116 of the U.S. Department of Agriculture, Office of Experiment Stations, Washington, DC, 1902, S. 25.
- 25 Vgl. Wilbur O. Atwater, Diets in Public Institutions, in: Yearbook of the United States Department of Agriculture, 1901, Washington, DC 1902, S. 393 – 408, hier S. 400.
- 26 Z. B. Atwater / Bryant, New York City, S. 46.
- 27 Wilbur O. Atwater / Charles D. Woods, Dietary Studies in New York City in 1895 and 1896, Bulletin No. 46 of the U.S. Department of Agriculture, Office of Experiment Stations, Washington, DC 1898, S. 6.

sich etwa in der populären Rezeption der Experimente. Die *Chicago Daily Tribune* berichtete 1904, Atwater versuche in Experimenten mit dem Rad-Champion Nat Butler herauszufinden, »how far a man ought to ride a bicycle on one egg«. ²⁰ Zu den Ergebnissen der Versuche gehörten Tabellen, die den unterschiedlichen Kalorienbedarf unterschiedlich schwer arbeitender Körper festlegten – die »dietary standards«. Ein Mann »with hard muscular work« brauchte demnach 4500 Kalorien, während sowohl ein Mann »without muscular work« als auch eine Frau »with moderate muscular work« 2700 Kalorien am Tag benötigen würden. ²¹ Dies waren zeitgenössisch durchaus umstrittene Angaben, die auch bei Atwater variierten. Dass messbare Beziehungen zwischen Ernährung und Produktivität hergestellt werden konnten, wurde allerdings nicht nur kaum bestritten, sondern war zentral für die kalorimetrischen Experimente und die Überzeugungskraft der Kalorie bis ins 20. Jahrhundert.

Die Experimente und weitere zeitgenössische ernährungswissenschaftliche Forschungen trugen dazu bei, zu regulieren, wer wie viel essen durfte, indem nicht nur Leistungsfähigkeit an Essen geknüpft wurde, sondern auch umgekehrt Essensrationen an Leistungsfähigkeit geknüpft wurden. Ab den 1890er Jahren führte das *US Department of Agriculture* (USDA), unter Atwaters maßgeblicher Beteiligung, Ernährungsstudien in privaten Haushalten in nahezu allen Teilen der USA durch. In den Studien wurde über einen Zeitraum von zehn Tagen bis hin zu einem Monat alles dokumentiert, was in der Familie gegessen wurde. Im Anschluss berechneten und bewerteten Ernährungswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler die Menge an Kalorien und Nährwerten, die »pro Mann und Tag« konsumiert wurde. Ziel der Studien war es unter anderem, die Versorgungslage der Arbeitenden

zu ergründen.²² So wog es schwer, dass Atwater etwa in einer Studie von Arbeiterfamilien in Chicago urteilte, dass die untersuchten Familien, die sich unter dem (von ihm!) empfohlenen Kalorienstandard bewegten, trotzdem genug zu essen hatten: »Inasmuch as most of the men in these families were unemployed at the time the studies were made, these amounts were probably ample.«²³ Eine angenommen geringere (Lohn-)Arbeitsleistung führte hier dazu, dass weniger Nahrung für adäquat befunden wurde. Neben Arbeitslosigkeit war Krankheit ein Faktor, der eine Reduktion der täglichen Kalorienzahl legitimieren konnte, weil Menschen sich dann, wie Atwater und sein Assistent Arthur Bryant festhielten, »zweifelloso« weniger betätigten.²⁴ Während hier die Arbeitenden – genug Geld vorausgesetzt! – noch in gewisser Hinsicht selbst entscheiden konnten, was und wie viel sie aßen, war das an anderen Orten nicht möglich. Um die Jahrhundertwende hielten die »dietary standards« auch Einzug in Krankenhäuser, Gefängnisse und psychiatrische Heime und konnten dort zu niedrigeren Essensrationen führen, wo Insassen und Patienten weniger körperlich arbeiteten oder sich betätigten. Die empfohlene Kalorienzufuhr für Patientinnen und Patienten in psychiatrischen Heimen lag bei 2450 Kalorien – so viel, wie auch »[men] with very little exercise« zugestanden wurde.²⁵ Indem Arbeitsleistung und Kalorienbedarf zueinander in Beziehung gesetzt wurden, erschien die Kalorie als geeignetes, unabhängiges Instrument, um die Zuteilung von Nahrung zu regulieren.

Die Annahme, dass weniger leistungsfähige Körper weniger Nahrung brauchten, trug überdies zur physiologischen Konsolidierung eines geringeren Kalorienbedarfs von Frauen bei. Diese Annahme war schon vor der Erfindung der Kalorie virulent, und sie informierte die unterschiedlichen Versuche, die Regeln menschlicher Ernährung zu bestimmen. In den Ernährungsstudien beispielsweise setzte Atwater als Richtwert für die Analyse der Ergebnisse unter anderem, dass Frauen 80 Prozent dessen benötigten, was Männer aßen. Um die Gesamtmenge an Kalorien, die eine Familie konsumiert hatte, auf Werte »pro Mann und Tag« umzurechnen, wurden Frauen gewissermaßen als 80 Prozent Mann gezählt.²⁶ Dieser Faktor von 0,8 war ein willkürlich gesetzter Wert, wie Atwater selbst in den Studien festhielt, »based in part upon experimental data and in part upon arbitrary assumptions«²⁷. Gleichwohl wurde der Wert nicht grundsätzlich bezweifelt, im Gegenteil. Der Faktor 0,8 diente in Hunderten von Studien

28 Robert Dirks, *Food in the Gilded Age. What Ordinary Americans Ate*. Lanham 2016, S. 13.

29 Francis G. Benedict / Louis E. Emmes, A Comparison of the Basal Metabolism of Normal Men and Women, in: *Proceedings of the National Academy of Sciences*, 1 (1915), H. 2, S. 104 f., hier insbes. S. 104.

30 Francis G. Benedict / Louis E. Emmes, A Comparison of the Basal Metabolism of Normal Men and Women, in: *Journal of Biological Chemistry*, 20 (1915), H. 3, S. 253–262, hier S. 262.

31 Katharina Vester, *Regime Change. Gender, Class, and the Invention of Dieting in Post-Bellum America*, in: *Journal of Social History*, 44 (2010), H. 1, S. 39–70, hier insbes. S. 41.

32 Josep L. Barona, *The Rockefeller Foundation, Public Health and International Diplomacy, 1920–1945*. London / New York 2015, S. 129 f.

33 Neswald, *Knowledge*.

unter der Ägide des USDA als Analysewert, unabhängig davon, ob die untersuchten Frauen Haus- und Lohnarbeit verrichteten.²⁸ Dieser Zugriff normalisierte und naturalisierte die Geschlechterdifferenz und vor allem einen ungleichen Zugang zu Nahrung. Freilich sagt ein solcher Analysewert zunächst nichts über die Realität der Essensverteilung in den Familien aus, aber die diskursive Wahrheit, dass Frauen weniger Nahrung brauchten, strukturierte nichtsdestotrotz den Alltag von Menschen.

Im frühen 20. Jahrhundert trugen kalorimetrische Experimente dazu bei, diese Vorstellungen zu stabilisieren, indem sie sie auf eine physiologische Grundlage stellten. Nachdem Kalorienforscher bis in die 1910er Jahre keine nennenswerten Experimente mit Frauen durchgeführt hatten, widmete sich Atwaters Schüler Francis G. Benedict (einer der Urheber der eingangs erwähnten Harris-Benedict-Formel zur Berechnung des Kalorienbedarfs) zum Ende der Dekade der Frage nach dem Grundumsatz weiblicher Körper. Ausgehend von der Annahme, dass Frauen weniger Nahrung benötigten, sahen Benedict und seine Kollegen ihre Vermutungen bestätigt.²⁹ Auch wenn man Personen von etwa gleicher Größe und Statur miteinander verglich, brauchten Frauen im Schnitt fünf bis sechs Prozent weniger Kalorien, fanden die Forscher. Sie erklärten das damit, dass weibliche Körper mehr »subcutaneous fat« und daher vermutlich weniger »active protoplasmic tissue« hatten.³⁰

Solche kalorimetrischen Forschungen fanden mit einer spezifischen Perspektive auf Körper und Produktivität statt, die zu spezifischen Lesarten der Daten beitrug und eng mit kulturellen Annahmen von Geschlecht verknüpft war – in diesem Fall mit der bereits tradierten Vorstellung von passiven, weniger leistungsfähigen weiblichen Körpern.³¹ Im 20. Jahrhundert machten

übrigens zunächst nicht die Ergebnisse von Benedict Karriere, die Frauen einen geringeren Bedarf von fünf bis sechs Prozent bescheinigten, sondern die Werte aus den Ernährungsstudien, die von 20 Prozent weniger ausgingen. Der Faktor 0,8 spielte nicht nur in den Untersuchungen des USDA, sondern bis in die 1930er Jahre sogar auf globaler Ebene in Ernährungsstudien des Völkerbundes eine Rolle.³²

Bohnen – Kalorien und die Soziale Frage

Die Ernährungsstudien des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts bildeten das Komplement zur Laborforschung. Während es im Labor um Experimente an Individuen über einen kurzen Zeitraum ging, sollten die Ernährungsstudien Wissen im »echten Leben« sammeln und herausfinden, wie gut die Arbeitenden ernährt waren.³³ Anlass für die zahlreichen Studien unterschiedlicher Beschäftigungsgruppen war ein gestiegener Problemdruck, denn die Mangelversorgung der Arbeiterklasse rückte im späten 19. Jahrhundert auf die Agenda unterschiedlicher politischer Akteurinnen und Akteure. Städtische Armut und Hunger gehörten für viele zu den sichtbaren Problemen von Industrialisierung, Migration und Urbanisierung. Die 1870er Jahre waren von einer ökonomischen Krise geprägt worden, die zu Lohnkürzungen und sich verschärfenden Arbeitskämpfen geführt und die ersten Massengewerkschaften hervorgebracht hatte.³⁴ In Streiks und »hunger marches« forderten Arbeiterinnen und Arbeiter höhere Löhne, und auch Ökonomen und Reformerrinnen konnten sich dem Problem kaum mehr entziehen, schien es doch die soziale Ordnung zu bedrohen und den Mythos der klassenlosen amerikanischen Gesellschaft ad absurdum zu führen. Ernährung wurde erstmals breit als soziale Frage diskutiert.³⁵

Die Ernährungsstudien des USDA waren Teil dieser Auseinandersetzungen. Ihr Ziel war es, Daten zur Ernährung von Arbeitenden zu erfassen, herauszufinden, wie viel Geld diese für welche Nahrungsmittel ausgaben, ob es ausreichend war, und wie sich das Verhältnis von Nährstoffen und Kosten mithilfe neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse verbessern ließe.

34 Naomi Aronson, Nutrition as a Social Problem. A Case Study of Entrepreneurial Strategy in Science, in: *Social Problems*, 29 (1982), H. 5, S. 474–487, hier S. 476; Harvey Levenstein, *Revolution at the Table. The Transformation of the American Diet*, Berkeley/Los Angeles 2003, S. 44 f.

35 Aronson, Nutrition; Nik Heynen, »Bringing the Body Back to Life through Radical Geography of Hunger. The Haymarket Affair and its Aftermath«, in: *ACME. An International E-Journal for Critical Geographies*, 7 (2008), H. 1, S. 32–44; Martin J. Burke, *The Conundrum of Class. Public Discourse on the Social Order in America*, Chicago 1995, S. 73.

- 36 Carroll D. Wright, Food Consumption: Quantities, Costs, and Nutrients of Food-Materials. Chemical Analyses and Treatment by Prof. W.O. Atwater, in: Seventeenth Annual Report of the [Massachusetts] Bureau of Statistics of Labor, Boston 1886, S. 237–328, hier S. 239.
- 37 Z. B. für Wilbur O. Atwater, The Pecuniary Economy of Food, in: The Century Magazine, 35 (1888), H. 3, S. 437–446.
- 38 Dirks, Food, S. 9, 76, 82f.
- 39 Elizabeth R. Neswald, Kapitalistische Kalorien. Energie und Ernährungsökonomien um die Jahrhundertwende, in: Barbara Gronau (Hg.), Szenarien der Energie. Zur Ästhetik und Wissenschaft des Immateriellen, Bielefeld 2013, S. 87–107; Aronson, Nutrition.
- 40 Atwater, Economy.
- 41 Z. B. Atwater/Bryant, New York City, S. 58–61; Mackert, Feeding Productive Bodies, S. 121–123; zu Proteinen: Kenneth John Carpenter, Protein and Energy. A Study of Changing Ideas in Nutrition, Cambridge 1994, insbes. Kapitel 6.
- 42 Atwater, Economy, S. 441 f.
- 43 Atwater/Bryant, New York City, S. 59; Atwater, Economy, S. 444.
- 44 Atwater/Woods, New York City, S. 9.

Welcher Zeitgeist diese Studien von Seiten der Behörden und Ernährungswissenschaften trieb, wird im Bericht zu einer der ersten Ernährungsstudien deutlich, die das *Massachusetts Bureau of the Statistics of Labor* bereits Mitte der 1880er Jahre in Massachusetts durchführte. »The food problem«, hieß es hier, »has a vital connection with the condition of the workingman, and the study of its various branches is essential to a proper understanding of the relative prosperity of industrial periods [...]. It also has a directly practical interest for the wage worker, as it is undeniably true that much money is wasted in the purchase of food which is lacking in the elements of nutrition, and that the income of the working classes might be made far more effective if it were expended in accordance with the results of scientific research.«³⁶

Der Bericht wurde mit hoher Wahrscheinlichkeit von Atwater verfasst, der große Teile des Reports später wortgleich für andere Texte verwendete.³⁷ Dies verweist nicht zuletzt darauf, wie eng sowohl ernährungswissenschaftliche Laborforschung als auch sozialwissenschaftliche Studien mit einer sozialpolitischen Agenda verquickt waren, oder anders gesagt: wie der Körper und sein Umgang mit ihm zum Objekt von Politik wurden. Freilich hat Atwater die Forschungen nicht alleine geleistet: Zu den Möglichkeitsbedingungen von Atwaters Tätigkeiten und den Ernährungsstudien gehörten neben administrativem Apparat und Forschungsinfrastruktur Hunderte von meist weiblichen Hauswirtschaftlerinnen und Sozialarbeiterinnen, die die Studien vor Ort durchführten.³⁸

Atwaters Texte sind reich an der Zahl und viel publiziert, weil er an unterschiedlichen wissenschaftlichen und administrativen Schnittstellen tätig war. Seit Ende der 1880er Jahre war er neben seiner eigenen wissenschaftlichen Arbeit Direktor des neu gegründeten

Office of Experiment Stations im USDA, das die Forschung in föderalen agrar- und ernährungswissenschaftlichen Laboren koordinierte.³⁹

Der Bericht zur Studie in Massachusetts macht zum einen deutlich, wie eng sich die Angst vor Arbeitskämpfen mit biopolitischen Sorgen um die Körper der Arbeitenden in der industrialisierten Gesellschaft verband. Er zeigt aber auch, wie man die Frage von Lohnhöhen mit der Forderung nach ökonomisch effizienter, wissenschaftlich informierter Ernährung verknüpfte. Dies war der Angelpunkt, an dem die Kalorie eingefügt wurde und ein vermeintlich objektives Maß für effiziente Ernährung bot. Atwater und seine Kollegen werteten die Daten der Ernährungsstudien mithilfe der Kalorie aus. Sie bewerteten nicht nur mithilfe der *dietary standards*, ob die Familien genug zu essen hatten. Vielmehr setzten sie die Kalorienmenge einzelner Speisen und die Summe »pro Mann und Tag« ins Verhältnis zu deren Kosten. Dazu entwickelte Atwater nach den ersten Studien sein Konzept der »pecuniary economy of food«. Er rechnete aus (oder in den meisten Fällen: ließ ausrechnen), welchen Preis die Familien für welche Anzahl von Nährstoffen bzw. Kalorien bezahlt hatten, und maß damit die ökonomische Effizienz dieser Ernährung.⁴⁰

Nach wie vor erhob man in den Studien auch den Gehalt der Nahrungsmittel an Kohlenhydraten, Fetten und Proteinen – und insbesondere Proteine waren sehr wichtig, da sie als zentrale Kraftressource galten.⁴¹ Die Kalorie jedoch schien alle Nährstoffe auf einen Nenner zu bringen und eine direkte Bestimmung der ökonomischen Effizienz der Ernährung möglich zu machen. Die Frage lautete nun, wie viele Kalorien sich etwa mit 25 Cent kaufen ließen.⁴²

Das Konzept der »pecuniary economy of food« kam besonders bei weiteren Ernährungsstudien zum Tragen. Wieder und wieder kamen die Studien zu dem Schluss, dass es den untersuchten Familien besser gehen würde, wenn sie ihr knappes Budget »weiser« einsetzen, also zum Beispiel auf Beefsteak und Radieschen verzichten und stattdessen Bohnen und Haferflocken essen würden.⁴³ Mithilfe dieses Konzepts konnte effizientes Haushalten scheinbar objektiv bewertet werden. So rechnete Atwater vor, dass eine New Yorker Familie 1895 für 15 bis 20 Dollar im Monat ihren Kalorienbedarf decken konnte – statt 30 Dollar auszugeben, wie es eine der untersuchten Familien getan hatte.⁴⁴

Mit diesen Rechnungen intervenierten Ernährungswissenschaftler und

kalorimetrische Forschung in die Auseinandersetzungen um Hunger und Lohnhöhen. Indem die Kalorie unterschiedliche Nahrungsmittel substituierbar machte und menschliche Bedarfe scheinbar genau quantifizieren und im Hinblick auf ihre Kosteneffizienz bewerten ließ, konnte sie gegen Forderungen nach Lohnerhöhungen wirken. Hunger schien vor diesem Hintergrund nicht durch die Höhe des Lohnes, sondern über individuelle Haushaltsführung reguliert werden zu können. Hunger und Unterernährung wurden zu einer Frage von persönlicher Verantwortung statt von politischen Kämpfen und Klassenverhältnissen.⁴⁵

In den ersten zwei Dekaden des 20. Jahrhunderts blieben Hunger und Mangelernährung die wichtigsten Felder, auf denen Kalorien gezählt wurde. Gegen Ende der 1910er Jahre allerdings gewann die Kalorie Fahrt auf einem neuen Gebiet: Statt Mangel wurde nun Überfluss problematisiert, und das Kalorienzählen entwickelte sich zu einer beliebten Diätmethode der amerikanischen Mittelklasse.

Brühe – Kalorienzählen als Diätmethode

Mit ihrem Ratgeber »Diet and Health with Key to the Calories«, 1918 erschienen, war die Ärztin Lulu Hunt Peters unter den Ersten, die das Kalorienzählen als Diätmethode popularisierte.⁴⁶ »You should know and also use the word calorie as frequently, or more frequently, than you use the words foot, yard, quart, gallon, and so forth«, schrieb Peters und machte ihrer Leserschaft klar, dass eine Umstellung auf sie wartete: »Hereafter you are going to eat calories of food. Instead of saying one slice of bread, or a piece of pie, you will say 100 Calories of bread, 350 Calories of pie.«⁴⁷

45 Mackert, Klassenpolitik, insbes. S. 301.

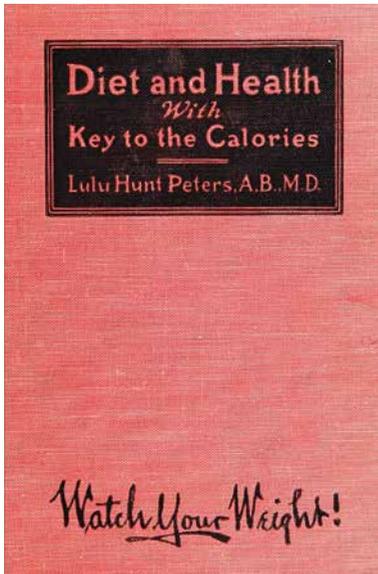
46 Lulu Hunt Peters, *Diet and Health with Key to the Calories*, Chicago 1918. Alle hier zitierten Passagen beziehen sich auf die 2. Auflage von 1919.

47 Peters, *Diet*, S. 24.

48 Z. B. Robert H. Rose, *Eat Your Way to Health, a Scientific System of Weight Control*, New York 1916; *The New Home-Making Woman. How She is Saving Time, Money and Steps*, in: *Ladies' Home Journal*, 34 (1917), H. 4, S. 35; z. B. Unites States Food Administration, *Food Questions Answered*, Washington, DC, S. 7.

49 Helen Zoe Veit, *Modern Food, Moral Food. Self-Control, Science, and the Rise of Modern American Eating in the Early Twentieth Century*, Chapel Hill 2013, S. 19.

50 Peters, *Diet*, Cover und S. 28.



Cover des Buches »Diet and Health With Key to the Calories« der Ärztin Lulu Hunt Peters, Chicago 1918, sowie Porträt Lulu Hunt Peters, 1922; Quelle: Wikimedia Commons

Peters führte die Kalorie nicht allein in einen populären Ernährungsdiskurs ein. Auch in anderen Ratgebern und Magazinen sowie in zahlreichen Informationsbroschüren des USDA und der *US Food Administration* tauchte sie ab Mitte der 1910er Jahre auf.⁴⁸ Letztere suchte die amerikanische Bevölkerung in den Kriegsjahren mithilfe der Kalorie darin zu unterrichten, wie sie Nahrungsmittel substituieren und so Weizen, Butter und Zucker sparen konnte, um die amerikanischen Truppen und die alliierte Zivilbevölkerung in Europa zu verpflegen. Das Wissen um die Kalorie erreichte in der »food conservation campaign« mehr als 14 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner.⁴⁹

Während es in den Kriegsjahren und zuvor bei Kalorienangaben vor allem um kosteneffiziente und »ausgewogene« Mahlzeiten zur besten Versorgung der Familie gegangen war, änderte sich der Zweck des Kalorienzählens zum Ende der Dekade. »Watch Your Weight« forderte Peters ihre Leserinnen und Leser schon auf dem Cover ihres Buches auf und ließ keinen Zweifel aufkommen, dass ein »Normalgewicht« anzustreben und über striktes Kalorienzählen sicher zu erreichen sei.⁵⁰ Ihrem äußerst erfolgrei-

chen Buch, das bis 1939 in zwei Millionen Exemplaren gedruckt wurde, folgte ab 1922 eine tägliche Kolumne, die in mehreren großen und kleinen Zeitungen erschien, unter anderem in *Los Angeles Times* und *Atlanta Constitution*.⁵¹

Dieser Erfolg von Diätempfehlungen korrespondierte mit einem weiteren Phänomen, das zentral für das Verständnis der Geschichte der Kalorie ist. Im frühen 20. Jahrhundert tauchte »Übergewicht« als neuartiges Problem von Amerikanerinnen und Amerikanern auf. Noch in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war Körperfett deutlich seltener thematisiert worden und hatte nicht zwangsläufig als Problem gegolten, sondern im Gegenteil auch auf Wohlstand und Gesundheit verweisen können. Nun aber erhielt es zunehmend den Charakter einer modernen Krankheit und wurde zum Zeichen vermeintlich ungebremst konsumierender Menschen.⁵² Im Zeitalter von Effizienz und explizit körperlich gedachtem Fortschritt wurde Dicksein zur Verkörperung der gefürchteten Verweichlichung, sowohl körperlich als auch mental.⁵³

Diese beiden Phänomene – die Popularisierung des Kalorienzählens und die Problematisierung von »Übergewicht« – fielen nicht zufällig zusammen. Die Kalorie spielte eine bedeutende Rolle in der Problematisierung von Körperfett, indem sie dieses zu einem Ausweis mangelnder Selbstkontrolle machte.⁵⁴ Schließlich suggerierte die Kalorie, dass sich eine Zu- und Abnahme von Körpergewicht über die Nahrung genau steuern ließen. Was vorher nicht messbar war und so auch nicht gedacht wurde, konnte Peters ihren Leserinnen und Lesern nun präzise vorrechnen: Wer 1000 Kalorien am Tag sparte, würde im Monat acht und im Jahr gar 96 Pfund Gewicht verlieren – oder eben zulegen, sollte man die 1000 Kalorien zu viel konsumieren.⁵⁵ Das Buch enthielt ausführliche Listen mit

51 Sander L. Gilman, *Obesity. The Biography*, Oxford 2010, S. 91; erste Ausgabe der Kolumne: Lulu Hunt Peters, *Our Declaration of Principles*, in: *Los Angeles Times*, 25.4.1922, S. II8; siehe auch Susan Yager, Lulu Hunt Peters, in: Andrew Smith (Hg.), *The Oxford Encyclopedia of Food and Drink in America*, Bd. 2, Oxford / New York 2013, S. 816 f., hier S. 817.

52 Hillel Schwartz, *Never Satisfied. A Cultural History of Diets, Fantasies, and Fat*, New York 1986; Peter Stearns, *Fat History. Bodies and Beauty in the Modern West*, New York 2012 [1997]; Nina Mackert, »I want to be a fat man / and with the fat men stand« – U.S.-Amerikanische Fat Men's Clubs und die Bedeutungen von Körperfett in den Dekaden um 1900, in: *Body Politics*, 2 (2014), H. 3, S. 215–243.

53 Vester, *Change*; Alan J. Bilton, *Nobody Loves a Fat Man. Fatty Arbuckle and Conspicuous Consumption in Nineteen Twenties America*, in: *Amerikastudien / American Studies*, 57 (2012), H. 1, S. 51–66.

54 Mackert, *Kalorienzählen*.

55 Peters, *Diet*, S. 64, 102 f.

Kalorienangaben zu unterschiedlichen Lebensmitteln sowie Formeln zur Berechnung des eigenen Kalorienbedarfs, beruhend auf den »dietary standards«. Der Bedarf orientierte sich demnach nicht nur an unterschiedlichen Berufen oder Beschäftigungen, sondern auch am »Normalgewicht«, das auch »Idealgewicht« genannt wurde und als Ziel des Kalorienzählens ebenfalls berechenbar war.⁵⁶

Dieses Versprechen der Quantifizier- und Regulierbarkeit ist zentral dafür, dass das Kalorienwissen dazu beitrug, Körperfett fortan als problematisch zu konturieren. Fett schien nun auf eine moralische Verwerfung hinzuweisen. In einer Ausgabe der Kolumne prophezeite Peters, dass Körperfett in näherer Zukunft als »Schande« gelten würde, weil es dank des Kalorienzählens nun vermeidbar sei.⁵⁷ Aus dieser Perspektive verwies ein dicker Körper darauf, dass Menschen sich nicht gemäß dem mittlerweile gesellschaftlich verfügbaren Diätwissen führten. Ob aus mangelndem Wissen oder fehlender Selbstkontrolle, die Nichtbefolgung zeitgenössischen Rats zur rechten Lebensführung geriet zum biopolitischen Problem in einer Zeit, in der Arbeit am Selbst zur *conditio sine qua non* individuellen und gesellschaftlichen Fortschritts erhoben wurde.⁵⁸

Zwar waren Warnungen vor den gesundheitlichen Gefahren des Dickseins auch ein Grund, weshalb es in Verruf geriet. Dabei ist allerdings bemerkenswert, dass diese zunächst kaum thematisiert wurden. In Peters' Buch von 1918 geht es deutlich weniger um Gesundheit als Anlass für Diäten als später in ihrer Kolumne. Darüber hinaus erklärte sie die gesundheitliche Gefahr von Übergewicht über dessen Verknüpfung mit »overeating«, problematisierte also das Essverhalten und nicht das Dicksein. Die meisten Krankheiten wurden ihrer Meinung nach nämlich nicht durch »Übergewicht«, sondern durch »übermäßiges« Essen ausgelöst.⁵⁹ Dreh- und Angelpunkt der Problematisierung von Körperfett war also die Selbstkontrolle der Menschen.

Dabei wird deutlich, dass Dicksein als Problem derjenigen galt, die sich Nahrungsmittel im Überfluss leisten konnten. Auch wenn zur Jahrhundertwende mehr Amerikanerinnen und Amerikaner Zugang zu einer größeren

56 Die Formel dazu lautet: »Multiply number of inches over 5 ft. in height by 5½; add 110« (Peters, Diet, S. 11). Eine etwa 1,70 m große Person sollte nach dieser Berechnung also rund 67 Kilogramm wiegen.

57 Lulu Hunt Peters, A Disgrace to be Fat, in: Los Angeles Times, 30.4.1922, S. III23.

58 Lears, Rebirth; Zur Biopolitik Foucault, Verteidigung; ders., Gouvernementalität; Rose, Politics.

59 Lulu Hunt Peters, What's Your Weight, in: Los Angeles Times, 26.4.1922, S. I18.

60 Vester, Change; Bilton, Consumption.

61 Lulu Hunt Peters, Signing the Pledge, in: Los Angeles Times, 27.4.1922, S. II6.

62 Peters, Diet, S. 84 (Hervorhebung i. O.), 94, 22.

63 Lulu Hunt Peters, Outwitting Our Wrinkles, in: Los Angeles Times, 17.5.1922, S. II8.

64 Ausführlicher dazu Mackert, Klassenpolitik, S. 307–309.

65 Lulu Hunt Peters, Answers to Correspondents, in: Los Angeles Times, 5.8.1922, S. III0.

66 Lulu Hunt Peters, Answers to Correspondents, in: Los Angeles Times, 15.6.1922, S. II8.

67 Lulu Hunt Peters, Answers to Correspondents, in: Los Angeles Times, 31.8.1922, S. II8.

68 Peters, Diet, S. 20.

Auswahl an Lebensmitteln hatten als zuvor, markierte der Verweis auf übermäßiges Essen Körperfett als Wohlstandsproblem. Fett wurde zu einer Malaise der sozialen Aufsteiger in die Mittelklasse erklärt, die nicht mehr zu anstrengender Arbeit in der Fabrik gezwungen waren, aber noch nicht gelernt hatten, mit den Konsequenzen umgehen zu können und sich angesichts einer neuartigen Fülle von Lebensmitteln zu beherrschen.⁶⁰

Peters' Diät rat sollte diese Gruppe dabei unterstützen, in Eigenregie abzunehmen. »You will need all the aid you can get to strengthen your will, for it is as flabby as weak jello«, postulierte Peters und schrieb den Kampf gegen Übergewicht damit ein in die Sorge vor Verweichlichung, Willensschwäche und zivilisatorischem Niedergang angesichts moderner Verlockungen.⁶¹ Die Problematisierung von Fett korrespondierte mit der zeitgenössischen Moderne-Kritik. Die Kalorie versprach, ein Messinstrument bereitzustellen, mit dem Individuen sich selbstverantwortlich kontrollieren und demonstrieren konnten, in jeder Hinsicht fit für den Fortschritt zu sein.

Peters' Charakterisierung des Kalorienzählens verdeutlicht, wie sehr Selbstregierung im Zentrum dieser Ideale des Diäthaltens stand. Kalorienzählen räumte den Willigen laut Peters große Freiheiten ein, die diese allerdings zu nutzen wissen müssten. »You may eat just what you like – candy, pie, cake, fat meat, butter, cream – but – *count your calories!*«, versprach und mahnte sie gleichermaßen. Wenn die Kalorienbilanz stimmte, waren auch sonst verbotene Genüsse erlaubt. Peters erzählte ihren Leserinnen und Lesern, dass sie – »gelegentlich« – sogar zehn Schokoladenpralinen äße, sich nach dieser »Ausschweifung« aber auf Cracker und Brühe mit je 25 Kalorien zum Abendessen beschränke. Diese Möglichkeit der Wahl machte das Kalorienzählen für Peters sowohl attraktiv als auch nur

geeignet für selbstdisziplinierte Menschen. Konsequentes und dauerhaftes Kalorienzählen war der »Preis [dieser] Freiheit.«⁶²

Freiheit und Freiwilligkeit markieren das Kalorienzählen hier als eine Praxis derjenigen, die sich den freiwilligen Verzicht leisten, vor allem aber auch ihre Fähigkeit dazu demonstrieren und darüber sozialen Status beanspruchen konnten. Das zeigt sich beispielhaft an vielen der Briefe, die Peters bekam. Peters rief ihre Leserschaft wiederholt auf, ihr Diätvorsätze, Erfolgsberichte und Fragen zu schreiben. Schon gut einen Monat nach der ersten Ausgabe berichtet sie von Hunderten von Briefen, die in der Redaktion eintrudelten.⁶³ Obwohl diese Briefe nicht im Original, sondern nur in den abgedruckten Fassungen vorliegen, ermöglichen sie einen Einblick in den Umgang von Menschen mit dem Kalorienwissen.⁶⁴

In einer ganzen Reihe von Briefen hoben die, meist offenbar weiblichen, Verfasserinnen ihre durch das Kalorienzählen erlangte Fähigkeit hervor, weniger zu essen, ihren Appetit zu zügeln und erfolgreich abzunehmen. Eine Leserin berichtete, sie habe zuvor »Dutzende Male« versucht abzunehmen – erfolglos, weil nicht »intelligent«. Das Wissen über die Kalorien habe ihr gezeigt, wie viele davon in Kaffee und Butter stecken konnten (sie sprach vermutlich von gesüßtem, vielleicht mit Milch getrunkenem Kaffee), und so konnte sie 20 Pfund abnehmen.⁶⁵ Eine andere Leserin, die auch einen Abnehmerfolg von 20 Pfund meldete, schrieb, dass sie nun gar nicht mehr essen konnte als die von Peters empfohlenen 1200 Kalorien pro Tag: »[I]t is all I want.«⁶⁶ Eine dritte Leserin, 17 Jahre alt und Stenographin, schrieb stolz: »I've trained myself so that I can pass a window full of the most beautifully tinted, indigestible French pastry, without more than a tiny sigh.«⁶⁷

Briefe wie diese demonstrierten Informiertheit sowie die Fähigkeit zu freiwilligem Verzicht und Selbstkontrolle. Sie verweisen darauf, dass das Kalorienzählen bedeuten konnte, Mittelklasse-Status zu beanspruchen und Anerkennung zu ernten, gerade vor dem Hintergrund der nach wie vor andauernden Auseinandersetzungen um Nahrungsmittelbudgets von Arbeiterfamilien und von Körperfett als Klassenproblem. In den Briefen wie beim Kalorienzählen ging es mithin um mehr als lediglich abzunehmen, sondern um Distinktionsgewinn und Anerkennung. Peters selbst forderte ihre Leserinnen und Leser auf, ihre Kleidung erst einmal nicht enger zu nähen, wenn sie abgenommen hatten: »If [your clothes] are loose they will show to the world that you are reducing.«⁶⁸

Dass Peters dabei offenbar vornehmlich Post von Frauen erhielt, ist bemerkenswert, denn bis in das frühe 20. Jahrhundert waren Männer die privilegierten Subjekte von Diättempfehlungen. Katharina Vester hat darauf hingewiesen, dass dies kein Zufall war. Frauen wurde die nötige Selbstdisziplin nicht zugetraut. Diätatgeber hoben die strenge Disziplin hervor, die zum Abnehmen nötig sei, und diese wurde zeitgenössisch nahezu exklusiv mit weißen, bürgerlichen Männern assoziiert.⁶⁹ Peters als weibliches Diätvorbild, ihr mehrheitlich an Frauen gerichteter Ratgeber sowie die Briefe der Leserinnen verweisen auf einen Wandel von Diäten im frühen 20. Jahrhundert. Obschon umkämpft, konnten (weiße) Frauen sich in das Ideal erfolgreichen Diäthaltens einschreiben und mit der Fähigkeit zur Selbstdisziplin auch gesellschaftliche Anerkennung und politische Partizipation beanspruchen, wie Vester gezeigt hat.⁷⁰ Die Briefe an Peters verweisen darauf, dass das Kalorienzählen auch deshalb attraktiv für Frauen war, weil es ein Mittel war, diese Anerkennung zu reklamieren. In einem Brief zum Beispiel, der auch den üblichen Bericht über den eigenen Abnehmerfolg beinhaltet, schreibt die Verfasserin lobend über Peters: »I am proud that you belong to my sex. Women evidently is not the weaker sex in a mental way.«⁷¹

Die Kalorie wurde in den USA des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts auf unterschiedliche Weise genutzt, legitimen Konsum zu regulieren und Klassengrenzen zu ziehen. In den Ernährungsstudien funktionierte sie als vermeintlich objektives Maß der ökonomischen Effizienz von Ernährung. Damit erlaubte sie, die politisch umkämpfte Frage nach der Höhe von Löhnen und Lebensstandards auf dem vermeintlich machtfreien Terrain der Ernährungswissenschaft zu verhandeln.

69 Vester, *Change*.

70 Ebd., S. 47–53.

71 Lulu Hunt Peters, *Answers to Correspondents*, in: *Los Angeles Times*, 15.7.1922, S. II6.

Auch beim Kalorienzählen als Diätmethode ging es darum, wer was essen durfte. Hier half die Kalorie dabei, Körperfett zu einem Symbol problematischen, weil augenscheinlich unkontrollierten Konsums zu machen, den man sich leisten können musste. In diesem Zusammenhang entwickelte sich das Kalorienzählen als Distinktionspraxis der Mittelklasse.

Dabei war das Quantifizierungsversprechen, das die Kalorie gab, entscheidend dafür, dass mit ihr die Verantwortung für Ernährung und Körperform auf die Individuen verlagert wurde.

Mit der Kalorie hielt eine neue Form der Selbstführung Einzug, die die Arbeit an Körper und Ernährung obligat werden ließ. Das kalorienzählende Subjekt wurde dabei als Mittelklasse-Subjekt hervorgebracht und von denjenigen unterschieden, denen erfolgreiche Selbstführung nicht zuge-
traut wurde. Das zeigt sich allein an den Medien zur Vermittlung der neuen Selbstführungspraxis: hier die intervenierenden Ernährungsstudien, dort die interaktive Zeitungskolumne.

Die Anerkennung, die durch das Kalorienzählen winkte, ging also darüber hinaus, sich die Schokoladenpralinen leisten zu können. Es bedeutete, als selbstverantwortliches Subjekt hervorzutreten und Anspruch auf gesellschaftliche Teilhabe erheben zu können – eine Möglichkeit, die es aus heutiger Perspektive auch emanzipatorisch erscheinen lassen kann, dass Frauen begannen, Kalorien zu zählen. Damit erlaubt die Geschichte der Kalorie, einen anderen Einblick in die weiterhin aktuelle Attraktivität von 250-Kalorien-Portionen und Diäten zu erhalten – und diese als Aushandlungen von Teilhabe und sozialer Ordnung zu verstehen.

- Dr. Nina Mackert ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Nordamerikanische Geschichte der Universität Erfurt.

KARL-OTTO SCHÜTT GING IN DEN RUHE- STAND

Im Mai 2018 ist der langjährige Leiter der FZH-Bibliothek, Karl-Otto Schütt, in den Ruhestand gegangen. Schütt, den im Hause kaum jemand anders kennt als unter seinem verschliffenen Vornamen »Kar-lo« bzw. »Carlo« – beide Schreibweisen sind belegt –, ist einer der produktivsten und zugleich gelassensten Bibliothekare, eine absolute Antifigur zu Jorge von Burgos, dem legendär misanthropischen Bibliothekar in »Im Namen der Rose«. Seit März 1992 in der FZH tätig, kennzeichnet ihn eine erstaunliche Gelassenheit im Umgang mit verwirrten und unklaren Anfragen – seien sie aus dem aus Hause oder von außerhalb. Sein durch Lektüre und Gespräche beständig wachsendes enzyklopädisches Wissen ermöglicht es ihm, auch unpräzise Anfragen in Bahnen zu lenken, die irgendwann auf Bücher zusteuerten. Besonders auffällig ist das vollständig unprätentiöse Wesen Carlo Schütts, der allen Anfragen mit Offenheit und Freundlichkeit begegnet. Ob eine 13-jährige Schülerin oder ein emeritierter Professor ihn bemüht, ändert nichts an Carlo Schütts Reaktion – er nahm jeden Menschen ernst. Freundlich, kompetent und präzise gibt er Hinweise auf Bücher oder andere Wissensquellen. Dabei hilft ihm sein Humor und sein Gespür für skurrile Situationen. Allzu absurde Anfragen oder Figuren, wie sie in zeitgeschichtlichen Bibliotheken häufig vorkommen, werden bei ihm zu amüsanten Geschichten. Mit Carlo

Schütt sind lehrreiche Gespräche über Literatur aller Art, über alte Arbeiterlieder ebenso selbstverständlich wie Fachdebatten und kritische Anmerkungen über neueste Werke. Ob es auch nur ein Buch in der Bibliothek gibt, das Carlo Schütt nicht zumindest durchgeblättert hat, wird allgemein angezweifelt.

Carlo Schütt hat das Profil seiner Stelle über 25 Jahre mit seiner gelassenen Art geprägt. Alle bibliothekarischen Schritte waren zu bewältigen, unterstützt von Dorothee Mateika und in den letzten Jahren auch von Hartmut Finkeldey. Aufnahme der Titel, Einstellen ebenso wie das Ausheben von Büchern; fünfjährige Revision und die Suche nach von wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern verstellten Titeln. Die eigenverantwortliche Bestellung von Fachliteratur gehört zu Carlo Schütts Lieblingsbeschäftigungen. Wer als Wissenschaftler oder Wissenschaftlerin ein Buch zur Neuanschaffung vorschlug, erhielt meist sofort einen Hinweis, wo in der Bibliothek das entsprechende Buch seit geraumer Zeit steht. Verlässlich sah er alle Kataloge durch, hielt Kontakt mit Buchhändlern und las vor allem Arbeiten zur nationalsozialistischen Geschichte. Die Erweiterung der FZH-Bibliothek zu einer der führenden zeitgeschichtlichen Spezialbibliotheken in Norddeutschland war vor allem sein Verdienst. Der Bestand wuchs von 60 000 (Bestand 1998) auf gegenwärtig über 100 000 Medien. Dieser Aufwuchs ergab sich auch aus Nachlässen und Schenkungen, die Carlo Schütts Geschick und Einsatz erforderten. Sei es bei Besuchen in den Wohnungen älterer Nachlassgeber oder im aktiven Außeneinsatz. So leitete Carlo Schütt 1995 das Team der FZH, das den »Giftschrank« der ehemaligen Deutschen Staatsbibliothek der DDR auf NS-Literatur durchsehen und eine Vielzahl von Titeln mit nach Hamburg nehmen konnte. Die Bücher kamen nicht nur zu Carlo Schütt, er ging auch zu ihnen.

Für die Belange eines zeitgeschichtlichen Instituts verfügt Carlo Schütt über eine hervorragende Doppelqualifikation, da er in Hamburg erst Bibliothekswesen und danach Geschichte studiert hatte. Allerdings war dieser Weg nicht vorgezeichnet. Aufgewachsen ist der 1950 Geborene in einem Dorf in der brandenburgischen Prignitz. Für das Abitur war er staatlicherseits nicht vorgesehen, daher absolvierte er eine Ausbildung zum Molkereifacharbeiter und anschließend den Wehrdienst bei der NVA. Ein Fluchtversuch aus der DDR scheiterte 1974 daran, dass der vermeintliche Helfer ein Spitzel war. So verraten, musste Carlo Schütt die bittere Erfahrung einer fast zweijährigen Haftzeit in der DDR machen. 1976 gelangte er durch einen Häftlingsfreikauf in die Bundesrepublik und schließlich nach Hamburg. Hier musste er zunächst die Fachoberschule absolvieren, um studieren zu können. Er wählte das Fach Bibliothekswesen, schloss mit dem Diplom ab, und erst danach widmete er sich seiner großen Leidenschaft: dem Geschichtsstudium. Er hat später eigene Forschungen über seine Herkunftsregion während der NS-Zeit betrieben.

Wer in den 1970er und 1980er Jahren studierte, lebte in politisch unruhigen und bewegten Zeiten. Dies galt auch für Carlo Schütt, der sich nicht zuletzt aufgrund seiner leidvollen DDR-Erfahrungen gegenüber manchen politischen Kapriolen der Zeit distanziert verhielt. Er musste zudem auch nebenbei seinen Lebensunterhalt verdienen. Schon früh war er als studentische Hilfskraft in der Bibliothek des Instituts für Geologie tätig und gelangte 1985 auf einer halben Stelle in den Öffentlichen Dienst, arbeitete aber zeitweilig auch bei der Post, als Briefe und Pakete noch in eigenen Zügen durch die Republik geschickt wurden. Gemeinsam mit dem Vater eines späteren Doktoranden an der FZH entwickelte er die Idee, in Rechtsanwaltsbüros für

bibliothekarische Ordnung zu sorgen. Die meist nur der Größe nach aufgestellte juristische Fachliteratur erforderte einen gezielten Zugriff, und die beiden Bibliothekare sortierten übersichtlich und effektiv, auf guter Honorarbasis, was Carlo Schütt erste Fernreisen in den Mittelmeerraum ermöglichte. Ab 1992 war die Bibliothek der FZH dann sein beruflicher Wirkungsort.

Der langjährige Kollege Joachim Szodrzynski notierte zu Carlo Schütts ersten Wochen an der Forschungsstelle einmal: »Da hatte jemand in der Bibliothek seinen Platz gefunden, den man, wäre er nicht ohnehin dort gelandet, hätte erfinden müssen.« Funktionen können von verschiedenen Menschen ausgeführt werden, aber prägen kann sie jeweils nur ein Einzelner. Für den Menschen Carlo Schütt kann es so gesehen keine Nachfolge geben. Aber zum Glück unterstützt Carlo Schütt die Bibliothek noch weiterhin, etwa bei einem Digitalisierungsprojekt. Das lindert den Abschiedsschmerz der Kolleginnen und Kollegen ein wenig, da wir ihn weiterhin treffen und uns über seine aufmunternden Worte und Anekdoten freuen können.

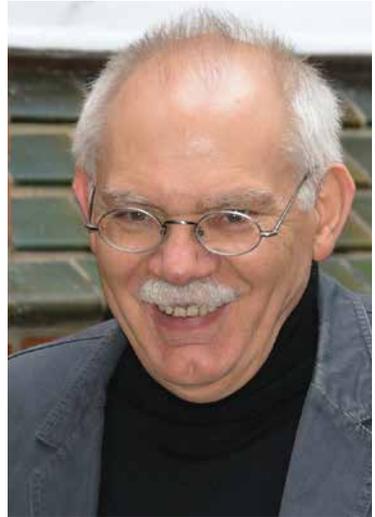


Foto: Linde Apel

- PD Dr. Knud Andresen ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

JOACHIM SZODRZYNSKI GING IN DEN RUHESTAND

Im Jahr 2018 schied neben Karl-Otto Schütt ein weiteres »Urgestein« der Forschungsstelle aus dem aktiven Berufsleben aus: Joachim »Jogi« Szodrzynski, zunächst Mitarbeiter des Archivs und dann langjähriger Lektor der FZH-Schriftenreihen, trat nach über 34 Jahren an der FZH im November 2018 den wohlverdienten Ruhestand an. Neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dürften darüber insofern erleichtert sein, als es sie der Herausforderung enthebt, aus der Schriftform die korrekte mündliche Aussprache seines Nachnamens herzuleiten. Aber alle werden im Institutsalltag sein ruhiges ausgeglichenes Wesen und seinen trockenen Humor, der sich nicht zuletzt in so manchem kurzen Einwurf in den montäglichen Dienstbesprechungen zeigte, vermissen.

Die Anfänge der beruflichen Karriere von Joachim Szodrzynski spiegeln exemplarisch die Probleme des bundesdeutschen Hochschulwesens und des akademischen Arbeitsmarktes in den 1980er Jahren wider. Geboren 1953 in Lübeck, war er nach Abitur und Zivildienst in den frühen 1970er Jahren zum Lehramtsstudium nach Hamburg gekommen. Mit den Fächern Politikwissenschaft, Literatur, Pädagogik, Geschichte und Philosophie bestand er zwar 1978 das erste und 1983 nach dem Referendariat an Altonaer Gymnasien mit Bestnoten das zweite Staatsexamen, hatte danach aber keine Aussicht auf eine Beschäftigung im Schuldienst.

Stattdessen bot sich die Chance, ab dem 1. Mai 1984 an der »Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg« zu arbeiten. Der damals noch als nachgeordnete Behörde organisierten Forschungsstelle war eine ABM-Stelle für ein Jahr bewilligt worden, um das »Hans-Schwarz-Archiv« neu zu ordnen und durch Bestandsverzeichnisse zu erschließen. Die über Jahrzehnte gesammelten Unterlagen des NS-verfolgten Sozialisten Hans Schwarz und seiner Lebensgefährtin Gertrud Meyer stellen eine herausragende Quelle für Verfolgung und Widerstand in Hamburg und die Geschichte des KZ Neuengamme dar und befinden sich seit 2007 im Archiv der Gedenkstätte.

Joachim Szodrzynski bewährte sich rasch in der Aufarbeitung dieses Bestandes, die er gewissenhaft und mit großem Engagement betrieb, wie der damalige Direktor Werner Jochmann Ende 1984 hervorhob. Jochmann lobte ihn zudem allgemein als hilfsbereit, aufgeschlossen und vielseitig interessiert. Er urteilte ausgewogen und durchdacht und äußerte sich »präzis und differenziert« – Eigenschaften und Charakterzüge, die ihn und seine Arbeit bis heute kennzeichnen.

Nachdem die damalige Archivarin der Forschungsstelle, Angelika Voß-Louis, ihre Arbeitszeit vorübergehend reduzierte, konnte Joachim Szodrzynski im Sommer 1985 im Anschluss an den ABM-Vertrag eine halbe Stelle im Archiv übernehmen. Jochmann hatte im Rahmen des Bewerbungsverfahrens seine »gründlichen Kenntnisse« in der Sozialgeschichte und der Geschichte der Arbeiterbewegung sowie »überdurchschnittliches Methodenbewusstsein« hervorgehoben. Das war insofern von Bedeutung, als die Tätigkeit im Archiv nicht nur die Betreuung vorhandener Bestände und der Nutzerinnen und Nutzer umfasste, sondern auch die »Sicherung, Erfassung, Auswertung und Archivierung bisher nicht erschlossener Quellenbestände, die sich im Besitz von Privatpersonen oder Organisationen befinden« sowie Befragungen von Zeitzeugen erwünscht waren.

Wissenschaftlich interessierte sich Joachim Szodrzynski von Anfang an mehr für linksalternative Bewegungen, »Abweichler« und Renegaten als für die sozialdemokratisch geprägte Arbeiterbewegung. Er beschäftigte sich mit der Komintern, den Anarchosyndikalisten, den Philosophen der Frankfurter Schule und der Studentenbewegung. Frühe Veröffentlichungen, darunter ein 1987 im »Info« des Arbeitskreises zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein erschienener Text über den

1936 hingerichteten Hamburger Kommunisten Etkar André, und sein Interesse an dem anarchistischen Schriftsteller Erich Mühsam stammten aus diesem Zusammenhang. Mit der Historikerin Beate Meyer gab er 1988 eine Festschrift für den Eimsbütteler Politiker und Publizisten Helmuth Warnke heraus, in der er selbst über die »Hamburger Arbeiterparteien 1945/46 zwischen Einheitswunsch und Spaltungswirklichkeit« schrieb. 1989 veröffentlichte er in der Chronik »Hamburgs Arbeiterbewegung im Wandel der Gesellschaft« den Band über die Jahre 1945 bis 1949. Der Bogen spannt sich dann über weitere Aufsätze und Vorträge bis zum »Prolog der Grün-Alternativen in Hamburg« in den 1970er Jahren, seinem Beitrag für den FZH-Band »19 Tage Hamburg« von 2012. Für die Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte rezensiert er regelmäßig Bücher aus diesem Themenfeld.

In den 1990er Jahren gingen aus der Zusammenarbeit mit dem NS-Experten Frank Bajohr, der 1989 an die Forschungsstelle gekommen war, mehrere Veröffentlichungen über das »Dritte Reich« hervor. In dem 2005 von der Forschungsstelle herausgegebenen Band »Hamburg im ›Dritten Reich‹« übernahm er den Beitrag über die »Heimatfront« zwischen Stalingrad und Kriegsende«. 2013 veröffentlichte er mit Frank Bajohr und Beate Meyer die Edition »Bedrohung, Hoffnung, Skepsis. Vier Tagebücher des Jahres 1933« und schrieb darin über den Hamburger Bankier Cornelius Freiherr von Berenberg-Goßler.

Ein weiteres zentrales Forschungsthema fand er seit den 1980er Jahren in der Beschäftigung mit der inneren Emigration und der Verarbeitung der NS-Zeit und der Kriegserfahrung in literarischen Werken aus der frühen Nachkriegszeit. Dazu gehörten z. B. der Hamburger Schriftsteller Hans Erich Nossack, der 1948 als einer der ersten einen Text über den Bombenkrieg und

die Zerstörung Hamburgs 1943 veröffentlichte, der Schriftsteller und Rundfunkautor Hermann Kasack und der Schriftsteller und Historiker Felix Hartlaub. Der umfangreiche Aufsatz über das »Leben im Ausnahmezustand« in den ersten Nachkriegsjahren in Hamburg in einer Publikation der Landeszentrale für politische Bildung von 2007 knüpfte an dieses Interessengebiet an.

Zum Wissenschaftsbetrieb im engeren Sinn mit seinen Ritualen und ungeschriebenen Gesetzen hat Joachim Szodrzynski Distanz gehalten: Themen zu »besetzen«, Vorträge und Veröffentlichungen strategisch zu platzieren, Netzwerke aufzubauen oder kulturelles Kapital über Mitgliedschaften anzusammeln, war seine Sache weniger. Dennoch spiegeln sich seine wissenschaftlichen Interessen nicht nur in den Aktivitäten an der Forschungsstelle wider.

Sein zweites »Standbein« bildet seit Mitte der 1980er Jahre die »Galerie Morgenland – Geschichtswerkstatt Eimsbüttel«, in der er von 1989 bis 2003 sowie von 2013 bis 2017 Vorsitzender des Trägervereins war und mit Kollegen wie Jens Michelsen, Volker Böge und Patrick Wagner zusammengearbeitet hat. Neben dem Organisatorischen zeugen zahllose eigene Vorträge und Veranstaltungen von seinem Engagement für die »Galerie«. Auch dabei kreisten seine Aktivitäten oft um seine Kernthemen – einige Beispiele aus den letzten 30 Jahren: So sprach er 1987 über den Marshall-Plan und die Hamburger Linke, über die Politik linker Kleinorganisationen im Widerstand 1933–1939 und über die Faschismusanalyse der Kommunistischen Internationale, 1998 beleuchtete er die NS-Herrschaft im Spiegel der Nachkriegsliteratur, 2005 ging es um »politisch-literarische Überlegungen zur Zukunft Deutschlands 1938–1949« und 2014 um die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP).

An der FZH wurde aus der zunächst auf ein Jahr befristeten Vertretung – nach einem Dutzend kurzzeitiger Verlängerungen – schließlich am 1. Oktober 1997 eine Festanstellung. Nach dem Übergang der Institutslei-



Foto: Maïke Raap

tung auf Axel Schildt arbeitete er für das Archiv nur noch vertretungsweise. Stattdessen übernahm er nun dauerhaft das Lektorat der Schriftenreihen, nachdem er bereits zuvor bei Redaktionsaufgaben – ausweislich des kommissarischen Direktors Uwe Lohalm 1996 – »viel Geschick im Umgang mit den Autoren und Umsicht und Beharrlichkeit bei der Bearbeitung der Texte« bewiesen hatte. Bis Ende 2018 lektorierte er für die FZH über 60 Bände.

Wer Joachim Szodrzynski erst als Lektor kennengelernt hat, kann sich schwer vorstellen, dass er jemals etwas anderes gemacht hat. Inhaltliches Interesse und Fachwissen bei vielerlei Themen, Leidenschaft für gut gemachte Bücher, Sprachgefühl und zugleich Sorgfalt und ein gewisses Maß an Diplomatie bei den Kontakten zu Autorinnen und Autoren sowie den Verlagen verbinden sich bei ihm geradezu idealtypisch. In Zeiten von selbst lektorierten und gesetzten Print-on-Demand-Produkten oder gleich als PDF aus der Textverarbeitung exportierten Veröffentlichungen mag ein wissenschaftliches Lektorat als Luxus erscheinen, aber die Bücher der FZH in den vergangenen Jahrzehnten zeigen, dass dieser Aufwand sich lohnt – zumal in den Geisteswissenschaften, wo Bücher eben mehr als eine Art Container für Forschungsergebnisse sind. Freiberuflich lektoriert er seit vielen Jahren u. a. viele der im Auftrag der Landeszentrale für politische Bildung herausgegebenen »Stolperstein«-Bände mit den Biografien verfolgter Hamburger Jüdinnen und Juden.

Joachim Szodrzynskis Fähigkeiten als Lektor entwickelten sich nicht zuletzt dadurch, dass er selbst geradezu fanatisch liest. Auf dem Rückweg aus der Mittagspause zog es ihn oft noch in die Buchhandlung – und daraus kehrte er selten ohne eine Tasche mit neuer Lektüre zurück. Ein weltabgewandter Bücherwurm ist er allerdings nicht. So kann man montags mit ihm

ohne Weiteres die Fußballergebnisse des Wochenendes diskutieren, und zwar keineswegs nur die Spitzenspiele der Bundesliga, sondern auch die Lage beim VfB Lübeck. Die Wochenenden werden durch Kino- und Theaterbesuche sowie Doppelkopf- und Pokerrunden aufgelockert.

Nachdem er bereits seit längerem zwischen Hamburg und Lübeck gependelt und die zweite Wochenhälfte meist in der anderen Hansestadt verbracht hat, ist er nun seit einigen Wochen mit seiner Frau ganz an die Trave übersiedelt. Sobald die Bücher dort alle in die Regale sortiert sind, erwarten wir weitere spannende Vorträge und Veröffentlichungen! Zu hoffen bleibt außerdem, dass sich – Ruhestand hin oder her – das Pendeln unter umgekehrten Vorzeichen fortsetzt und zu vielen zukünftigen Besuchen in der FZH führt.

- Dr. Christoph Strupp ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH).

PERCEPTIONS OF APARTHEID IN WESTERN EUROPE 1960 – 1990¹

Über Jahrzehnte hinweg war die südafrikanische Apartheid als politisches und gesellschaftliches System und als Chiffre ein zentraler Bezugspunkt für Regierungen, soziale Bewegungen sowie Künstlerinnen und Künstler in Europa. Aus der Untersuchung europäischer Reaktionen auf das Apartheidregime, so die Grundannahme der Tagung, lassen sich daher zahlreiche Erkenntnisse über europäische Gesellschaften und deren vielfältige internationale Verbindungen gewinnen.

Die Konferenz untersuchte europäische »perceptions of apartheid« und ihre historiografische Relevanz auf drei Ebenen: Die Vortragenden untersuchten erstens, wie westeuropäische Gesellschaften auf Apartheid reagierten und wie sich diese Reaktionen mit der Zeit veränderten. Zweitens gingen die Teilnehmenden der Frage nach, ob von einer spezifisch westeuropäischen Art, Apartheid wahrzunehmen, gesprochen werden könne. Drittens strebte die Konferenz danach, einen Beitrag zur »Globalisierung der europäischen Zeitgeschichte« zu leisten. Indem die Wahrnehmungen von Apartheid untersucht werden, so die Prämisse der Organisatoren, könnten die internationalen Verflechtungen europäischer Gesellschaften und Veränderungen, die durch die Wahrnehmungen provoziert oder katalysiert worden seien, besser verstanden und erklärt werden. Detlef Siegfried (Kopenhagen) betonte zudem,

1 Der Tagungsbericht ist zunächst in einer englischen Version erschienen bei H-Soz-Kult, 7.11.2018, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7933>

dass die Untersuchung von »Wahrnehmungen« nicht nur auf Deutungen und Diskurse ziele, sondern auch einen Ausgangspunkt für die Analyse von Praktiken, die aus diesen Deutungen resultieren, biete.

Angelika Epple (Bielefeld) argumentierte in ihrer methodologisch ausgerichteten Keynote, dass Vergleiche als Praktiken zur Ordnung der Welt verstanden werden sollten. Anstatt die verglichenen Gesellschaften lediglich als ein Anderes zu begreifen (*othering*), sollten die *tertia comparationis* reflektiert werden. Auf diese Weise könnten Vorannahmen, die das Ergebnis des Vergleichs mitbestimmen, offengelegt werden und die Akteure würden sich bewusst, dass Vergleiche keine neutrale Tätigkeit seien. Detlef Siegfried schlug im Anschluss vor, Konzepte einer westeuropäischen Identität als *tertium comparationis* für die *perceptions of apartheid* zu verstehen, da diese Konzepte die Reaktionen maßgeblich geprägt hätten.

Das erste Panel veranschaulichte, wie Erfahrungen mit und Verweise auf Apartheid Debatten über Einwanderung, Rassismus oder internationale Solidarität in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland beeinflussten. Sebastian Justke (Hamburg) zeigte, wie Wissenssysteme und Lebensweisen von westdeutschen Pfarrerinnen und Pfarrern und Kirchengemeinden in Südafrika deren Meinungen über Apartheid prägten. Andrea Thorpe (Grahamstown) argumentierte, dass Apartheid ein Bezugspunkt in den Werken von Linton Kwesi Johnson, Salman Rushdie und Hanif Kureshi wurde, um Rassismus in Großbritannien hervorzuheben oder transnationale Solidarität zu befördern. Auf ähnliche Weise zeigte Tal Zalmanovich (Jerusalem), wie Haltungen zum südafrikanischen Regime britische Diskussionen über Rassismus und Einwanderung beeinflussten, indem sie eine Fernsehdebatte über Apartheid zwischen dem Tory MP Enoch

Powell und Bischof Trevor Huddleston untersuchte. Die Vorträge des Panels erhellten die Arten und Weisen, in denen Apartheid in Kunst und Politik dekontextualisiert wurde, und wie dadurch der Weg dafür bereitet wurde, dass ›Apartheid‹ als wirkmächtige Chiffre in politischen Diskussionen eingesetzt werden konnte.

Das Apartheidregime hingegen versuchte, sein Image zu verbessern und seinen Handlungsspielraum durch Kooperationen in scheinbar unpolitischen Feldern wie Wissenschaft und Wirtschaft auszuweiten. Saul Dubows (Cambridge) Keynote konzentrierte sich auf die internationalen Beziehungen Südafrikas, indem er die Wissenschaftskooperation im Gebiet der Astronomie untersuchte. Laut Dubow konnten solche Wissenschaftskontakte dazu dienen, die Normalisierung der internationalen Beziehungen Südafrikas zu demonstrieren. Darüber hinaus konnten die Wissenschaften einen geschützten Raum für Geheimdiplomatie und strategische Zusammenarbeit bieten. Dubow forderte, zwischen Apartheid-Wissenschaft und Wissenschaft unter der Apartheid zu unterscheiden – also zwischen einer politisierten und einer neutralen Wissenschaft. Die anschließende Diskussion zeigte jedoch, wie umstritten die Annahme einer neutralen Wissenschaft ist.

Das zweite Panel befasste sich mit der Relevanz von Apartheid in Wirtschaftsbeziehungen. Die Vorträge wandten sich der Rolle von Unternehmen und den Effekten von *corporate social responsibility* und *codes of conduct* zu, die Unternehmen, Regierungen oder die Europäische Gemeinschaft seit Mitte der 1970er erließen. Knud Andresen (Hamburg) untersuchte die politische Einflussnahme auf schwedische und westdeutsche Firmen, die mit Südafrika handelten. Obwohl insbesondere westdeutschen Firmen die Etablierung



Foto: FZH

von *codes of conduct* widerstrebte, lässt sich dennoch eine wachsende Sensibilität gegenüber Diskriminierung beobachten. Als die Firmen begannen, Apartheid als ein Hindernis für die Profitgenerierung zu begreifen, hätten sie laut Andresen die politische Rolle unabhängiger Gewerkschaften akzeptiert und sich seit Mitte der 1980er sogar für grundlegende Veränderungen in Südafrika eingesetzt. In seinem Vortrag konnte Andresen signifikante Veränderungen im Handeln nachzeichnen, denen veränderte Wahrnehmungen zugrunde lagen. Jakob Skovgaard (Kopenhagen) analysierte die Konflikte zwischen Shell und der Anti-Apartheid-Bewegung sowie die Bedeutung von *corporate social responsibility* für diese Diskussionen. Skovgaard argumentierte, dass *corporate social responsibility* als ein kontinuierlicher Aushandlungsprozess zwischen Unternehmen, Regierungen, Interessengruppen, Aktivistinnen und Aktivisten sowie Konsumentinnen und Konsumenten verstanden werden sollte.

Andresen und Skovgaard betonten, dass der Einfluss von Unternehmen und des Privatsektors auf den Wandel von Diskursen über Apartheid in der Forschung bisher unterschätzt wurde. Dennoch gaben sie in der Diskussion zu bedenken, dass *corporate social responsibility* und *codes of conduct* nicht als lineare Erfolgsgeschichte fehlinterpretiert werden sollten. Andresen wies darauf hin, dass eine kritische Haltung von Unternehmen als »performance ideology« benutzt werden konnte, um Profit zu generieren, und Skovgaard fügte hinzu, dass der Verzicht auf eine *corporate social responsibility* nicht notwendigerweise zu negativen Konsequenzen führen musste.

Simon Stevens (Sheffield) stellte die Bedeutung moralischer Motive für wirtschaftliche Strategien gegen Apartheid in Frage. Er untersuchte Anti-Apartheid-Boykotte im Vereinigten Königreich vor allem der 1960er Jahre und zeigte, wie Anti-Apartheid-Bewegungen Boykotte als eine individuelle Art des Protests popularisierten. Stevens betonte jedoch, dass die Boykotte hauptsächlich als Imagepolitik für die Labour Party und den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften gedient hätten.

Das folgende Panel verlagerte das Augenmerk auf die Anti-Apartheid-Bewegungen und ihre internationalen Verflechtungen. Hanno Plass (Hamburg) untersuchte die Rolle jüdischer Exilantinnen und Exilanten aus Südafrika in der britischen Anti-Apartheid-Bewegung. Laut Plass übten diese bis etwa 1975 einen maßgeblichen Einfluss aus, bevor die Bewegung sich von einer Exilanten- in eine Bürgerrechtsbewegung wandelte. Die französische Anti-Apartheid-Bewegung bestand hingegen vornehmlich aus militanten Linken, die zuvor in antikolonialen Bewegungen aktiv gewesen waren, wie Namara Burki (Paris) zeigte. Langfristig hätte jedoch die Spaltung der französischen Linken in Lager des Kalten Krieges die Anti-Apartheid-Solidarität geschwächt. Anna Konieczna (Paris) widmete sich der Wahrnehmung Südafrikas durch französische Regierungen und wies nach, wie sowohl die französischen Kolonialerfahrungen als auch die postkolonialen Beziehungen zum frankophonen Afrika die Haltung der französischen Regierungen gegenüber Südafrika beeinflussten. Südafrika wurde nicht nur als Handelspartner und als Verbündeter im Kalten Krieg gesehen, sondern auch als Vorbild und Experte für Entwicklung. Dessen ungeachtet zeigten sich französische Regierungen besorgt über den Rassismus in Südafrika und hofften, das diskriminierende Regime durch kulturel-

le Kontakte verändern zu können. Eine ähnlich ambivalente Haltung kam in Georg Kreis' (Basel) Vortrag zum Vorschein, in dem er die Einstellungen gegenüber Südafrika in der Schweizer Politik, Wirtschaft, Presse und Gesellschaft untersuchte. Laut Kreis glaubten viele Schweizerinnen und Schweizer, dass die Ähnlichkeiten zwischen der Schweiz und Südafrika – beispielsweise Antikommunismus, Föderalismus oder die Vorstellung, ein kleines »erwähltes Volk« in einer feindlichen Umgebung zu sein – gegenüber den Unterschieden überwogen.

Vincent Kuitenbrouwer (Amsterdam) untersuchte Verwandtschaftsgefühle zwischen Niederländern und Buren, die auf der Annahme einer gemeinsamen Kultur, Geschichte und Rasse gründeten (*»stamverwantschap«*). Kuitenbrouwer analysierte die Niederländische Südafrikagesellschaft (NZAV) als Gegengewicht zur Anti-Apartheid-Bewegung und hinterfragte dadurch die zeitgenössisch und in der Forschung verbreitete Annahme, die Niederlande seien in den 1970ern »a left-wing progressive model country« gewesen. Er zeichnete ein nuanciertes Bild, indem er Kontinuitäten zwischen der kolonialen und der postkolonialen Zeit sowie den innerniederländischen Deutungskampf um die »korrekte« Interpretation des südafrikanischen Regimes betonte. Dadurch konnte er zeigen, wie Diskussionen über das südafrikanische Regime als Folie für die Aushandlung niederländischer Selbstverständnisse und gesellschaftlicher Wertesysteme dienten. Indem er die Anti-Apartheid-Bewegung als »very white movement« interpretierte, verwies Kuitenbrouwer auf koloniale und rassistische Stereotype, die auch in der postkolonialen Zeit noch wirksam waren. Dies liege daran, dass die koloniale Vergangenheit der Niederlande innerhalb der Bewegung nicht verhandelt worden sei, wie Jan Eckel (Tübingen) und Kuitenbrouwer in der Diskussion hervorhoben. Andrea Thorpe und Vincent Kuitenbrouwer erklärten die fehlende historische Sensibilität mit einem mangelnden Bewusstsein innerhalb der älteren Generation in der Bewegung sowie mit der Abwesenheit von *people of colour* in der Bewegung.

Das abschließende Panel stellte Stellungnahmen gegen die Apartheid in der Populärkultur pro-südafrikanischem Lobbyismus gegenüber. Detlef Siegfried analysierte das Mandela-Konzert aus dem Jahr 1988 mit dem Ziel, die lineare Erfolgsgeschichte zu dekonstruieren, die üblicherweise reproduziert wird. Er präsentierte die Streitigkeiten zwischen der Anti-

Apartheid-Bewegung und dem Organisator Tony Hollingsworth über den Grad der Politisierung, den das Konzert anstreben sollte. Hollingsworth setzte sich letztlich mit seinem Konzept eines entpolitisierten Konzerts, das auf Mandela fokussierte, zugunsten globaler Reichweite durch. Siegfried argumentierte, dass das Konzert und popkulturelle Proteste Diskussionen über die Natur des Politischen ausgelöst hätten, die zu einem erweiterten Verständnis des Politischen geführt hätten, das auch Musik und Lebensstil einschloss. Darüber hinaus wurden Waren und Konsumgüter zu einem Mittel der Mobilisierung. Mit Blick auf nationale Unterschiede verwies Siegfried darauf, dass die Verbindung von Pop und Politik in der Strategie der westdeutschen Anti-Apartheid-Bewegung eigentlich randständig blieb, obwohl deutscher Pop in den 1980ern stark politisiert gewesen sei. In der Diskussion ordneten Detlef Siegfried und Jan Eckel die popkulturellen Proteste in die Geschichte sozialer Bewegungen ein und konstatierten, dass sich der Charakter der Bewegung in den 1980ern von einem ernsten und wütenden Engagement der vergangenen Jahrzehnte zu einem heiteren Eventaktivismus wandelte.

Tal Sela (Jerusalem) beleuchtete die paradoxe Beziehung zwischen *public intellectuals* und den Protestbewegungen. Sela argumentierte, dass Jean-Paul Sartre als Führungsfigur der französischen Anti-Apartheid-Bewegung wahrgenommen wurde, obwohl er im Vergleich zu anderen Intellektuellen oder seinem Einsatz für andere Befreiungsbewegungen nicht in besonderem Maße engagiert war. Laut Sela strebte die Anti-Apartheid-Bewegung jedoch danach, Sartres Autorität zu nutzen, um ihr Anliegen bekannter zu machen und ihm Legitimität zu verleihen.

Andreas Kahrs (Berlin) nahm einen grundsätzlich anderen Blickwinkel ein. Anhand der Untersuchung

von südafrikanischen Propagandabemühungen in der Bundesrepublik zeichnete er die Formierung einer pro-südafrikanischen Lobby nach – oder in Saul Dubows Worten: die Manifestation von »Anti-Apartheid«. In Zusammenarbeit mit der südafrikanischen Regierung organisierte diese Lobby beispielsweise »Informationsreisen«, die den Teilnehmenden scheinbar »unvoreingenommene Informationen« über Südafrika boten. Die Teilnehmenden sollten den Eindruck erhalten, dass sie Wandel in Südafrika diskutierten, ohne das Regime zu unterstützen. Diese Bemühungen änderten sich grundlegend, als die Veranstalter in den 1970ern begannen, in nicht-konservative Kreise ausstrahlen zu wollen. In seinen abschließenden Bemerkungen fügte Christoph Marx (Duisburg-Essen) hinzu, dass der African National Congress und das Apartheidregime gegenseitig von ihren Propagandastrategien lernten.

Knud Andresen eröffnete die Abschlussdiskussion, indem er zwei dominante Diskussionsstränge der Konferenz hervorhob: Erstens betonte er das Thema der »whiteness« innerhalb der Anti-Apartheid-Bewegungen und nahm Dubows These auf, dass viele Westeuropäer das Apartheidregime als eine westlich-kapitalistische Demokratie begriffen, die auf Abwege geraten war. Sebastian Justke argumentierte, dass Wahrnehmungen entscheidend durch Selbstbilder und Fragen der Zugehörigkeit geformt würden. Håkan Thörn (Göteborg) unterstrich die Diskrepanz zwischen den Diskussionen über Rassismus im Ausland und das Schweigen über Rassismus im eigenen Land. Zweitens hob Andresen den Einfluss von Popkultur, Emotionen und Lebensstilen auf die Formung von Wahrnehmungen, Identitäten und Selbstbildern hervor. Zwei weitere Themen wurden während der Konferenz intensiv diskutiert: die Frage nach effektiven Wegen der Einflussnahme und die Frage, wann das Ende der Apartheid begann.

Die Abschlussdiskussion schälte Felder für weitere Forschung heraus: Erstens müsse Westeuropa als Referenzrahmen hinterfragt werden, indem Wahrnehmungen der Apartheid auch in Süd- oder Osteuropa oder außerhalb Europas untersucht werden. Es sollte auch danach gefragt werden, ob die Zeitgenossen das südafrikanische System nicht doch als grundlegend fremd begriffen und damit Diskussionen über die eigenen rassistisch geprägten Annahmen vermieden. Die Frage nach einer spezifisch westeuropäischen Art, Apartheid wahrzunehmen, blieb umstritten, auch wenn die meisten Beitragenden anzweifelten, dass es eine solche gegeben habe.

CHRISTOPHER SEIBERLICH

■ PERCEPTIONS OF APARTHEID IN
WESTERN EUROPE 1960 – 1990

ANNA STUHLPFARRER

■ ARCHITEKTUR. POLITIK.
GESCHLECHT. NEUE
PERSPEKTIVEN AUF LEBEN
UND WERK MARGARETE
SCHÜTTE-LIHOTZKYS

1 Der Tagungsbericht ist zunächst erschienen bei H-Soz-Kult, 13.3.2019, <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-8162>

Zweitens fiel auf, dass der Kalte Krieg zwar in den Diskussionen und Vorträgen präsent war, aber die Wahrnehmungen von Apartheid kaum in Verbindung zu anderen Deutungsmustern wie dem »Nord-Süd-Konflikt« oder Fragen der Dekolonisierung gesetzt wurden. Südafrika schien diese internationalen Konflikte auf besondere Weise zu transzendieren. Ob sich die Annahme eines südafrikanischen Sonderfalls auch auf die Wahrnehmungen von Apartheid auswirkte, bleibt ein Thema für weitere Studien. Drittens machte die Konferenz auf koloniale Vermächtnisse, Kontinuitäten seit der Kolonialzeit und Fragen von »whiteness« innerhalb der Anti-Apartheid-Bewegungen aufmerksam, denen sich künftige Forschungen widmen sollten.

Alles in allem verdeutlichte die Konferenz das Potenzial von Wahrnehmungen als Forschungsansatz, indem sie nachwies, dass hierdurch ein weites Feld von Akteuren in den Blick genommen und untersucht werden kann, wie Ereignisse interpretiert, umgedeutet und in Debatten über verwandte Themen instrumentalisiert werden können. Allerdings machten die Diskussionen ebenso deutlich, dass die Untersuchung von Wahrnehmungen Hand in Hand mit der Analyse von Handlungen gehen sollte, die durch diese Ansichten angeregt wurden. Wahrnehmungen können sowohl ein Indikator für Veränderungen in Gruppen und Gesellschaften sein, die bereits begonnen haben, als auch ein Faktor für gesellschaftlichen Wandel. Dementsprechend sollten künftige Studien zu Wahrnehmungen ein besonderes Augenmerk auf die Beziehungen und Wechselwirkungen von sich wandelnden Wahrnehmungen, Handlungen und im Wandel begriffenen Gesellschaften legen.

- Christopher Seiberlich ist Doktorand am Seminar für Zeitgeschichte der Eberhard Karls Universität Tübingen.

ARCHITEKTUR. POLITIK. GESCHLECHT

Neue Perspektiven auf Leben und Werk
Margarete Schütte-Lihotzkys¹

Unter dem Schlagwort »Architektur. Politik. Geschlecht« luden die Universität für angewandte Kunst Wien und die Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg am 9. und 10. Oktober 2018 in die Universitäts-galerie des Wiener Heiligenkreuzerhofes zu einer zweitägigen Konferenz über die Architektin Margarete Schütte-Lihotzky (1897–2000). 21 Referentinnen und Referenten aus verschiedenen Disziplinen – Kunstgeschichte, Architektur, Pädagogik oder Geschichtswissenschaft – waren der Einladung von Bernadette Reinhold (Wien) und Marcel Bois (Hamburg) gefolgt, um neue Forschungsfragen und -ansätze zu diskutieren. Neben dem architektonischen Werk sollte auch der bislang wenig beachtete politische Werdegang der langjährigen Kommunistin näher beleuchtet werden. Der intensive Meinungs-austausch lieferte ein differenziertes Bild über die im Alter von beinahe 103 Jahren verstorbene Wiener Architektin, deren umfangreicher Nachlass an der Universität für angewandte Kunst zum am häufigsten beforschten Quellenbestand des Archivs unter Leitung von Silvia Herkt zählt.

Dem in den letzten Jahren verstärkten Forschungsinteresse am Leben und Werk von Margarete Schütte-Lihotzky begegnete man in sieben thematischen Blöcken. Den Ausgangspunkt markierte unter dem treffenden Schlagwort »Beruf: Frau Architekt« ein geschichtlicher Überblick zu den Ausbildungsmöglichkeiten der ersten Architektinnen Österreichs, wobei Sabine Plakolm-Forsthuber (Wien) gleich zu Beginn das beständig kommunizierte Alleinstellungsmerkmal von Margarete Schütte-Lihotzky »als erster Architektin Österreichs« entkräftete. War die Wiener Kunstgewerbeschule, heute Universität für angewandte Kunst Wien, an der auch Margarete Schütte-Lihotzky ihre Ausbildung erfahren hatte, zwar bereits seit 1867

auch für Frauen geöffnet, wurde ihnen der Berufstitel Architektin seinerzeit jedoch nicht verliehen. Es sollte in Österreich bis nach dem Ersten Weltkrieg dauern, bis Frauen auch an den anderen höheren Ausbildungsstätten in Wien – der heutigen Technischen Universität und der Akademie der bildenden Künste – die Zulassung zum Studium ermöglicht wurde. Die schwierige berufliche Situation der ersten Architektinnen wurde auch durch den Vortrag von Christine Zwingl (Wien) deutlich, die einen Einblick in die beruflichen Stationen von Margarete Schütte-Lihotzky gab. Während ihrer planerischen, stark auf Rationalisierung ausgerichteten Tätigkeiten – egal ob in der Wiener Siedlerbewegung mit Adolf Loos, in der Typisierungsabteilung des Frankfurter Hochbauamtes bei Ernst May oder ihren Aufenthalten in der Sowjetunion – war Margarete Schütte-Lihotzky stets auch publizistisch tätig. Sowohl in Radiosendungen als auch vor allem in Zeitschriftenbeiträgen setzte sie sich zeit ihres Lebens für die Rechte und Verbesserung der Lebensumstände der Frauen ein. Nach ihrer Inhaftierung im Zweiten Weltkrieg erarbeitete sie neben ihrer Tätigkeit als Architektin das Wiener Wohnbauprogramm für die Kommunistische Partei Österreichs, publizierte sie in der »Stimme der Frau« und engagierte sie sich unter anderem in der überparteilichen Friedensbewegung. Aufgrund ihrer Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei diskreditiert, erhielt sie im Wien der Nachkriegsjahre jedoch kaum Bauaufträge. Die Vielseitigkeit und stets auch politische Komponente, die Leben und Werk der Architektin charakterisierten, wurden in fast allen Vorträgen der Konferenz deutlich. Mit den sowohl aus architekturhistorischer als auch vor allem aus zeithistorischer Sicht wichtigen Lebenserinnerungen setzte sich Bernadette Reinhold (Wien) auseinander. Die beiden vorgestellten Publikationen,

»Warum ich Architektin wurde« und »Erinnerungen aus dem Widerstand 1938 – 1945«, zeigen Margarete Schütte-Lihotzky als moralische Instanz, als politisch denkende, politisch aktive Frau. Reinhold analysierte Themen und Aufbau der Publikationen und verwies auf die sämtlichen Autobiografien inhärenten Problematiken.

Im Themenblock »Stationen eines Architektinnenlebens« spannten die Referentinnen einen weiten Bogen von den frühen Siedlungsprojekten über Schütte-Lihotzkys Tätigkeit im Neuen Frankfurt und der Sowjetunion bis ins Wien des Kalten Krieges. Sophie Debiasi Hochhäusls (Pennsylvania) architekturhistorischer Vortrag »Architektur und genossenschaftliche Arbeit« beschäftigte sich mit den Kernhausbauten der Architektin für die Wiener Siedlerbewegung. In Abgrenzung zu Adolf Loos und Otto Neurath, die vor allem Architektur für kinderreiche Familien propagierten, versuchte Margarete Schütte-Lihotzky, mit ihren Kernhäusern auch andere Familienmodelle einzubetten. Sie sah als Basis Kleinstbauten mit einem Minimum an Wohnraum vor, die auch für die einkommensschwächsten Schichten leistbar waren und zu einem späteren Zeitpunkt, wenn gewünscht und finanziell möglich, erweitert werden konnten. Die Erfahrungen und das Engagement beim Bau für das Existenzminimum führten Margarete Schütte-Lihotzky in den 1920er Jahren an das Frankfurter Hochbauamt von Ernst May, einer zentralen Lebensstation der Architektin, der sich Claudia Quiring (Dresden) widmete. Vor dem Hintergrund eines von ihr geleiteten Forschungsprojekts über die Akteure des Neuen Frankfurt beleuchtete sie Umfeld, Ort, Netzwerk und Möglichkeiten der Architektin in Frankfurt, die zur Entwicklung der Frankfurter Küche führen sollten. Die in Wien begonnene Beschäftigung mit hauswirtschaftlichen Wohnungsangelegenheiten ließ Margarete Schütte-Lihotzky an der Frankfurter Typisierungsabteilung zu *der* Spezialistin auf diesem Gebiet avancieren. Monika Platzer (Wien), die sich in ihrer Dissertation mit den Positionen, Akteuren und Netzwerken der Wiener Nachkriegsarchitektur im Kalten Krieg beschäftigt hatte, beleuchtete die Rolle Schütte-Lihotzkys in diesem Umfeld. Die Architektin gehörte nach ihrer Rückkehr nach Wien 1947 unter anderem dem Leitungsteam der Ausstellung »Wien baut auf« an, war Teilnehmerin der Landesgruppe CIAM Österreich beim CIAM-Treffen 1947 (Bridgwater) und zeichnete für das Wohnbauprogramm der KPÖ verantwortlich. Von ihren Erfahrungen in der Sowjetunion bis an ihr Lebensende beeinflusst und bis

zum Schluss in die Kommunistische Partei Österreichs eingebunden, kritisierte die Architektin die Konsumkultur und die rein wirtschaftlichen Aspekte, die den Aufbauausstellungen der 1950er Jahre inhärent waren.

Mit dem Panel »Begegnungen« gelang es den Tagungsorganisatoren, auch Schattenpositionen aufzuzeigen und das Netzwerk Schütte-Lihotzkys abseits von Adolf Loos oder Bruno Taut zu beleuchten. Günther Sandner (Wien) präsentierte seine neuesten Forschungen zur Beziehung der Architektin mit dem Ökonomen Otto Neurath, deren Wege sich immer wieder kreuzten. Die beiden hatten sich bereits in den frühen 1920er Jahren im Rahmen der Siedlerbewegung kennengelernt, doch die im Laufe der Jahrzehnte auseinanderdriftende politische Einstellung führte schließlich zu einem Zerwürfnis. Im Gegensatz dazu bildete der aktive Einsatz für die gleiche politische Überzeugung den starken Zusammenhalt von Margarete Schütte-Lihotzky und dem Architekten Herbert Eichholzer. Antje Senarclens de Grancy (Graz) zeigte in einem grundlegenden Referat auf, welche Rolle Herbert Eichholzer im Leben der Architektin spielte. In Istanbul waren beide am Aufbau der Auslandsgruppe der Kommunistischen Partei Österreichs beteiligt und engagierten sich – zurück in Österreich – im Widerstand gegen das NS-Regime. Während David Baum (Wien) anhand eines Fotoalbums durch die gemeinsamen Jahre der Architektin mit ihrem Ehemann Wilhelm Schütte führte, konzentrierte sich Marcel Bois (Hamburg) auf die Person Hans Wetzlers, dem »unbekannten Mann« an Schütte-Lihotzkys Seite, der bis heute aus der Biografie der Architektin ausgeblendet wird. In den Jahrzehnten nach der Trennung von Wilhelm Schütte verband Margarete mit dem Ostberliner Übersetzer eine innige Freundschaft. Bois, der aktuell an einer Biografie über Margarete Schütte-Lihotzky



Foto: Peter Kainz, Universität für angewandte Kunst Wien

arbeitet, rekonstruierte den Lebensweg Wetzlers, beleuchtete die Rolle der Politik im Leben der beiden Persönlichkeiten und zeigte ihr internationales Beziehungsnetzwerk auf.

Über die transnationalen Erfahrungen von Wilhelm und Margarethe im türkischen Exil berichtete Burcu Dogramaci (München). Als Experten für Schulbau zu Rate gezogen, entwickelte das Architektenehepaar bei ihrem Türkeiaufenthalt kostengünstige Prototypen für Dorfschulen, die mittels lokaler Baumethoden und Materialien von den Menschen vor Ort umgesetzt werden konnten. Wie bereits bei ihren ersten Planungen für die Siedlerbewegung blieb Margarete Schütte-Lihotzky auch hier ihrem Motto »Hilfe zur Selbsthilfe« treu, welches die Emanzipation von der Autorität des Architekten implizierte. Den Chinareisen Schütte-Lihotzkys in den 1930er und 1950er Jahren und den Eindrücken, die die traditionelle chinesische Architektur bei ihr hinterlassen hatte, war der Beitrag von Helen Chang (Pittsburgh) gewidmet. Zudem verwies sie auf die Parallelen zwischen dem traditionellen chinesischen Haus und Schütte-Lihotzkys Kindergartenplanungen. Auch der Vortrag von Carla Assmann (Erkner/Berlin) verdeutlichte die transnationalen Beziehungen der Architektin. Der Text (er wurde in Vertretung von Karin Zogmayer vorgetragen) konzentrierte sich auf Schütte-Lihotzkys Tätigkeit als Beraterin der DDR-Bauakademie und

den Auftrag zu einer Forschungsarbeit über Kinderanstalten. Margarete Schütte-Lihotzky, die Kurt Liebknecht bereits aus früheren Zeiten kannte, ging mit der neuen »Staatsarchitektur« und den Kinderbauten der DDR hart zu Gericht. Als ausgewiesene Expertin für Kindereinrichtungen sollte sie bereits in den 1950er Jahren ein diesbezügliches Programm für die DDR entwickeln, wozu es ebenso wenig kam wie zur Umsetzung ihres Baukastensystems in der ostdeutschen Hauptstadt in den 1960er Jahren.

In dem Themenblock »Visionen des neuen Bauens für eine neue Gesellschaft« brachte Thomas Flierl (Berlin) neue Erkenntnisse über die Jahre Schütte-Lihotzkys in der Sowjetunion. Er informierte das zahlreich erschienene und diskutierfreudige Tagungspublikum über den Aufbau der dortigen Baubüros, die Stellung Ernst Mays und den Sonderstatus der »Gruppe May«. Zudem konnte Flierl aufgrund intensiver Aktenrecherchen in der Sowjetunion erstmals auch die unterschiedlichen Vertragsverhältnisse des Architektenehepaares aufzeigen (Wilhelm für fünf Jahre, Margarete befristet auf ein Jahr mit Verlängerung und später nur Projektverträge). Dem für Margarete Schütte-Lihotzky zeit ihres Lebens wichtigen Thema des kindgerechten Bauens näherten sich Sebastian Engelmann (Tübingen) und Christoph Freyer (Wien) von zwei unterschiedlichen Seiten an. Während Engelmann die Kinderbauten in Theorie und Geschichte der Pädagogik verortete, stellte Freyer nach einer Einführung über die historische Entwicklung der Kinderbauten Schütte-Lihotzkys Kindergärten mit dem Spezifikum der zentralen Halle vor, die in dem von ihr entwickelten Baukastensystem ihren Höhepunkt fanden. Dieses von der Architektin über viele Jahre und in verschiedenen Ländern präsentierte modulare System aus einheitlichen, vorgefertigten Bauteilen für eine

kostengünstige und flexible Gestaltung von Kindergärten kam jedoch nie zur Umsetzung.

Der politischen Person Schütte-Lihotzky und ihrem Engagement für Frauen wurde die Tagung nicht zuletzt durch einen eigenen Themenschwerpunkt gerecht, der das gesellschaftspolitische Klima, dem die Architektin in Österreich ausgesetzt war, von verschiedenen Seiten betrachtete. Elisabeth Boeckl-Klamper (Wien) gab einen grundlegenden Einblick in das Wesen, den Aufbau und die Organisation des österreichischen Widerstands sowie über den politischen Weg Schütte-Lihotzkys bis zu ihrer Verhaftung durch die Gestapo in Wien. Karin Schneider (Wien) referierte im Anschluss über die schwierige Position der kommunistischen Frauenbewegung nach 1945. Margarete Schütte-Lihotzky hatte in »Die Stimme der Frau«, der Zeitschrift der kommunistischen Frauenbewegung, publiziert, zudem war sie die erste Präsidentin des »Bundes demokratischer Frauen Österreichs«, der 1948 als überparteiliche Frauenorganisation gegründet wurde. Manfred Mugrauer (Wien) schloss mit seinem Vortrag über die antikommunistische Propaganda direkt an seine Vorrednerin an: Er thematisierte die Ausgrenzung der Kommunistischen Partei, die nach dem Zweiten Weltkrieg innerhalb von zwei Jahren zu einer Außenseiterin und dem Feindbild der Regierungsparteien im beginnenden Kalten Krieg wurde. Dies führte auch dazu, dass sowohl kommunistische Künstlerinnen und Künstler als auch Architektinnen und Architekten quasi mit Berufsverbot belegt und ausgegrenzt wurden.

In dem Abschlusspanel befasste man sich schließlich mit jenem Werk Schütte-Lihotzkys, mit dem ihr Name bis heute untrennbar verbunden ist – der Frankfurter Küche. Marie-Theres Deutsch (Frankfurt am Main) zeigte die Entstehungsgeschichte dieser Ikone auf und gab einen Einblick in den Wandel vom Gebrauchsgegenstand zum international bekannten, begehrten Designobjekt, das heute in Auktionshäusern höchste Preise erzielt und vielfach Gegenstand künstlerischer Auseinandersetzung wurde. Daran anschließend erörterte Anne Söll (Bochum) die verschiedenen didaktischen Konzepte zur musealen Präsentation der Frankfurter Küche. Die Beispiele machten deutlich, dass die Küche stets nur als exklusives Designobjekt ausgestellt wird, das Thema der Geschlechtergeschichte in diesem Zusammenhang im musealen Rahmen aber bislang fehlt.

Das zweitägige Symposium gab einen multiperspektivischen Blick auf

eine der wichtigsten Architektinnen des 20. Jahrhunderts, wobei schließlich weniger die Architektur als vor allem gesellschaftspolitische und geschlechterspezifische Fragen sowie die umfassenden (politischen) Netzwerke von Margarete Schütte-Lihotzky im Zentrum standen. Neueste biografische Forschungen schauten auf bislang kaum beachtete Personen im Umfeld der Architektin, die jedoch einen wichtigen Beitrag zur politischen Biografie Schütte-Lihotzkys leisten. In den architekturbezogenen Vorträgen konnte zudem die Kontinuität über Zeiten und Länder im Schaffen der Architektin verdeutlicht werden. Die vielen offen gebliebenen Fragen zu den unterschiedlichen Facetten im Leben Schütte-Lihotzkys machten aber auch deutlich, wie viel interdisziplinärer Forschung es hier noch bedarf. Der von Bernadette Reinhold und Marcel Bois in Vorbereitung stehende Tagungsband bietet hierfür eine fundierte Grundlage.

- Dr. Anna Stuhlpfarrer ist Kunsthistorikerin und freie Kuratorin in Wien.

INHALT

1. Personal und Gremien der FZH	118
2. Forschung	122
<i>a) Der Nationalsozialismus und seine »zweite Geschichte«</i>	123
<i>b) Hamburg seit den 1950er Jahren</i>	125
<i>c) Jüngere und jüngste Zeitgeschichte</i>	127
<i>Drittmittel 2018</i>	143
3. Kooperationsbeziehungen	135
4. Bibliothek	137
5. Archiv	140
6. Werkstatt der Erinnerung – Hamburger Lebensläufe (WdE)	143
7. Öffentlichkeitsarbeit	146
8. Vorträge/Tagungen/Veranstaltungen 2018	150
9. Veröffentlichungen der FZH	162
10. Veröffentlichungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH	162
11. Rezensionen über Veröffentlichungen der FZH und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der FZH	166
12. Vorträge und öffentliche Auftritte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der FZH	167
13. Medienecho	175
14. Lehrveranstaltungen	176

1. PERSONAL UND GREMIEN DER FZH

(Stand 31.12.2018)

DIREKTOR (UND VORSTAND)

N.N.

STELLV. DIREKTORIN (UND STELLV. VORSTAND)

PD Dr. Kirsten Heinsohn

WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

PD Dr. Knud Andresen

Sebastian Justke, M.A. (seit 1.4.)

Moritz Liebeknecht, M.A. (bis 30.11.)

Dr. Yvonne Robel

Matthias Röhr, M.A. (bis 30.11.)

Dr. Christoph Strupp

WERKSTATT DER ERINNERUNG (WDE)

Dr. Linde Apel

Lena Langensiepen, M.A.

BIBLIOTHEK

Karl-Otto Schütt, Dipl. Bibl., M.A. (bis 30.4.)

Christiane Riemer, Dipl. Bibl. (seit 1.5.)

Dorothee Mateika, Dipl. Dok.

ARCHIV

Kirsten Schaper, M.A.

LEKTORAT DER FZH-PUBLIKATIONEN

Joachim Szodrzynski (bis 30.11.)

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Maike Raap, M.A.

VERWALTUNG

Susanne Linnig
Birgit Steude, M.A.

INFORMATIONSTECHNIK

Rupert A. Marienfeld, M.A.

GESCHÄFTSZIMMER

Joana Betke
Birgit Steude, M.A.

STIPENDIAT DER GERDA HENKEL STIFTUNG

Dr. Marcel Bois (bis 31.5.)

STIPENDIAT DER ALEXANDER VON HUMBOLDT-STIFTUNG

Prof. Dr. Detlef Siegfried, Universität Kopenhagen,
Dänemark (seit 1.10.)

STIPENDIAT DES DEUTSCHEN AKADEMISCHEN AUSTAUSCH- DIENSTES

Joseph Stollenwerk, University of Toronto, Kanada
(bis 31.7.)

STIPENDIATIN NACH DEM HAMBURGER NACHWUCHS- FÖRDERGESETZ DER UNIVERSITÄT HAMBURG

Anne Kurr, M.A. (bis 14.10.)

STUDENTISCHE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

Sebastian Balling
Jan Philipp Freinsheimer
Jana Matthies
Hannah Rentschler
Svenja Röhling
Marlen Sundermann
Anna Tartakovskij

- Direktor und Vorstand
- Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- Werkstatt der Erinnerung (WdE)
- Bibliothek
- Archiv
- Lehrstuhl für FZH-Publikationen
- Öffentlichkeitsarbeit
- Verwaltung
- Informationstechnik
- Geschäftszimmer
- Stipendiatinnen und Stipendiaten
- Studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

GERINGFÜGIG BESCHÄFTIGTE MITARBEITER

Lothar Degen
Henning Finkeldey
Karl-Otto Schütt (seit 1.5.)

PRAKTIKANTINNEN UND PRAKTIKANTEN

Julian Micki (19.2. – 30.3.)
Daniel Haberlah (5.3. – 30.03.)
Tom Gerhardt (2.7. – 13.7.)
Joke Hannah Kabbert (9.8. – 26.9.)
Alexander Tyssen (27.8. – 5.10.)

2018 gingen die beiden letzten Mitarbeiter in den Ruhestand, die bereits bei unserem Vorgängerinstitut, der 1960 gegründeten »Forschungsstelle für die Geschichte des Nationalsozialismus in Hamburg« und somit vor der Stiftungsgründung der FZH 1997 angestellt waren: Joachim Szodrzynski und Karl-Otto Schütt. Joachim Szodrzynski war seit Mai 1984 zunächst im Archiv tätig und hat ab 2000 dann die von der FZH herausgegebenen Buchreihen lektoriert. Karl-Otto Schütt kam im März 1992 an die Forschungsstelle und leitete seitdem die Bibliothek. Als neue Bibliotheksleiterin wurde im Mai 2018 Christiane Riemer eingestellt.

Dorothee Wierling, bis 2015 stellvertretende Direktorin, arbeitete 2018 als assoziierte Wissenschaftliche Mitarbeiterin an einem Forschungsprojekt für die FZH. Drei Doktoranden, Sebastian Justke, Moritz Liebeknecht und Matthias Röhr, haben ihre von der DFG geförderten Dissertationsprojekte im Jahr 2018 erfolgreich beendet. Jessica Erdelmann begann mit den Vorarbeiten zu einem neuen, ebenfalls von der DFG geförderten, Promotionsprojekt, von Oktober 2018 bis März 2019 als Mitarbeiterin des Fachbereichs Geschichte der Universität Hamburg, ab April 2019 dann als Mitarbeiterin der FZH.

Die Verwaltung wurde auch in diesem Jahr von Anja Ahlers als externer Personalsachbereiterin unterstützt. Maria Akingunsade transkribierte für die Werkstatt der Erinnerung Interviews auf Honorarbasis.

KURATORIUM

Dr. Eva Gümbel

*Staatsrätin der Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung,
Vorsitz*

Katja Karger

Deutscher Gewerkschaftsbund Hamburg, stellvertretender Vorsitz

Dr. Sabine Bamberger-Stemmann

Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg

Dr. Rita Bake

*Vorschlag der Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung
(seit 1.9.)*

Prof. Dr. Christoph Cornelißen

*Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main,
Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der FZH*

Ina Dinslage

Vorschlag der Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Dr. Manfred Jäger

Vorschlag der Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

Peter Jaffé

Jüdische Gemeinde Hamburg

Dr. Willfried Maier

*Vorschlag der Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung
(bis 15.8.)*

Prof. Dr. Jetta Frost

Vizepräsidentin der Universität Hamburg

PD Dr. Sven Tode

Vorschlag der Deputation der Behörde für Wissenschaft und Forschung

WISSENSCHAFTLICHER BEIRAT

Prof. Dr. Christoph Cornelißen

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, Vorsitzender

Prof. Dr. Angelika Schaser

Universität Hamburg, stellvertretende Vorsitzende

- Geringfügig beschäftigte Mitarbeiter
- Praktikantinnen und Praktikanten
- Kuratorium
- Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Andreas Gestrich

German Historical Institute London

Prof. Dr. Birthe Kundrus

Universität Hamburg

Prof. Dr. Simone Lässig

German Historical Institute Washington

Prof. Dr. Cornelia Rauh

Leibniz Universität Hannover

Prof. Dr. Dieter Schott

Technische Universität Darmstadt

Prof. Dr. Detlef Siegfried

Universität Kopenhagen

Prof. Dr. Margit Szöllösi-Janze

Ludwig-Maximilians-Universität München

2. FORSCHUNG

Die Forschungsprojekte der FZH gliedern sich weiterhin in drei inhaltliche Schwerpunkte: Den ersten bilden die Geschichte des Nationalsozialismus sowie dessen »zweite Geschichte«, d.h. die politischen und gesellschaftlichen Folgen der NS-Diktatur sowie die komplexe Geschichte persönlicher Erinnerungen, gesellschaftlicher Verarbeitungen und öffentlichen Gedenkens.

Der zweite Arbeitsschwerpunkt bezieht aktuelle Ansätze der Zeitgeschichtsforschung auf die Geschichte Hamburgs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Dazu zählen u. a. der Wandel politischer Partizipation, Veränderungen wirtschaftlicher Strukturen, außenpolitischer Beziehungen und der Arbeitswelt sowie neue Formen individueller Lebensgestaltung.

Die Forschungsprojekte des dritten Schwerpunkts – jüngere und jüngste Zeitgeschichte – beschäftigen sich mit Phänomenen der politischen Kulturgeschichte von den späten 1960er Jahren bis in die 1980er Jahre.

Die konzeptionellen Grundlagen der Forschung werden mit dem Wissenschaftlichen Beirat erörtert und im Kuratorium der FZH vorgestellt. In internen Forschungskolloquien wird regelmäßig über den Fortgang der einzelnen Projekte diskutiert. Mehrere Forschungsprojekte lassen sich verschiedenen Schwerpunkten der FZH zuordnen, sie werden in der folgenden Kurzdarstellung aber nur in einem Themenbereich genannt.

a) DER NATIONALSOZIALISMUS UND SEINE »ZWEITE GESCHICHTE«

- Erfahrungsgeschichte(n) – Die Entstehung und Entwicklung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme
(Dr. Linde Apel)

In Kooperation mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme werden Interviews mit 17 Personen durchgeführt, die über ihr Engagement bei der Entstehung und Entwicklung dieser KZ-Gedenkstätte Auskunft geben können. Das KZ Neuengamme war deshalb lange Zeit im allgemeinen Bewusstsein nicht als Verbrechensort verankert, weil es vollständig geräumt war, als die britische Armee es betrat. Es gibt daher keine Bilder von den Verbrechen, die man mit einem KZ verbindet. Nach Kriegsende wurden auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme zunächst verschiedene Lager eingerichtet. 1948 ging das Gelände in den Besitz der Stadt zurück, die dort eine Reihe von Justizvollzugsanstalten einrichtete und einige Gebäude abriß. In den 1980er Jahren konkretisierten sich die Bestrebungen, auf dem Gelände eine Gedenkstätte einzurichten. Ehemalige und gegenwärtige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätte, ehemals oder aktiv ehrenamtlich tätige Personen, Politikerinnen und Politiker sowie Akteure aus der Zivilgesellschaft im Hamburger Raum werden nach diesem konfliktreichen Prozess, ihren Aktivitäten und Einschätzungen befragt. Die narrativen Interviews sind biografisch angelegt und werden auf Video aufgezeichnet. Die Quellenerhebung sowie die

a) Der Nationalsozialismus und seine »zweite Geschichte«

- Erfahrungsgeschichte(n) – Die Entstehung und Entwicklung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

inhaltliche und archivalische Erschließung der Interviews werden bis Ende 2019 abgeschlossen. In einem Folgeprojekt sollen sie unter erfahrungs- und erinnerungsgeschichtlichen Fragestellungen ausgewertet werden und als Grundlage für eine Ausstellung über die Geschichte der KZ-Gedenkstätte dienen.

- Der Unternehmer Albert Schäfer in der Zeit des Nationalsozialismus und der jungen Bundesrepublik (1933–1956)
(Sebastian Justke, M. A.)

Das zeitlich befristete Projekt fokussiert auf den Unternehmer Albert Schäfer, der 1933 zum Generaldirektor der Phoenix Gummiwerke AG berufen wurde, seit 1937 Plenumsmitglied der Handelskammer war und ein Jahr nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu dessen Präses berufen wurde. Zwei Fragenkomplexe stehen dabei im Vordergrund. Erstens: Welche Rolle spielten Schäfer und die Phoenix Gummiwerke in der Rüstungsindustrie des Nationalsozialismus? Wie ging der Unternehmer mit den Zwangsarbeitern in seiner Fabrik um? An welchen politischen und wirtschaftlichen Netzwerken, die über den lokalen Raum Hamburgs hinausreichten, partizipierte Schäfer? Zweitens: Wie gestaltete sich das Kriegsende und die Zeit des Wiederaufbaus für Schäfer und seine Netzwerke? Wie ging er als langjähriger Präses der Hamburger Handelskammer mit der NS-Zeit um? Was etwa tat er für die ehemaligen jüdischen Geschäftsleute, die im Zuge der »Arisierung« und mit Unterstützung der Handelskammer aus der Hamburger Wirtschaft ausgestoßen worden waren? Das zeitliche Ende der Studie wird durch das Ausscheiden Schäfers aus dem Amt des Präses 1956 markiert, gleichwohl er noch bis in die frühen 1960er Jahre als Aufsichtsratsmitglied der Phoenix Gummiwerke den Wirtschaftsaufstieg der Bundesrepublik aktiv mitgestaltete. Das Projekt soll 2019 mit einem Manuskript abgeschlossen werden.

- Berichte US-amerikanischer Diplomaten in Mittel- und Osteuropa über Judenverfolgung und Holocaust 1939–1945 (Dr. Christoph Strupp)

Die Auswahl und Kommentierung von US-amerikanischen Botschafts- und Konsulatsberichten aus mittel- und osteuropäischen Staaten ist abgeschlossen. Damit beteiligt sich der Bearbeiter an einem komparativen Projekt des Zentrums für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte in München über Judenverfolgung und Holocaust in Mittel- und Osteuropa in der Zeit des Zweiten Weltkriegs. Die Ergebnisse werden in Kürze als Online-Edition veröffentlicht.

b) HAMBURG SEIT DEN 1950ER JAHREN

- Linke und rechte Politisierung. Die Hamburger Schülerbewegung der 1960er und 1970er Jahre (Dr. Linde Apel)

Im Zentrum des Forschungsprojekts stehen Interviews mit um 1950 geborenen ehemaligen Gymnasialschülerinnen und -schülern, die über ihr politisches Engagement an den Schulen in den 1960er und 1970er Jahren sprechen. Ihre politische Mobilisierung fand im Schatten der außerparlamentarischen Opposition statt und war stark von den Aktivitäten der Studentenbewegung geprägt. Das Projekt befindet sich in der Phase der Niederschrift. Teilergebnisse des Projekts wurden auf der Tagung »1968 – Gesellschaftliche Nachwirkungen auf dem Lande« in Stadthagen, im Rahmen der FZH-Vortragsreihe »1968 – to be continued ...« und auf dem Masterkurs Zeitgeschichte in der Psychotherapie in Hamburg vorgestellt.

a) Der Nationalsozialismus und seine »zweite Geschichte«

- Der Unternehmer Albert Schäfer in der Zeit des Nationalsozialismus und der jungen Bundesrepublik (1933–1956)

- Berichte US-amerikanischer Diplomaten in Mittel- und Osteuropa über Judenverfolgung und Holocaust 1939–1945

b) Hamburg seit den 1950er Jahren

- Linke und rechte Politisierung. Die Hamburger Schülerbewegung der 1960er und 1970er Jahre

- Friede mit Israel – Handel mit arabischen Regionen.
Hamburger Außenpolitik
(PD Dr. Kirsten Heinsohn)

2018 wurden lediglich kleinere Literaturrecherchen durchgeführt. Ansonsten ruht die Arbeit an dem Projekt, bis der Vorstand der FZH wieder vollständig besetzt ist.

- Die Hamburger Geschichtswerkstätten-Bewegung in den 1980er und 1990er Jahren
(Lena Langensiepen, M.A.)

Unter der Losung »Grabe, wo du stehst« begannen geschichtsinteressierte Bürgerinnen und Bürger in den 1980er Jahren in zahlreichen Orten der Bundesrepublik die Geschichte ihrer Städte und ihrer Bewohner zu erforschen. Sie fragten nach den lokalen Dimensionen des Nationalsozialismus und interessierten sich für bislang vernachlässigte Akteurinnen und Akteure in der Geschichte. In Hamburg entstanden bis 1990 über zehn Geschichtswerkstätten und alternative Archive in zahlreichen Stadtteilen.

In dem Dissertationsprojekt von Lena Langensiepen sollen diese Initiativen im Zeitraum von 1980 bis zum Beginn der 2000er Jahre erstmalig systematisch betrachtet werden. Ziel ist es, zu verstehen, weshalb sich ein gesteigertes Interesse an Lokal- und Alltagsgeschichte entwickelte. Mithilfe biografisch-narrativer Interviews werden die individuellen Beweggründe und Erfahrungen der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure untersucht: Wer waren die Gründerinnen und Gründer der Geschichtswerkstätten und was motivierte sie, sich mit der Geschichte ihres Stadtteils auseinanderzusetzen? Worin unterschieden sich die einzelnen Stadtteilinitiativen, gab es gemeinsame Forderungen und Aktivitäten? Wie erinnern und bewerten die Akteurinnen und Akteure rückblickend ihre Erfahrungen?

Im vergangenen Jahr sichtete die Bearbeiterin schriftliche Quellen im Staatsarchiv, in der Kulturbehörde und bei den Ge-

schichtswerkstätten und begann mit deren Auswertung. Mit einzelnen Akteurinnen und Akteuren der Geschichtswerkstätten wurden lebensgeschichtliche Interviews geführt. Erste Ergebnisse des Projektes wurden bei einer Tagung der »Nordlichter« an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel sowie im Rahmen einer Jubiläumsveranstaltung der Galerie Morgenland/Geschichtswerkstatt Eimsbüttel präsentiert.

- Struktur- und Funktionswandel des Hamburger Hafens 1945–2005 (Dr. Christoph Strupp)

Im Spannungsfeld von Tradition und Wandel untersucht das Projekt lokale, regionale und globale Entwicklungen im Hamburger Hafen in räumlicher Perspektive – von der Struktur und der Nutzung des Hafengebietes und seiner Erweiterungsflächen selbst über die Hinterlandanbindungen bis hin zur Einbindung in weltweite Verkehrsbeziehungen – und nimmt dabei wirtschaftliche und politische Vernetzungen im Hafen selbst, zwischen Hafen und Stadt sowie in europäischer und globaler Perspektive in den Blick. Im Jahr 2018 standen der Hafen als Industrie- und Ölhafen sowie seine Funktionen bzw. Instrumentalisierungen für die Identität der Stadt im Mittelpunkt der Forschungen. Teilergebnisse des Projekts wurden auf Kongressen bzw. Tagungen in Dünkirchen, Rom, Hamburg und Essen vorgestellt und diskutiert.

c) JÜNGERE UND JÜNGSTE ZEITGESCHICHTE

- Apartheid im »Strukturbruch«. Wahrnehmungen und Praktiken schwedischer und bundesdeutscher Manager im Südafrika der 1970er und 1980er Jahre (PD Dr. Knud Andresen)

Das Projekt gehört zu einem Verbund von bundesdeutschen und dänischen Untersuchungen, die aus unterschiedlichen Perspek-

b) Hamburg seit den 1950er Jahren

- Friede mit Israel – Handel mit arabischen Regionen. Hamburger Außenpolitik
- Die Hamburger Geschichtswerkstätten-Bewegung in den 1980er und 1990er Jahren
- Struktur- und Funktionswandel des Hamburger Hafens 1945–2005

c) Jüngere und jüngste Zeitgeschichte

- Apartheid im »Strukturbruch«. Wahrnehmungen und Praktiken schwedischer und bundesdeutscher Manager im Südafrika der 1970er und 1980er Jahre

tiven nach europäischen Wahrnehmungen der Apartheid fragen (siehe auch das FZH-Projekt »Westdeutsche Pfarrer im Land der Apartheid«, Bearbeiter Sebastian Justke). Im September 2018 wurden die Ergebnisse der Projekte auf einer internationalen Konferenz diskutiert. Die Ergebnisse der Konferenz werden in einer englischsprachigen Publikation zusammengefasst.

In dem Projekt werden Wahrnehmungen und Praktiken westdeutscher und schwedischer Manager multinationaler Konzerne der Metall- und Automobilindustrie im Südafrika der 1970er und 1980er Jahre vergleichend untersucht. Die Ergebnisse werden einen Beitrag zur Debatte um moralische und ethische Aushandlungsprozesse im ökonomischen Feld leisten. Das Projekt befindet sich in der Phase der Verschriftlichung.

- Small versus Big? Danish-German Reciprocal Perceptions since 1945 (PD Dr. Kirsten Heinsohn)

Dieses Projekt möchte die gegenseitigen Perzeptionen der deutschen und der dänischen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg historisch untersuchen. Der Verbund basiert auf einer internationalen Kooperation zwischen der Universität Kopenhagen (Detlef Siegfried), der Süddänischen Universität in Odense (Steen Bo Frandsen) und der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (Kirsten Heinsohn). Im Herbst 2018 hat ein gemeinsamer Workshop an der Universität Kopenhagen stattgefunden. Geplant ist, im nächsten Jahr Anträge zur Finanzierung von Forschungsprojekten sowie von Kooperationsveranstaltungen bei deutschen und dänischen Förderinstitutionen einzureichen.

- Westdeutsche Pfarrerinnen und Pfarrer im Land der Apartheid. Wahrnehmungen, Erfahrungen und Reaktionen im südlichen Afrika von den 1970er bis zu den 1990er Jahren (Sebastian Justke, M. A.)

Die Dissertation wurde am 31. August 2018 eingereicht und im Frühjahr 2019 verteidigt.

Die Arbeit untersuchte die unerforschte Geschichte westdeutscher evangelischer Pfarrer, die während der Apartheidära über das Kirchliche Außenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in die deutschsprachigen evangelisch-lutherischen Kirchen in Südafrika und Namibia als »Auslandspfarrer« entsandt wurden. Zeitlich konzentrierte sich die Studie auf die 1970er und 1980er Jahre. Es wurde herausgearbeitet, dass der Umgang mit der Apartheid einen Grundkonflikt des Auslandsdienstes westdeutscher evangelischer Pfarrer im südlichen Afrika darstellte. Der Konflikt berührte dabei nicht allein politische Fragestellungen, sondern vor allem Fragen nach der Lebensführung sowohl der Pfarrer als auch der Mitglieder der Auslandsgemeinden, in denen die Pfarrer arbeiteten. Die Auseinandersetzungen um die Apartheid fanden vor dem Hintergrund verschiedener Transformationsprozesse statt, welche die beteiligten Kirchen und ihre Mitglieder in unterschiedlicher Weise betrafen. Neben Politisierungsprozessen ließen sich hierbei Prozesse der Pluralisierung, der Internationalisierung und der Modernisierung feststellen. Im Sinne einer transnationalen Erweiterung westdeutscher Zeitgeschichtsschreibung konnte beleuchtet werden, wie die Auslandspfarrer in ein grenzüberschreitendes Beziehungsgeflecht eingebunden waren, das unterschiedliche Akteure in der Bundesrepublik, in Südafrika und in Namibia während der Apartheidära miteinander verband und welches die Wahrnehmungen, Erfahrungen und Reaktionen der westdeutschen Pfarrer beeinflusste.

c) Jüngere und jüngste Zeitgeschichte

- Small versus Big? Danish-German Reciprocal Perceptions since 1945
- Westdeutsche Pfarrerinnen und Pfarrer im Land der Apartheid. Wahrnehmungen, Erfahrungen und Reaktionen im südlichen Afrika von den 1970er bis zu den 1990er Jahren

- Die Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung (DGfS) von 1950 bis in die 1970er Jahre. Zum Verhältnis von Sexualwissenschaft und öffentlichem Sexualitätsdiskurs (Moritz Liebeknecht, M.A.)

Das Dissertationsprojekt wurde von Juni 2015 bis November 2018 von der DFG gefördert und untersucht die Geschichte der Deutschen Gesellschaft für Sexualforschung (DGfS) von ihrer Gründung 1950 bis in die 1970er Jahre. Dabei steht einerseits die Institutionalisierung der Sexualwissenschaft in der frühen Bundesrepublik im Fokus des Projekts sowie andererseits die Rolle der interdisziplinären Fachgesellschaft DGfS innerhalb des gesellschaftlich-politischen Sexualitätsdiskurses der 1950er bis 1970er Jahre.

Im Zuge der weitreichenden Liberalisierungstendenzen der »langen 1960er Jahre« haben sich gesellschaftliche Auffassungen von sexueller »Normalität« und »Perversion« ebenso verschoben und gewandelt wie der staatlich-juristische Umgang mit Sexualität. Die zunehmende Popularisierung des Themas Sexualität während dieses Zeitraumes blieb auch für die Akteure der DGfS nicht ohne Folgen. Für die Sexualforscher änderten und erweiterten sich die Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume ihres wissenschaftlichen Wirkens.

Im Rahmen des Projekts werden die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen der Sexualwissenschaft auf der einen und dem Sexualitätsdiskurs auf der anderen Seite untersucht und die Verwobenheit der Sexualwissenschaft mit gesellschafts- und politik-historischen Zusammenhängen genauer beleuchtet.

Im Juni wurden im Rahmen des wissenschaftlichen Kolloquiums der DGfS (Berlin) Teilergebnisse des Projektes vorgestellt. Das Projekt befand sich seit Anfang 2017 in der Phase der Niederschrift und wird im Dezember 2018 abgeschlossen.

- Pioniere des Digitalen. Die Hacker- und Mailboxszene der 1980er Jahre
(Matthias Röhr, M.A.)

Das seit Juni 2015 von der DFG geförderte Promotionsprojekt befindet sich derzeit in der Abschlussphase. Aus der Perspektive der bundesdeutschen »Hacker- und Mailboxszene« erforscht es die »Computerisierung« der Bundesrepublik in den 1970er und 1980er Jahren.

Mit dem Aufkommen der Mikroelektronik und neuer Übertragungstechnologien begannen in den 1960er Jahren die Grenzen zwischen Datenverarbeitung und Telekommunikation zu verschwimmen. In den USA führte diese Entwicklung zu einem kontinuierlichen Rückgang der vormals starken Telekommunikationsmonopole. In der Folge davon gerieten in den 1970er Jahren Fernmeldemonopole weltweit in die Defensive, bis in den 1980er Jahren ein umfassender Liberalisierungsprozess einsetzte.

Die neuen Möglichkeiten und Freiheiten der Telekommunikation führten, gemeinsam mit der Verbreitung von preisgünstiger Elektronik, dazu, dass Bastler den vernetzten Computer zu einem neuartigen Medium weiterentwickelten. In der Bundesrepublik wurden solche Praktiken des »alternativen Computergebrauchs« von einer durch das linksalternative Milieu geprägten Hacker- und Mailboxszene übernommen. Die Szene bewegte sich damit in einer wechselhaften gesellschaftlich-politischen Dynamik, die von einer rasanten technischen Entwicklung, staatlichen Monopolen, ökonomischer Liberalisierung und subkulturellen Medienpraktiken geprägt war.

Vorläufige Ergebnisse des Projektes wurden 2018 als Aufsatz veröffentlicht. Die Arbeiten an dem Manuskript der Dissertation sind derzeit weit fortgeschritten und werden in der ersten Jahreshälfte 2019 abgeschlossen.

- c) Jüngere und jüngste Zeitgeschichte
- Die Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung (DGfS) von 1950 bis in die 1970er Jahre. Zum Verhältnis von Sexualwissenschaft und öffentlichem Sexualitätsdiskurs
- Pioniere des Digitalen. Die Hacker- und Mailboxszene der 1980er Jahre

- Hamburg im Visier der DDR
(Prof. Dr. Dorothee Wierling)

Das von der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur bis zum 31. Februar 2019 geförderte Projekt ist die erste Studie, in deren Mittelpunkt die DDR-Westpolitik in Bezug auf eine bundesrepublikanische Stadt exemplarisch untersucht wird. Im Untersuchungszeitraum – vom Jahr des Mauerbaus bis zum Jahr des Mauerfalls – werden die Aktivitäten von SED, Blockparteien, Massenorganisationen und Staatssicherheit der DDR im Hinblick auf hamburgische Politik, Kultur und Wirtschaft erforscht. Die Archivstudien im Staatsarchiv Hamburg, in der Handelskammer Hamburg, im Bundesarchiv Berlin und im Archiv der Bundesbehörde für die Unterlagen der Staatssicherheit (BstU) ergaben eine Fülle von Material. Thematisch umfasst das die Beobachtung und Beeinflussung politischer Akteure, die Ausweitung der Beobachtung im Rahmen der Entspannungspolitik, besondere Ziele wie Personen und Organisationen, die (vermeintlich) in der Fluchthilfe engagiert waren, Probleme der Elbverschmutzung und die Auslagerung von Giftabfällen in die Deponie Schönberg sowie die Städtepartnerschaft Hamburg-Dresden. Den größten Teil des Aktenmaterials (ca. 80 Prozent) machen die Bestände der BstU aus, insbesondere die Unterlagen zu den zahlreichen wirtschaftlichen Kontakten zwischen Hamburg und der DDR. Im Februar 2018 konnten die Archivrecherchen beendet werden. Allerdings verzögert sich die Niederschrift wegen der aufwendigen Schwärzung (Schutz persönlicher Daten) der ca. 8000 Kopien aus der BstU, die noch nicht abgeschlossen ist.

Neben diesen oben aufgeführten Projekten zu den drei Forschungsschwerpunkten gibt es an der FZH auch Arbeitsvorhaben, welche die Grenzen gängiger historischer Periodisierungen bewusst überschreiten. Diese Untersuchungen konzentrieren sich auf längerfristige Entwicklungen und Veränderungen im 20. Jahrhundert. Eine solche »Jahrhundertperspektive« erlaubt es, vermeintliche Epochengrenzen

zu problematisieren und auf unerwartete Kontinuitäten oder scheinbare Brüche genauso hinzuweisen wie auf tatsächliche Zäsuren und Veränderungen im Laufe des »langen 20. Jahrhunderts«.

- Zeiterfahrung – Zeitdeutung – Zeitgeschichte:
Eva Gabriele Reichmann
(PD Dr. Kirsten Heinsohn)

2018 wurde ein Vortrag zum Projekt im Rahmen einer Tagung zur Geschichte des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens gehalten. Das Projekt befindet sich weiterhin in der Phase der Niederschrift.

- Nichtstun. Zur Konstruktion gesellschaftlicher Ordnung im 20. Jahrhundert
(Dr. Yvonne Robel)

Das Projekt fragt nach der wechselvollen Aufmerksamkeit für Phänomene des Nichtstuns im 20. Jahrhundert. Diese lässt sich als eine Geschichte zwischen Idealisierung, Normalisierung und Disziplinierung begreifen, in der ganz unterschiedliche Akteure eine Rolle spielten. Begriffe wie Nichtstun, Müßiggang oder Faulheit, aber auch Arbeitsscheue und Gammler changierten dabei beständig und waren Teil eines übergreifenden Wissenskomplexes. Ziel des Projektes ist es, Kontinuitäten und Brüche im gesellschaftlichen Umgang mit Phänomenen des Nichtstuns zu diskutieren. Hierfür werden Zeitschriften, Filme, Radio- und Fernsehbeiträge und Ratgeberliteratur sowie (populär-)wissenschaftliche Abhandlungen hinzugezogen. Dabei rückt das Kategorisieren, aber auch Beziffern des Nichtstuns ebenso in den Blick wie die Erziehung zum Tun, die Beratung zum richtigen Nichtstun oder die Stilisierung des Nichtstuns als Lebensstil. Der Wandel dieser Themenfelder wird von Diskursen um Arbeitsbelastung und Freizeit, Zeit und Geschwindigkeit, Gesundheit sowie Strafen, Erziehen und

c) Jüngere und jüngste Zeitgeschichte

- Hamburg im Visier der DDR
- Zeiterfahrung – Zeitdeutung – Zeitgeschichte: Eva Gabriele Reichmann
- Nichtstun. Zur Konstruktion gesellschaftlicher Ordnung

Heilen gerahmt. Im Jahr 2018 wurden Recherchen in Rundfunkarchiven und in Archiven der sozialen Bewegungen (Hamburg, Freiburg, Berlin) durchgeführt. Einzelne Thesen wurden in Vorträgen zur Diskussion gestellt und in Aufsätzen (teils noch im Druck) vertieft.

DRITTMITTEL

(Birgit Steude, M.A. / Susanne Linnig)

Für die laufenden Forschungsprojekte an der FZH wurden 2018 insgesamt 130 940,55 Euro an Drittmitteln zur Verfügung gestellt, davon allein seitens der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) 115 544,40 Euro.

Mit diesen Geldern ermöglicht die Deutsche Forschungsgemeinschaft die Durchführung der Projekte »Die Hacker- und Mailboxszene der 1980er Jahre« und »Die Deutsche Gesellschaft für Sexualwissenschaft und öffentlichen Sexualitätsdiskurs«. Beide Projekte sind zum 30. November 2018 ausgelaufen. Die Veröffentlichungen werden folgen.

Die Bundesstiftung Aufarbeitung bewilligte die Förderung des Projektes »Hamburg im Visier der DDR«, das von Dorothee Wierling bearbeitet wird.

Die Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur förderte die Aufarbeitung des Archivbestandes »Archivalien der Gruppe Arbeiterpolitik«.

Wir danken allen Förderern für ihre Unterstützung.

3. KOOPERATIONSBEZIEHUNGEN

Mit der Universität Hamburg ist die FZH satzungsgemäß verbunden:

Der Direktor / die Direktorin der FZH ist zugleich Professor / Professorin für Neuere Geschichte am Fachbereich Geschichte der Universität Hamburg. Die stellvertretende Direktorin sowie ein Wissenschaftlicher Mitarbeiter sind Privatdozenten für Neuere Geschichte am Fachbereich Geschichte der Universität Hamburg. Die Wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter lehren ebenfalls an der Universität Hamburg.

Die Universität ist durch zwei Mitglieder im Wissenschaftlichen Beirat der FZH repräsentiert, ein Vertreter der Universität ist Mitglied im Kuratorium.

SONSTIGE INSTITUTIONELLE KOOPERATIONS- BEZIEHUNGEN

a) MITGLIEDSCHAFT IN VEREINIGUNGEN VON HISTORIKERINNEN UND HISTORIKERN

Arbeitskreis für Historische Frauen- und Geschlechter-
forschung e.V., Vorstandsmitglied: Kirsten Heinsohn
German Labour History Association, Vorstandsmitglied:
Knud Andresen

Verein für Hamburgische Geschichte, Vorstandsmitglied:
Linde Apel

b) MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN ZEITHISTORISCHER INSTITUTE UND ANDERER EINRICHTUNGEN

Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regional-
geschichte, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats:
Kirsten Heinsohn

Drittmittel

Sonstige institutionelle
Kooperations-
beziehungen

a) Mitgliedschaft in
Vereinigungen von
Historikerinnen und
Historikern

b) Mitgliedschaft in
Gremien zeithistorischer
Institute und anderer
Einrichtungen

- c) MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN ÖFFENTLICHER
EINRICHTUNGEN
Stiftung Hanseatisches Wirtschaftsarchiv, Beiratsmitglied:
Christoph Strupp
Ehemaliger Hannoverscher Bahnhof, Mitglied der Experten-
runde: Linde Apel
Kulturbehörde, Gedenkort Stadthaus, Beiratsmitglied:
Kirsten Heinsohn
KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Mitglied der Fachkommis-
sion: Kirsten Heinsohn
- d) MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN PRIVATER STIFTUNGEN
Hans-Böckler-Stiftung, Vertrauensdozent:
Knud Andresen
Promotionsprogramm »Erforschung der sozialen
Demokratie(n) und ihrer Bewegungen. Historischer
Wandel, gegenwärtige Effekte und Perspektiven für die
Zukunft« der Friedrich-Ebert-Stiftung, Beiratsmitglied:
Knud Andresen
Stiftungsfond Hamburger Geschichtswerkstätten, Mitglied des
Wissenschaftlichen Beirats: Linde Apel
Max-Brauer-Preis der Alfred Toepfer-Stiftung F.V.S, Kurato-
riumsmittglied: Linde Apel
Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung, stellvertreten-
de Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats: Kirsten
Heinsohn
- e) MITGLIEDSCHAFT IN GREMIEN HISTORISCHER BZW. ZEIT-
GESCHICHTLICHER ZEITSCHRIFTEN UND BUCHREIHEN
Archiv für Sozialgeschichte, Redaktionsmitglied: Kirsten
Heinsohn
»feministische studien. Zeitschrift für interdisziplinäre
Frauen- und Geschlechterforschung«, Mitglied Wissen-
schaftlicher Beirat: Kirsten Heinsohn

- Online-Quellenedition »Hamburger Schlüsseldokumente zur deutsch-jüdischen Geschichte« <http://juedische-geschichte-online.net/>, Mitherausgeberin: Kirsten Heinsohn
- »Hamburger Selbstzeugnisse«, Reihe des Vereins für Hamburgische Geschichte, Herausgeberin: Linde Apel
- »WerkstattGeschichte«, Mitglied der Redaktion und des Herausgeberkreises der Zeitschrift: Yvonne Robel

4. BIBLIOTHEK

(Christiane Riemer, Dipl. Bibl. / Dorothee Mateika, Dipl. Dok.)

2018 ging die Ära Karl-Otto Schütt nach 26 Jahren als Leiter der FZH-Bibliothek zu Ende. Zum Glück für die FZH nicht wirklich, denn der Diplom-Bibliothekar und Historiker Karl-Otto Schütt bleibt als »Mini-Jobber« der FZH noch erhalten. Die Diplom-Bibliothekarin Christiane Riemer übernahm im Mai die Leitung der FZH-Bibliothek; die zweite Hälfte des Jahres war daher von ihrer Einarbeitung geprägt, worin sie von Dorothee Mateika und Karl-Otto Schütt unterstützt wurde.

Bis April 2018 erreichten die Bibliothek einige interessante und ungewöhnliche Anfragen. Ein Mitarbeiter der Deutschen Botschaft Paris recherchierte im Zusammenhang mit der Ermordung von Rosa Luxemburg zu Wilhelm Anton Souchon (1864–1946) und Hermann Wilhelm Souchon (1895–1982) und wurde von Karl-Otto Schütt mit biografischen Daten versorgt. Für einen Vortrag von Axel Schildt über den Hamburger Nationalclub beschaffte die Bibliothek Fotos zu den Mitgliedern dieses konservativen Herrenclubs. Außerdem widmete sich Karl-Otto Schütt den Bücher-Dubletten der Roten Flora.

Seit dem 25. Mai 2018 gilt die EU-Datenschutzgrundverordnung. In der Bibliothek wurde darauf reagiert, indem die Ausleihscheine in Teilen neu konzipiert wurden. Verfahrensbeschreibungen gem. § 8 des NDS. Datenschutzgesetzes (NDSG) wurden für

Sonstige institutionelle Kooperationsbeziehungen

- c) Mitgliedschaft in Gremien öffentlicher Einrichtungen
- d) Mitgliedschaft in Gremien privater Stiftungen
- e) Mitgliedschaft in Gremien historischer bzw. zeitgeschichtlicher Zeitschriften und Buchreihen

die Ausleihvorgänge verfasst. Außerdem wurde eine Erneuerung der sogenannten »Benutzerhinweise« notwendig.

Die Bibliothek verzeichnete 2018 insgesamt 1565 Neuzugänge (2017: 1652). Im Lesesaal richtete Christiane Riemer in diesem Zusammenhang ein Regal mit den Neuerwerbungen der FZH ein. Außerdem wurden 3234 Titel (2017: 6072) an Nutzerinnen und Nutzer ausgeliehen. Hamburger Medienhäuser, aber auch der Fachbereich der Geschichte der Universität Hamburg richteten 117 Anfragewünsche an die Bibliothek. 4659 Titel (2017: 8521) wurden aufgerufen und zu Rechercheauskünften und -informationen verwendet.

Die SUB Hamburg setzt im Jahr 2019 ihre Digitalisierungsaktivitäten für die Hochschulen und wissenschaftlichen Bibliotheken Hamburgs in öffentlicher Hand fort. Der bereits 2016 geschätzte Digitalisierungsbedarf von 2000 Titeln an Monografien aus den Bereichen frühe Schriften der beginnenden Arbeiterbewegung, Nationalsozialismus und frühe Erinnerungsliteratur aus ehemaligen Konzentrationslagern wurde in 2018 erneut thematisiert.

Außerdem lieferte die Bibliothek in 2018 für das DFG-Projekt »Digitalisierung historischer Zeitungen des deutschen Sprachgebiets« Zeitungen der Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky zu, z. B. die »Hamburger Volkszeitung«. Es wird davon ausgegangen, dass weitere Zeitungen folgen werden.

Ein anderes Thema aus den Vorjahren beschäftigte die Bibliothek weiterhin: Der Platzmangel ist inzwischen so drängend, dass die Übernahme von Geschenken sowie von Vor- und Nachlässen reduziert werden muss. Für dieses Problem, möglicherweise auch für die zunehmende Feuchtigkeit in den Kellerräumen, muss im nächsten Jahr eine Lösung gefunden werden.

Vom 16. August 2017 bis zum 13. Juni 2018 hatte das Museum der Arbeit für die Ausstellung »Das Kapital« zwei Objekte entliehen. Auch der Ausstellung »Ein Leben für Recht und Republik: Ludwig Marum 1882–1934« der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, des Landesarchivs Baden-Württemberg und des Forums Ludwig Marum e.V. – 5. November 2018 bis 10. Januar 2019 – lieferte die Bibliothek zu.

Am 30. November 2018 erhielt die »Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken (AGGB)« den Max-Herrmann-Preis. Dieser Preis ist die wichtigste Auszeichnung, die in Deutschland für Verdienste um das Bibliothekswesen vergeben wird. Die Bibliotheken der FZH und des IGdJ sind Mitglieder dieser AGGB.

Ein Aufgabengebiet von Dorothee Mateika war die Einarbeitung von Zeitungen und Zeitschriften aus dem FZH-Archiv in den Bibliotheksbestand. Bei diesen handelt es sich vorwiegend um einzelne Ausgaben von Zeitungen oder Zeitschriften aus den Bereichen Arbeiterbewegung sowie völkische Bewegung. Überdies wurden Tageszeitungen oder Parteiorgane aus der Zeit der Weimarer Republik bis in die frühe Nachkriegszeit katalogisiert. Dabei kamen einige Kuriositäten zum Vorschein, z. B. das »Extrablatt für den trizonesischen Steuerzahler«, 1949 von der KPD herausgegeben. Manche dieser Zeitungen wurden somit erstmalig in Bibliothekskatalogen nachgewiesen, beispielsweise das Kampfblatt der Deutschen Staatspartei aus den frühen 1930er Jahren »Recht und Freiheit«. Nach der Fertigstellung des Projekts im kommenden Jahr werden diese Publikationen in Bibliothekskatalogen recherchierbar sein. Dorothee Mateika sichtet, prüft, katalogisiert und systematisiert außerdem Schenkungen, Nachlässe sowie Übernahmen aus anderen Bibliotheken und vertritt die Bibliotheksleitung.

Hartmut Finkeldey unterstützte in den Bereichen Bestandspflege und mechanische Buchbearbeitung auch in diesem Jahr die FZH-Bibliothek. Sebastian Balling organisierte erneut auswärtige Literatur für wissenschaftliche Projekte der FZH.

Daniel Haberlath absolvierte im März ein zweiwöchiges Bibliothekspraktikum. Auch 2018 wurden Studierende am Fachbereich Geschichte an der Universität Hamburg in die FZH-Bibliothek eingeführt. Eine Schülerin verbrachte im April den sogenannten »Girl's Day« oder Zukunftstag in der Bibliothek.

5. ARCHIV

(Kirsten Schaper, M.A.)

Im Jahr 2018 wandten sich insgesamt 168 Personen an das Archiv (2017: 107). In der Mehrzahl handelte es sich um Recherche- und Nutzungsanliegen. Für 46 Personen, die teilweise über längere Zeiträume mit mehreren Beständen arbeiteten, wurden Archivmaterialien im Lesesaal bereitgestellt (2017: 35). Inhaltliche Anfragen von weiteren 70 Personen und Institutionen wurden postalisch oder telefonisch bearbeitet. Hierzu zählen auch die Abwicklung von Leihvorgängen und die Herausgabe von Bildvorlagen für Publikationen.

In der Ausstellung »Revolution! Revolution? Hamburg 1918 – 1919« im Museum für Hamburgische Geschichte war das Tagebuch von Charlotte Lorentzen, das den Alltag und das Kriegsgeschehen während des Ersten Weltkriegs im Stadtteil Eilbek festhält, zu sehen. Das Haus der Geschichte Bonn zeigt vom 9. Oktober 2018 bis 19. Mai 2019 in der Sonderausstellung »Angst. Eine deutsche Gefühlslage?« ein Kleinplakat aus dem Bestand des Hamburger Arbeitsausschusses »Kampf dem Atomtod«. Weiterhin wurde eine Auswahl von Klebmarken des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes (DVSTB) aus dem Nachlass Alfred Roth als Leihgabe und Katalogabbildung mit dem LWL-Landesmuseum Stiftung Kloster Daheim vereinbart, wo im März 2019 die Ausstellung »Verschwörungstheorien früher und heute« eröffnet wird. Die Veröffentlichung von Bildmaterial aus dem Beate-Uhse-Firmenarchiv wurde dem »Spiegel« sowie dem Rowohlt Verlag für Harald Jähners Mentalitätsgeschichte der Nachkriegszeit »Wolfszeit. Deutschland und die Deutschen 1945 – 1955« genehmigt, die im Februar 2019 erscheint; ebenso der Abdruck einer historischen Ansicht des Gewerkschaftshauses aus dem DGB-Bestand für eine Jubiläumsbroschüre zum 100-jährigen Bestehen der Hamburger Volksbühne e.V.

Seit Januar 2018 erreichten uns 35 Angeboten von persönlichen Nachlässen, thematischen Materialsammlungen und institu-

tionellem Schriftgut. Aufgrund des Erschließungsrückstaus sowie des Platzmangels in den Magazinen wurde jedoch im Frühjahr in Absprache mit der Institutsleitung ein vorübergehender Aufnahmestopp vereinbart. Ausnahmen betrafen die bereits früher ausgesprochene Zusage an das Archiv Rote Flora, die Unterlagen des Arbeitskreises Wohnraumversorgung, eines zwischen 1989 und 2000 aktiven Zusammenschlusses von rund 80 Initiativen und Einzelpersonen zur Unterstützung Einkommensschwacher in Wohnungsnot, zu übernehmen, sowie Nachlieferungen des DGB und der Gesellschaft für Christlich Jüdische Zusammenarbeit (GCJZ). Angenommen wurden auch ausgewählte biografische Zeugnisse zum Nationalsozialismus, zur Kriegs- und Nachkriegszeit.

Als positives Beispiel für archivische Kooperation und Überlieferung im Verbund darf die Sicherung der IPPNW-Überlieferung hervorgehoben werden (*International Physicians for the Prevention of Nuclear War*). Über persönliche Kontakte waren im Jahr 2008 Akten der IPPNW-Sektion Deutschland als Depositum an die FZH gekommen. Claudia Kemper nutzte diesen Bestand intensiv für ihre Habilitation »Medizin gegen den Kalten Krieg«. Als sich im Februar dieses Jahres Ulrich Gottstein, Initiator und Gründungsmitglied der deutschen Sektion, an unser Archiv wandte, wurde deutlich, dass die FZH nicht über die notwendigen Ressourcen verfügt, sein umfangreiches Privatarchiv sowie zu erwartende Nachlieferungen aus der Berliner Geschäftsstelle zu sichern. Es sollte aber unbedingt die Zersplitterung der IPPNW-Überlieferung vermieden werden. Dank kollegialer Verhandlungen zwischen drei Archiven und zwei Archivgebern konnte erreicht werden, dass das Bundesarchiv die Archivierung der IPPNW-Sektion Deutschland sowie des Vorlasses von Ulrich Gottstein übernimmt. Der FZH-Bestand wird im Dezember 2018 nach Koblenz übergeben.

Kooperative Projekte wurden auch innerhalb der FZH verwirklicht. So übergab das Archiv sukzessive größere Zeitungs- und Zeitschriftenkonvolute an die Bibliothek, um sie in den OPAC einzupflegen. Teilweise komplettieren sie bereits nachgewiesene, jedoch lückenhaft vorhandene Titel. Indem die Herkunftssignatu-

ren im Bibliothekskatalog vermerkt werden, bleibt der Bezug zu den Archivbeständen erhalten. In Zusammenarbeit mit der Werkstatt der Erinnerung gestaltete das Archiv eine Ausstellungsvitrine im Erdgeschoss unseres Hauses. Die Präsentation von Text- und Bilddokumenten zum Gedenken an den 75. Jahrestag der Bombardierung Hamburgs im Sommer 1943 stieß auf sehr positive Resonanz.

Eine nennenswerte Veränderung betrifft die Internet-Präsenz des Archivs. Seit Mai 2018 ist die Beständeübersicht aus Datenschutzgründen nicht mehr über die Website der FZH zugänglich. In reduzierter Form sind die Erschließungsinformationen jedoch nach wie vor über das Verbundportal der Deutschen Digitalen Bibliothek verfügbar. Wie die Benutzerstatistik zeigt, wirkt sich diese Einschränkung bisher nicht negativ aus. Anfragen können jederzeit an das Archiv gerichtet werden. Inzwischen werden die Datensätze intern überarbeitet, um sie später in ein neues, leistungsstärkeres Verzeichnungs- und Recherchesystem überspielen zu können.

Kirsten Schaper besuchte in diesem Jahr drei Veranstaltungen: die Frühjahrstagung der Fachgruppe 8 im Verband deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. in Düsseldorf (21. bis 23. März), die unter dem Motto »Kulturelle Überlieferung. Revolutione(en) im Archiv« die Revolutionen von 1848, 1918 und die Studentenproteste von 1968 im Bereich der Hochschul- und Wissenschaftsarchive in den Blick nahm; den 88. Deutschen Archivtag in Rostock (25. bis 28. September) zum Thema »Demokratie braucht Archive« sowie das Treffen des Arbeitskreises Hamburger Archive, das diesmal im Medienarchiv des NDR stattfand (15. Oktober). Seit April 2018 unterstützt Svenja Röhling als studentische Mitarbeiterin das Archiv. Lothar Degen führte von Januar bis September im Rahmen einer Förderung durch die Philipp F. Reemtsma-Stiftung intensive Ordnungs- und Verzeichnungsarbeiten am KPD(O)/IVKO-Bestand aus. Alexander Tyssen absolvierte vom 27. August bis 5. Oktober ein Praktikum im Archiv.

6. WERKSTATT DER ERINNERUNG – HAMBURGER LEBENSLÄUFE (WdE)

(Dr. Linde Apel/ Lena Langensiepen, M.A.)

An die Werkstatt der Erinnerung (WdE) wurden 195 Anfragen gerichtet (2017: 243). Um Beratung von Oral-History-Projekten baten 48 Personen, Institutionen oder Initiativen (2017: 55). Einsicht in die Interviews und autobiografischen Dokumente vor Ort nahmen 49 Personen (2017: 38). Insgesamt wurden 674 Interviews eingesehen (2017: 322). Die Mehrheit der Anfragen hatte einen wissenschaftlichen Hintergrund, und die eingesehenen Interviews wurden für Arbeiten im Rahmen des Studiums oder für akademische Abschlussarbeiten genutzt, gefolgt von Anfragen aus pädagogischen, erinnerungskulturellen und familiengeschichtlichen Interessen.

Neu in den Bestand aufgenommen wurden zehn Interviews mit Betriebsrätinnen und Betriebsräten, die von Knud Andresen für sein Projekt zur Geschichte der Gewerkschaften geführt wurden, zwei Interviews mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Geschichtswerkstätten, die von Lena Langensiepen geführt wurden, und vier Interviews im Rahmen des jährlich stattfindenden Besuchsprogramm für die Gruppe verfolgter ehemaliger Bürgerinnen und Bürger Hamburgs und ihrer Kinder, geführt von Linde Apel, Lena Langensiepen und Marlen Sundermann. Eine Teilnehmerin des Besuchsprogramms übergab der WdE ein Videointerview, das ihre Mutter 1997 mit der USC Shoah Foundation geführt hatte. Bis auf die Interviews von Lena Langensiepen, die bis zum Abschluss ihres Projekts gesperrt sind, stehen alle anderen Neuzugänge für die Nutzung zur Verfügung. Neben den zentralen Aufgaben der Bestandspflege und der Benutzerbetreuung waren die Mitarbeiterinnen der WdE auch in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit präsent bzw. wirkten mit dem Wissenstransfer in die nicht-wissenschaftliche Öffentlichkeit. Dazu gehörte die Konzeption des 6. Treffens des Netzwerk Oral History an der FU Berlin und der Besuch einer Gruppe der Bildungseinrichtung »Arbeit und Leben

Hamburg« im Rahmen eines Bildungsurlaubs. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem öffentlichen Dienst erhielten einen Einblick in Interviews zum Thema »Novemberpogrome 1938 in Hamburg«.

Die entsprechenden Aktivitäten von Linde Apel und Lena Langensiepen auf diesem Gebiet sind in diesem Tätigkeitsbericht aufgelistet.

Für folgende Veröffentlichungen, Abschlussarbeiten und Ausstellungen wurden Interviews oder Dokumente aus der WdE genutzt:

- Gabriela Fenyes / Barbara Guggenheim / Judith Landshut (Hg.), Das Jüdische Kochbuch aus Hamburg. The Jewish Cookbook from Hamburg, Hamburg / München 2018.
- Janine Schemmer, Hafenarbeit erzählen. Erfahrungs- und Handlungsräume im Hamburger Hafen seit 1950 (Forum Zeitgeschichte, Bd. 28), Hamburg 2018.
- Hannah Rentschler, »... ob wir nicht alle Feministinnen sind.« Die Arbeitsgemeinschaft Hamburger Frauenorganisationen im Kontext der Neuen Frauenbewegung 1966–1986, Universität Hamburg, 2018 (Masterarbeit).
- Klara Stock, Zwangsprostitution in den KZs Mittelbau-Dora und Buchenwald, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 2018 (Masterarbeit).
- Alena Uelzen, Sex-Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Staatlich errichtete Bordelle in Konzentrationslagern, Helmut-Schmidt-Universität Hamburg, 2018 (Masterarbeit).
- Lena Langensiepen, »Lebenslanger Einsatz für die Erinnerung: Esther Bauer«, in der Online-Ausstellung des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden »Jüdisches Leben seit 1945«.
- Lena Langensiepen / Kirsten Schaper, »Reaktionen auf den Krieg. Dokumente aus der Forschungsstelle für Zeitgeschichte anlässlich der Bombardierung Hamburgs im Sommer 1943«, Vitrinen-Ausstellung der FZH, Juli / August 2018.
- Vitrinen-Ausstellung des Instituts für die Geschichte der deutschen Juden und der FZH zur »Geschichte der Kindertransporte«, November 2018.

Die Werkstatt der Erinnerung freut sich über zahlreiche Kooperationsanfragen, die jedoch nicht alle umgesetzt werden konnten. Sie kooperiert weiterhin mit der Körber-Stiftung für den »Hamburg Wegweiser für den Geschichtswettbewerb des Bundespräsidenten«. Schülerinnen und Schüler recherchierten in den Beständen der WdE für ihre Wettbewerbsbeiträge zum Thema »So geht's nicht weiter. Krise, Umbruch, Aufbruch«. Neu ist die Zusammenarbeit mit dem Historiker Boaz Lev Tov und dem Erziehungswissenschaftler Kussaj Haj Yehia vom Beit Berl College in Israel, einer multikulturellen pädagogischen Hochschule, die ihre Absolventen für ein friedliches Miteinander der in Israel existierenden Kulturen befähigen möchte. »Tarasa«, ein dort konzipiertes hebräisch-, arabisch- und englischsprachiges Multimediaprojekt an der Schnittstelle von Oral und Public History, basiert auf dem Oral-History-Projekt »Time Tunnel«, in dem Studierende Interviews mit »regular people, Palestinians and Jews« führen. Die WdE hat Auszüge aus dem Interview mit der in Hamburg geborenen und nach Palästina eingewanderten Tova Lev sowie einige Dokumente auf »Tarasa« veröffentlicht. Die WdE kooperiert mit der KZ-Gedenkstätte Neuengamme im Rahmen eines Interviewprojekts zu deren Gründungsgeschichte. Die KZ-Gedenkstätte Neuengamme übernahm die Auswahl der zu interviewenden Personen. Linde Apel stellt ihre Expertise in der Durchführung und Nachbereitung der Interviews sowie für Workshops zur kollegialen Beratung der Interviewerinnen, bisher Sophia Annweiler, Alina Laura Tiewes, Christiane Eckel und Cornelia Siebeck, zur Verfügung. Die Interviews werden nach Abschluss des Projekts im Archiv der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und in der Werkstatt der Erinnerung für die interessierte Öffentlichkeit zur Verfügung stehen.

Die WdE hatte Besuch von zwei Gruppen von US-Amerikanerinnen und Amerikanern, die ein Stipendium des deutsch-amerikanisch-jüdischen Begegnungsprogramms Germany Close up erhalten haben, das Teil von Aktion Sühnezeichen/ Friedensdienste e.V. ist. Dazu gehörten Marina Eydelman und Yulia Levit, die das Projekt »Speak Memory« initiierten. Sie interviewen und fotografieren russisch-jüdische Überlebende des Zweiten Weltkriegs,

6. WERKSTATT DER
ERINNERUNG –
HAMBURGER LEBENS-
LÄUFE (WDE)

7. ÖFFENTLICHKEITS-
ARBEIT

die heute in den USA leben. Im Gespräch wurden Kooperationsmöglichkeiten erörtert und Interviewerfahrungen ausgetauscht.

Ein Schwerpunkt der Tätigkeit von Marlen Sundermann, der studentischen Mitarbeiterin der WdE, bestand in der notwendig gewordenen Überarbeitung der Transkripte. In der Anfangszeit der WdE wurden nicht immer alle Teile eines Interviews verschriftlicht. Zudem enthalten die Transkripte Hör- und Verständnisfehler. Auch historische Fachbegriffe waren nicht immer korrekt in Schrift übertragen worden. Marlen Sundermann hat damit begonnen, die Transkripte zu überarbeiten, die im Jahr 1990 entstanden sind. Dazu gleicht sie die Audioaufnahmen mit den Verschriftlichungen der Interviews ab und korrigiert sie.

Die Website über Interviews mit Jeckes, Israelis mit deutschen Wurzeln, wurde aktualisiert und optimiert. Die gesamte Website der WdE wird übrigens seit 2013 von der Bayrischen Staatsbibliothek langzeitarchiviert und kann über den dortigen Bibliothekskatalog eingesehen werden.

7. ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

(Maika Raap, M.A.)

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit stellt die Schnittstelle zwischen den wissenschaftlichen Arbeitsbereichen der FZH und der Öffentlichkeit dar, dient der Außendarstellung der Forschungsstelle und der Vermittlung der Forschungen an die Öffentlichkeit.

Die FZH präsentierte ihre Forschungen auch 2018 durch Einzelveranstaltungen, Tagungen und Workshops sowie durch Publikationen und zwei Vortragsreihen, letztere wurden erneut in das Allgemeine Vorlesungswesen der Universität Hamburg aufgenommen. Die verschiedenen Jahrestage 2018 schlugen sich auch thematisch in den Veranstaltungen nieder: Die Vortragsreihe »1968 – to be continued«, die sich den Wirkungen und Deutungen von

»1968« widmete, oder die szenische Lesung aus den Sitzungsprotokollen des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats, die an die Hamburger Ereignisse der Revolution von 1918 erinnerte. Für diese Veranstaltung konnten wir den historischen Musiksaal des Hamburger Gewerkschaftshauses nutzen und boten mit der Lesung einer Schauspielerin und eines Schauspielers gemeinsam mit der Landeszentrale für politische Bildung und dem DGB Hamburg ein besonderes Format. Ein weiteres Auswärtsspiel hatten wir im Speicherstadtmuseum, um dort im passenden Ambiente das Buch »Mit Rohkaffee handeln« von Dorothee Wierling zu präsentieren. Aus Sicht der Öffentlichkeitsarbeit ermöglichen diese außerhalb der FZH stattfindenden Kooperationsveranstaltungen eine vertiefende Vernetzung mit den beteiligten Institutionen und sorgen für eine Erweiterung unserer Verteiler.

Zu den ständigen Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit zählt, über die Arbeit und die Veranstaltungen der FZH zu informieren. Dies geschieht vor allem über regelmäßige Mailings an Einzelpersonen, Multiplikatoren und Medien sowie über die Ankündigungen mit Flyern und Plakaten. Die Veranstaltungstermine werden außerdem in unterschiedliche Online-Kalender eingestellt, über die wiederum Medien bedient werden. Seit September 2018 werden die Veranstaltungshinweise auch in den Social Media veröffentlicht. Maike Raap plant und pflegt mit der Unterstützung der studentischen Mitarbeiterin Hannah Rentschler den FZH-Twitterkanal. Über den Account wird nun regelmäßig über die Arbeit der FZH informiert und auf Projekte hingewiesen, wobei das Archiv, die Werkstatt der Erinnerung und die Bibliothek besonders eingebunden werden sollen. Bereits in den ersten beiden Monaten zeigte sich die positive Resonanz durch neue Vernetzung und zahlreiche Followerinnen und Follower.

Gemeinsam mit dem IT-Verantwortlichen Rupert Marienfeld aktualisiert Maike Raap die Website der FZH und füllt sie mit Inhalten. Birgit Steude kümmert sich um die Statistik der Websitenutzung: 2018 wurde die Website von 56 182 Personen aufgerufen (2017: 52 316), wobei durchschnittlich fünf Seiten je Besuch angesehen wurden (2017: 5). Die Möglichkeit, Veröffentlichungen über

die Website als Download abzurufen, wird gut genutzt. Hilfreich ist für die Nutzerinnen und Nutzer eine in diesem Jahr erstellte Liste auf der Website, die alle retrodigitalisierten Publikationen zusammenfasst und mit der entsprechenden Veröffentlichung verlinkt. 2018 war der Spitzenreiter »Zeitgeschichte in Hamburg 2015«, der mehr als 1300-mal abgerufen wurde, aber auch ältere, teilweise vergriffene Veröffentlichungen der FZH stehen hoch im Kurs. Über unsere Website ist auch die zentrale Medienplattform der Universität Hamburg, lecture2go, erreichbar. Der studentische Mitarbeiter Jan Freinsheimer schneidet die Audio-Aufzeichnungen ausgewählter FZH-Veranstaltungen, die dort eingestellt werden und jederzeit nachzuhören sind.

Die Anfragen der Medien an die FZH kommen weiterhin größtenteils von den öffentlich-rechtlichen Anstalten und den norddeutschen Printmedien. Besondere Beachtung fand das als Sonderband in unserer Reihe Forum Zeitgeschichte erschienene Buch über den Hamburger Kaffeehandel. Dorothee Wierlings Studie wurde u. a. in der FAZ und der Welt am Sonntag besprochen. Auch Mark Lengowskis Buch über das NS-Vermögen, das bereits 2017 erschienen ist, bekam medial viel Aufmerksamkeit und schaffte es außerdem auf die Shortlist für den Förderpreis Opus Primum 2018 der VolkswagenStiftung. Die Tagung »Perceptions of Apartheid in Western Europe 1960–1990«, die im September gemeinsam von der FZH und der Universität Kopenhagen veranstaltet wurde, wurde durch ein Feature des Deutschlandfunks nachbereitet. Der Deutschlandfunk berichtete außerdem ausführlich über die FZH-Vortragsreihe »Schön, gesund und produktiv? Der menschliche Körper als Thema der Zeitgeschichte«. Alle Medienberichte zur FZH werden archiviert und, sofern die Beiträge online abzurufen sind, mit der FZH-Website verlinkt. Eine Auswahl finden Sie in diesem Jahresbericht in der Rubrik Medienecho.

Maike Raap nahm an verschiedenen Planungstreffen von größeren Kooperationsveranstaltungen teil, die 2019 stattfinden werden. So hat sie gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern der Landeszentrale für politische Bildung und der BWFG eine Fest-

veranstaltung zu »100 Jahre Frauenwahlrecht« vorbereitet. Außerdem nahm sie mit Vertreterinnen und Vertretern Hamburger Wissenschaftseinrichtungen und der Presseabteilung der BWFG am Workshop zur Planung des »Sommer des Wissens« teil, der 2019 anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Universität Hamburg einmalig die im Zweijahresrhythmus stattfindende »Nacht des Wissens« ablösen soll. Joke Hannah Kabbert absolvierte eine Woche ihres Praktikums im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, wobei sie unterschiedliche Einblicke in das Arbeitsgebiet erhielt und u. a. bei der Planung von Veranstaltungen und der Vorbereitung des Jahresberichts eingebunden war.

Nicht zuletzt gehört auch der vorliegende Jahresbericht »Zeitgeschichte in Hamburg« in den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit. »Zeitgeschichte in Hamburg« wird seit 2003 von der FZH herausgegeben und feierte somit 2018 ein kleines Jubiläum. Der Jahresbericht wird zurzeit in einer Auflage von 1000 Exemplaren gedruckt und ist auf der Website als Download abrufbar. Maike Raap ist gemeinsam mit der stellvertretenden Direktorin, Kirsten Heinsohn, ständiges Redaktionsmitglied und neben der Redaktionstätigkeit auch für die Herstellung der Druckversion in Absprache mit der ausführenden Grafikerin verantwortlich. Der Jahresbericht erfreut sich großer Nachfrage und wird kostenlos an wissenschaftliche Institutionen im In- und Ausland, an Bibliotheken, an die Mitglieder der Hamburgischen Bürgerschaft sowie an Vertreterinnen und Vertreter der Medien und Interessierte verschickt.

8. VORTRÄGE / TAGUNGEN / VERANSTALTUNGEN 2018

VORTRAGSREIHEN



- (UM-)DEUTUNGEN. NEUESTE FORSCHUNGEN
ZUR ZEITGESCHICHTE
(Fortsetzung der Reihe aus dem Wintersemester 2017/2018)
Konzeption: Kirsten Heinsohn / Joachim Szodrzynski

11.1.2018

Marc-Simon Lengowski (Hamburg): Herrenlos und heiß begehrt.
Der Umgang mit dem ehemaligen NS- und Reichsvermögen in
Hamburg
Moderation: Kirsten Heinsohn (Hamburg)

- 1968 – TO BE CONTINUED ...
Konzeption: Linde Apel / Knud Andresen



Linde Apel und Knud
Andresen, Foto: FZH

19.4.2018

Detlef Siegfried (Kopenhagen): Konjunkturen
von »1968«. Mediale Bewertungen und Selbst-
thematisierungen ehemaliger Akteure
Moderation: Linde Apel (Hamburg)

3.5.2018

Linde Apel (Hamburg): Jenseits von 1968. Politische
Mobilisierung im Schwarzen Jahrzehnt. Moderation: Yvonne Robel
(Hamburg)

17.5.2018

Jan-Henrik Friedrichs (Hildesheim): Zuviel des Guten? Die »sexuelle
Revolution« und die Pädophiliedebatte der 1970er und 1980er Jahre
Moderation: Moritz Liebeknecht (Hamburg)

7.6.2018

Sabine Mecking (Duisburg): Protest und neue Protestkultur nach »1968«

Moderation: Knud Andresen (Hamburg)

26.6.2018

50 Jahre '68: Scheitern eines Glücksversprechens?

Podiumsdiskussion mit Barbara Sichtermann, Per Leo, Ulrich Klaus Preuß

Moderation: Kirsten Heinsohn (Hamburg)

Kooperationsveranstaltung mit der Körper-Stiftung im KörperForum

■ SCHÖN, GESUND UND PRODUKTIV? DER MENSCHLICHE KÖRPER ALS THEMA DER ZEITGESCHICHTE

Konzeption: Yvonne Robel / Christoph Strupp

1.11.2018

Hannah Ahlheim (Gießen): Ruhender Körper, träumende Seele.

Eine Geschichte des Schlafs im 20. Jahrhundert

Moderation: Yvonne Robel (Hamburg)

15.11.2018

Malte Thießen (Münster): Seuchenträger, bedrohte Kinder- und geschützte »Volskörper«. Eine Geschichte des Impfens von 1870 bis heute

Moderation: Sebastian Justke (Hamburg)

29.11.2018

Nina Mackert (Erfurt): Beef, Bohnen, Brühe. Kalorienzählen und soziale Ordnung in den USA, 1880–1930

Moderation: Christoph Strupp (Hamburg)

Vortragsreihen

- (Um-)Deutungen. Neueste Forschungen zur Zeitgeschichte
- 1968 – to be continued ...
- Schön, gesund und produktiv? Der menschliche Körper als Thema der Zeitgeschichte



Yvonne Robel und Hannah Ahlheim, Foto: FZH

Die Reihe wird 2019 fortgesetzt:

24.1.2019

Marcel Reinold (Münster): Doping als Konstruktion. Eine Kulturgeschichte der Anti-Doping-Politik im 20. Jahrhundert

Moderation: Linde Apel (Hamburg)

7.2.2019

Peter-Paul Bänziger (Basel): Vom arbeitenden zum konsumierenden Körper? Ein zeitgeschichtliches Narrativ auf dem Prüfstand

Moderation: Knud Andresen (Hamburg)

TAGUNGEN UND WORKSHOPS

■ 8. KOLLOQUIUM ZUR GESCHICHTE DER ARBEITSWELTEN UND GEWERKSCHAFTEN

2.2.2018, Universität Bielefeld, Graduate School in History and Sociology

Veranstalter: Bielefeld Graduate School in History and Sociology, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum, Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte der Universität Augsburg, Friedrich-Ebert-Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung

Mandy Stalder-Thon (Bochum): Der Einfluss der Neuen Frauenbewegung auf die Gewerkschaftsbewegung an den Beispielen DGB und ÖTV ■ Stefan Zeppenfeld (Berlin): Nach der »Gastarbeit«. Türkische Arbeitswelten im West-Berlin der 1970er und 1980er Jahre ■ Johanna Wolf (Leipzig): Transnationale Wege. Reaktionen von Metallgewerkschaftern auf die Globalisierung des Schiffbaus, 1949–1983

- **»... EINE HYPOTHEK, AN DER NOCH LANGE ZU TRAGEN SEIN WIRD.« RALPH GIORDANO UND DIE »ZWEITE SCHULD«: ZUR AKTUALITÄT EINER PUBLIZISTISCHEN INTERVENTION**
15./16.2.2018, KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Veranstalter:
KZ-Gedenkstätte Neuengamme in Kooperation mit der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)

15.2.2018

Begrüßung und Einführung

Einführung: Cornelia Siebeck

Panel 1: »Das Bedürfnis, sich der drängenden Bürde zu entziehen« – Wirken postnationalsozialistische Affektstrukturen und Schuldabwehrstrategien bis heute fort?

Chair: Oliver Decker

Impulse: Sebastian Winter, Yvonne Robel, Antonia Schmid

Panel 2: »... eine unverhohlene, energische und phantasievoll betriebene Entlastungspraxis« – (Dis-)Kontinuitäten im gesellschaftlichen Umgang mit NS-TäterInnenenschaft

Chair: Ulrike Jureit

Impulse: Sebastian Brünger, Isabell Trommer, Oliver von Wrochem

Panel 3: »Wird für sie, ganz egal, was von rechts kommt, der Hauptfeind nicht immer links stehen?« – Der bundesrepublikanische Antikommunismus und seine gesellschaftspolitischen Folgen

Chair: Constantin Goschler

Impulse: Max Fuhrmann, Enrico Heitzer, Dominik Rigoll

16.2.2018

Panel 4: »Der mündige Bürger war schließlich das letzte, was erwünscht war.« – Der »verordnete Antifaschismus« in der DDR und seine gesellschaftspolitischen Folgen

Chair: Dorothee Wierling

Impulse: Patrice Poutrus, Jan Riebe, Harry Waibel

Tagungen und Workshops

- 8. Kolloquium zur Geschichte der Arbeitswelten und Gewerkschaften
- **»... eine Hypothek, an der noch lange zu tragen sein wird.« Ralph Giordano und die »zweite Schuld«: Zur Aktualität einer publizistischen Intervention**

Einweihung der Bibliothek von Ralph Giordano in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Begrüßung: Detlef Garbe ■ Rede des Kultursenators der Freien und Hansestadt Hamburg, Carsten Brosda ■ Rede Marina Elli Jakob ■ Rundgang durch die Bibliothek

Panel 5: »Für uns war das Gefühl politischer und seelischer Ungeschützttheit ohnehin allgegenwärtig.« – Die (Nicht-)Wahrnehmung extrem rechter Kontinuitäten in der deutschen Mehrheitsgesellschaft

Chair: Gideon Botsch

Impulse: Massimo Perinelli, Michael Sturm, Lea Wohl von Haselberg

Abschlussdiskussion

Herausforderungen für eine kritische Gedächtnisarbeit

Podium: Dogan Akhanli, Anne Goldenbogen, Christoph Kopke, Axel Schildt, Moderation: Susann Lewerenz

■ PERCEPTIONS OF APARTHEID IN WESTERN EUROPE

1960 – 1990

Konferenz 13. – 15.9.2018, Universität Hamburg, Veranstalter:

Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Universität Kopenhagen

Tagungsbericht von Christopher Seiberlich auf S. 100



*Detlef Siegfried, Sebastian Justke und Knud Andresen,
Foto: FZH*

13.9.2018

Begrüßung und Einführung

Sebastian Justke (Hamburg) / Knud Andresen (Hamburg) / Detlef Siegfried (Kopenhagen)

Keynote I

Angelika Epple (Bielefeld): Beyond Othering.

Analyzing the Practices of Comparing

Moderation: Kirsten Heinsohn (Hamburg)

Panel 1: Paths of Perceptions

Sebastian Justke (Hamburg): Perceptions On-site, Apartheid and Lifestyles. West German Ministers and German-language

Congregations Abroad ■ Andrea Thorpe (Grahamstown):
Apartheid in the Black British Imaginary. Literary Solidarities
and Transnational Touchstones ■ Tal Zalmanovich (Jerusalem):
Screening Solidarity in Late 1960s Britain. Racism, Anti-Apartheid,
and a Televised Debate
Moderation: Christoph Marx (Duisburg-Essen)

14.9.2018

Keynote 2

Saul Dubow (Cambridge): Northern Platforms, Southern Vistas.
Astronomy and Apartheid
Moderation: Michael Wildt (Berlin)

Panel 2: Conscience or Capital? – Human Rights, Ethics & Economy

Knud Andresen (Hamburg): Multinational Corporations in South
Africa and the Code of Conduct. Commitment or Political Inter-
vention? ■ Jakob Skovgaard (Copenhagen): Naming and Shaming.
Anti-Apartheid and Corporate Social Responsibility ■ Benjamin
Möckel (Oxford): Anti-Apartheid Enterprises. Human Rights and
the Invention of the »Conscious Consumer« in the 1980s
Moderation: Jan Eckel (Tübingen)

Panel 3: International Entanglements in the Apartheid Conflict

Hanno Plass (Hamburg): Jewish Exiles in London and the Beginnings
of the Anti-Apartheid Movement ■ Simon Stevens (Sheffield):
The Turn to Boycotts and Sanctions in the Struggle against Apar-
theid ■ Anna Konieczna (Paris): Entangled perceptions? France,
Francophone Africa and (Anti-)Apartheid
Moderation: Alexander Sedlmaier (Bangor)

Panel 4: Experiences, Memories and Apartheid

Vincent Kuitenbrouwer (Amsterdam): Lingering Feelings of Kinship
between Dutch and Afrikaners during the Apartheid Era ■
Namara Burki (Paris): Beyond Perceptions. A Study of the French
Solidarity Movement with the Anti-Apartheid and Liberation
Struggle in South Africa, c. 1970–1990 ■ Georg Kreis (Basel):
The Swiss Perception of Apartheid-regime. More Similarities
than Differences?
Moderation: Dorothee Wierling (Berlin)

Tagungen und Work-
shops

- Perceptions of Apartheid
in Western Europe
1960–1990

15.9.2018

Panel 5: Reactions. Public Awareness of Apartheid

Detlef Siegfried (Copenhagen): Anti-Apartheid and the Politicization of Pop Music: Controversies Around the Mandela Concert 1988 ■

Andreas Kahrs (Berlin): Defending Apartheid or fighting Anti-Apartheid? South African Lobbyism and Propaganda in West Germany ■

Tal Sela (Jerusalem): Intellectuals and the Public Debates on Apartheid. The Case of Jean Paul Sartre

Moderation: Axel Schildt (Hamburg)

Abschlussdiskussion

Håkan Thörn (Gothenburg) und Christoph Marx (Duisburg-Essen)

Moderation: Knud Andresen (Hamburg)

■ **ARCHITEKTUR. POLITIK. GESCHLECHT.**

NEUE PERSPEKTIVEN AUF LEBEN UND WERK

MARGARETE SCHÜTTE-LIHOTZKYS

9./10.10.2018, Universitätsgalerie der Angewandten im Heiligenkreuzerhof Wien, Veranstalter: Universität für angewandte Kunst Wien, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)

Tagungsbericht von Anna Stuhlpfarrer auf S. 109



G. Bast, B. Reinhold, M. Bois und S. Herkt, Foto: Peter Kainz, Universität für angewandte Kunst Wien

9.10.2018

Begrüßung und Einführung

Gerald Bast (Wien), Bernadette Reinhold (Wien),

Marcel Bois (Hamburg), Silvia Herkt (Wien)

Geschlechterhistorische Perspektiven

Sabine Forsthuber-Plakolm (Wien): Beruf: »Frau Architekt«. Zur Ausbildung der ersten Architektinnen in

Wien ■ Christine Zwingl (Wien): »Planen und Bauen,

Euch Frauen geht es an« ■ Bernadette Reinhold (Wien): Margarete Schütte-Lihotzky – Auto/Biografische Konstruktionen

Moderation: Klara Löffler (Wien)

Stationen eines Architektinnenlebens

Sophie Debiasi Hochhäusl (Pennsylvania, USA): Architektur und genossenschaftliche Arbeit. Margarete Schütte-Lihotzky in der

Wiener Siedlerbewegung ■ Claudia Quiring (Dresden):
Neues Frankfurt – Netzwerk und Aufgaben ■ Monika Platzer
(Wien): Vergessene Architekturdiskurse zur »Demokratisierung«
Österreichs nach 1945
Moderation: Andreas Nierhaus (Wien)

Begegnungen

Günther Sandner (Wien): Freundschaft und Entfremdung:
Margarete Schütte-Lihotzky und Otto Neurath ■ Antje Senarclens
de Grancy (Graz): Margarete Schütte-Lihotzky und Herbert Eich-
holzer – ein Beziehungsnetz und seine Bedeutungen ■ David
Baum (Wien): Wilhelm Schütte – im Schatten Lihotzkys? ■ Marcel
Bois (Hamburg): Der unbekannt Mann an Schütte-Lihotzkys Seite:
Hans Wetzler
Moderation: Bernadette Reinhold (Wien)

10.10.2018

Transnationale Erfahrungen

Burcu Dogramaci (München): Intermezzo in Istanbul: Margarete
Schütte-Lihotzkys Projekte im türkischen Exil ■ Helen Chang
(Pittsburgh, USA): China 1934 und 1956 – »In welcher anderen
Situation betrete ich dieses Land wieder, als jene, in der ich es ver-
ließ.« ■ Carla Aßmann (Berlin): Konsequenz modern? Margarete
Schütte-Lihotzky als Beraterin der DDR-Bauakademie
Moderation: Karin Zogmayer (Wien)

Visionen des neuen Bauens für eine neue Gesellschaft

Thomas Flierl (Berlin): Margarete Schütte-Lihotzkys sowjetische
Erfahrung ■ Sebastian Engelmann (Tübingen): Margarete Schütte-
Lihotzkys »Haus der Kinder« – eine Verortung in Theorie und
Geschichte der Pädagogik ■ Christoph Freyer (Wien): Margarete
Schütte-Lihotzky: Bauten für Kinder
Moderation: Anne Kurr (Hamburg)

Die politische Margarete Schütte-Lihotzky

Elisabeth Boeckl-Klamper (Wien): Widerstand und Verrat.
Margarete Schütte-Lihotzky in Gestapohaft ■ Karin Schneider
(Wien): Grete Schütte-Lihotzky im Kontext der kommunistischen
Frauenbewegung nach 1945 ■ Manfred Mugrauer (Wien):

Tagungen und Work-
shops

- Architektur. Politik.
Geschlecht. Neue
Perspektiven auf Leben
und Werk Margarete
Schütte-Lihotzkys

Vom antifaschistischen Grundkonsens zur antikommunistischen Hegemonie. Die Ausgrenzung der KPÖ im Zuge des beginnenden Kalten Krieges

Moderation: Marcel Bois (Hamburg)

Rezeption der Frankfurter Küche

Marie-Therese Deutsch (Frankfurt am Main): »Fassadismus«.

Rezeption der Frankfurter Küche und Kunstmarkt ■ Änne Söll

(Bochum): Die Frankfurter Küche als Museumsobjekt

Moderation: Sophie Debiasi Hochhäusl (Pennsylvania, USA)

■ TRANSNATIONALER WISSENSAUSTAUSCH? WIRKUNGEN VON EXIL UND REMIGRATION AUF DIE WISSENSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN NACHKRIEGSDEUTSCHLAND

25./26.10.2018 KörberForum, Hamburg, Veranstalter: Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung in Kooperation mit der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)

Konzeption: Kirsten Heinsohn und Rainer Nicolaysen

25.10.2018

Strukturen der wissenschaftlichen Entwicklung nach 1945

Kirsten Heinsohn (Hamburg) / Rainer Nicolaysen (Hamburg):

Begrüßung und inhaltliche Einführung ■ Marita Krauss (Augsburg): Remigration und Disziplinengeschichte: neue Fragen? ■

Isabella Löhr (Leipzig): Bildungsmobilität und humanitäre Hilfe als Strukturbedingungen der modernen Universität

Moderation: Kirsten Heinsohn (Hamburg)

Entwicklungen in den Disziplinen I

Irmela von der Lühe (Berlin): »Ob ich bereit wäre, auf ein deutsches Ordinariat zurückzukehren?« Zur Erfahrung und Wirkung remigrierter Literaturwissenschaftlerinnen und Literaturwissenschaftler ■

Matthias Pasdzierny (Berlin): Immer noch die »deutsche aller Künste«? Musikwissenschaft in Deutschland und die Rückkehr aus dem Exil nach 1945

Moderation: Rainer Nicolaysen (Hamburg)



Foto: FZH

Tagungen und Workshops

- Transnationaler Wissensaustausch? Wirkungen von Exil und Remigration auf die wissenschaftliche Entwicklung in Nachkriegsdeutschland

Öffentlicher Vortrag

Mitchell Ash (Wien): Wissenschaftswandel durch Remigration: Erkundigungen und Thesen

26.10.2018

Entwicklungen in den Disziplinen II

Alfons Söllner (Chemnitz / Berlin): »Demokratiewissenschaft«?

Der Einfluss der Emigranten / Remigranten auf die bundesrepublikanische Politikwissenschaft ■ Oliver Römer (Göttingen): Remigranten, Dabeigewesene und Andere. Überlegungen zum ›vulkanischen Terrain‹ der westdeutschen Nachkriegssoziologie ■ Heinz Rieger (Hamburg): Zum Einfluss von Emigranten und Remigranten auf die Wirtschaftswissenschaft in Deutschland ■ Margrit Seckelmann (Speyer): Auf verschlungenen Wegen – Rezeption und Nichtrezeption der Arbeit exilierter bzw. remigrierter Rechtswissenschaftler in der jungen Bundesrepublik

Moderation: Rainer Nicolaysen (Hamburg)

Entwicklungen in den Disziplinen III

Annette Vogt (Berlin): Remigranten an der Berliner (Humboldt-) Universität (1946–1961) – eine Erfolgsgeschichte? ■ Sabine Schleiermacher (Berlin): Zirkulation von Wissen in Zeiten des Umbruchs: Neuorientierungen im Gesundheitswesen?

Moderation: Kirsten Heinsohn (Hamburg)

Abschlussdiskussion

Doerte Bischoff (Hamburg): Gedanken zur Tagung aus der Sicht einer Exilforscherin

Moderation: Kirsten Heinsohn (Hamburg) / Rainer Nicolaysen (Hamburg)

■ GESCHICHTSWERKSTÄTTEN: GESCHWUNDENE IDEALE – GEWACHSENE PROFESSIONALITÄT?

Workshop anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der Galerie Morgenland

2.11.2018, Galerie Morgenland / Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Veranstalter: Galerie Morgenland / Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH)

Begrüßung: Kirsten Heinsohn, Jörg Petersen und Anna Menny (alle Hamburg)

Detlef Siegfried (Kopenhagen): Die Rückkehr des Subjekts. Gesellschaftlicher Wandel und neue Geschichtsbewegung um 1980 ■

Lena Langensiepen (Hamburg): Zwischen Stadtteilkultur und neuer Geschichtsbewegung: Geschichtsinitiativen in Hamburg seit Ende

der 1970er Jahre ■ Carmen Smiatacz (Hamburg): Geschichtswerkstatt 2.0 oder wie gelingt die Zukunft?

Abschlussdiskussion

Moderation: Kirsten Heinsohn (Hamburg)



Foto: B. Meyer

WEITERE ÖFFENTLICHE VERANSTALTUNGEN

12.4.2018

Ursula Büttner (Hamburg): Fritz Valentin. Deutscher Patriot – jüdischer Verfolgter – christlicher Richter, Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg, Kooperation mit der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Hamburg e.V.

6.9.2018

»Mit Rohkaffee handeln«. Hamburger Kaffeeimporteure im 20. Jahrhundert, Buchpräsentation mit Dorothee Wierling (Berlin), Moderation: Christoph Strupp (Hamburg), Speicherstadtmuseum Hamburg, Kooperation mit dem Speicherstadtmuseum und dem Dölling und Galitz Verlag.

6.11.2018

»Die Sache ist doch die: Wir brauchen Geld!«
Szenische Lesung aus den Sitzungsprotokollen des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats, Gewerkschaftshaus Hamburg (Musiksaal), Veranstalter: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Landeszentrale für politische Bildung Hamburg, DGB Hamburg
Einführung von Knud Andresen (FZH), Lesung mit Mignon Remé und Oliver Hermann (Axensprung Theater)

20.11.2018

»Ausgrenzung oder Selbstisolation« – Linke SchriftstellerInnen und Widerstand Anfang der 1970er Jahre, 3001 Kino Hamburg, Veranstalter: Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), Christian-Geissler-Gesellschaft und der Internationalen Gisela-Elsner-Gesellschaft
Diskussion mit Christine Künzel (Dresden), Ingo Meyer (Bielefeld) und Knud Andresen (Hamburg)

Tagungen und Workshops

- Geschichtswerkstätten: Geschwundene Ideale – gewachsene Professionalität?

Weitere öffentliche Veranstaltungen

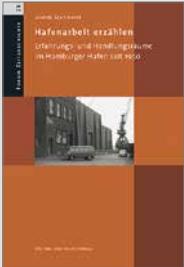


Dorothee Wierling und Christoph Strupp, Foto: FZH



Oliver Hermann und Mignon Remé; Foto: FZH

9. VERÖFFENTLICHUN-
GEN DER FZH
10. VERÖFFENTLICHUN-
GEN DER MIT-
ARBEITERINNEN
UND MITARBEITER
DER FZH



9. VERÖFFENTLICHUNGEN DER FZH

(Lektorat: Joachim Szodrzynski)

- Dorothee Wierling, *Mit Rohkaffee handeln. Hamburger Kaffee-Importeure im 20. Jahrhundert*, München/Hamburg 2018 (Forum Zeitgeschichte, Sonderband).
- Janine Schemmer, *Hafenarbeit erzählen. Erfahrungs- und Handlungsräume im Hamburger Hafen seit 1950*, München/Hamburg 2018 (Forum Zeitgeschichte, Band 28).

10. VERÖFFENTLICHUNGEN DER MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER DER FZH

KNUD ANDRESEN

- *Im Wurzelgeflecht der Zivilgesellschaft*, in: *Das Parlament*, Nr. 2–3, 8.1.2018.
- (mit Axel Schildt): *Geschichte und Bewertung*, in: *Erziehung und Wissenschaft*, Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW 4 (2018), S. 41–43.
- *Repräsentationen der Arbeit. Bilder – Erzählungen – Darstellungen*, hg. mit Michaela Kuhnhenne/Jürgen Mittag/Stefan Müller, Bonn 2018.
- (mit Michaela Kuhnhenne/Jürgen Mittag/Stefan Müller): *Arbeit und Repräsentation: Perspektiven historischer Analysen im Spannungsfeld von Politik-, Sozial- und Kulturgeschichte*, in: Knud Andresen u. a. (Hg.), *Repräsentationen der Arbeit. Bilder – Erzählungen – Darstellungen*, Bonn 2018, S. 7–20.
- *Youth in European contemporary history – a history of blurred boundaries?*, in: Gilberta Pavão Nunes Rocha/Rolando Landa Gonçalves/Pilar Damião de Medeiros (Hg.), *Juventude(s) pensar e agir*, V.N. Famalicão 2017, S. 19–31.

- Dissidente Kommunisten. Das sowjetische Modell und seine Kritiker, hg. mit Mario Kessler / Axel Schildt, Berlin 2018.
- Utopien sind der Brennstoff der Lokomotive – Heinz Brandt zwischen alter und Neuer Linken, in: Knud Andresen / Mario Kessler / Axel Schildt (Hg.), Dissidente Kommunisten. Das sowjetische Modell und seine Kritiker, Berlin 2018, S. 170–189.

LINDE APEL

- Kurzbeiträge zum Thema »Ravensbrück-Forschung gestern, heute und morgen«, in: Mitteilungsblatt der Österreichischen Lagergemeinschaft Ravensbrück und FreundInnen ÖLRG/F (Hg.), 70 + 1 Jahr, Wien, April 2018, Ausgabe 1, S. 6–7; S. 11; S. 15–16. <https://www.ravensbrueck.at/70plus1jahr/> [10.12.2018].
- Das Netzwerk Oral History, in: Zeitgeschichte in Hamburg 2017, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 2018, S. 124–127.
- Oral History in Deutschland. Ein unvollständiger Überblick, in: Der Archivar (2018), H. 2, S. 147–149.

KIRSTEN HEINSOHN

- »Also, ich bin eine Deutsche nicht mehr, eine Engländerin werde ich nie sein.« Erfahrungen und Deutungen einer fast vergessenen Antisemitismusforscherin, in: Maria Bühner / Maren Möhring (Hg.), Europäische Geschlechtergeschichten, Stuttgart 2018, S. 147–156.
- Frauenbewegung in der Weimarer Republik, in: Digitales Hamburg Geschichtsbuch, <https://geschichtsbuch.hamburg.de/epochen/weimarer-republik/frauen-in-der-weimarer-republik/> [10.12.2018]. (gekürzte Version aus: Rita Bake / Kirsten Heinsohn, »Man meint aber unter Menschenrechten nichts anderes als Männerrechte«. Zur Geschichte der Hamburger Frauenbewegung und Frauenpolitik vom 19. Jahrhundert bis zur Neuen Hamburger Frauenbewegung Ende der 1960er Jahre, Hamburg 2012.)
- Frauenpolitik in der Weimarer Republik, in: Dorothee Linnemann (Hg.), Damenwahl! 100 Jahre Frauenwahlrecht, Frankfurt 2018, S. 200–204.

- Knud Andresen
- Linde Apel
- Kirsten Heinsohn



- »Grundsätzlich gleichberechtigt«. Die Weimarer Republik in frauenhistorischer Perspektive, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 18–20 (2018), S. 39–45.
- Nach der Revolution. Politischer Aufbruch und hanseatische Traditionen, in: Hans-Jörg Czech / Olaf Matthes / Ortwin Pelc (Hg.), Revolution! Revolution? Hamburg 1918/19, Kiel / Hamburg 2018, S. 298–309.
- Volksgemeinschaft und Geschlecht. Zwei Perspektiven auf die Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus, in: Detlef Schmiechen-Ackermann u. a. (Hg.), Der Ort der »Volksgemeinschaft« in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, Paderborn 2018, S. 245–258.
- Wiederaufbau, Verwestlichung, Konservatismus: Die Bonner Republik (1949–1969), in: Zentralrat der Juden in Deutschland (Hg.), Perspektiven jüdischer Bildung. Diskurse – Erkenntnisse – Positionen, Berlin 2018, S. 180–191.
- Zusammenbruch und Kontinuitäten. Konservative Reaktionen auf die Revolution 1918/19, in: Andreas Braune / Michael Dreyer (Hg.), Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch? Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort, Stuttgart 2018, S. 85–100.

LENA LANGENSIEPEN

- »... die Zeit war reif, Geschichtswerkstätten zu machen«. Eine »neue Geschichtsbewegung« in Hamburg in den 1980er Jahren, in: Zeitgeschichte in Hamburg 2017, hg. von der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg, Hamburg 2018, S. 54–65.

MORITZ LIEBEKNECHT

- Sexualwissenschaft als Lebenswerk. Zur Biografie Hans Gieses (1920–1970), in: Janin Afken u. a. (Hg.), Jahrbuch Sexualitäten 2018, Göttingen 2018, S. 111–132.

YVONNE ROBEL

- (Hg. mit Malte Thießen), krank machen, WerkstattGeschichte 27 (2018), H. 78.



- Pathologisch faul? Das Nichtstun der »Massen« von 1890 bis in die 1930er Jahre, in: krank machen, Werkstatt*Geschichte* 27 (2018), H. 78, S. 57–71.
- (mit Inge Marszolek / Lisa Spanka): Stadt, Heimat, Region. Cross-mediale Konstruktionen im Hamburg der 1950er Jahre, in: Andreas Hepp / Sebastian Kubitschko / Inge Marszolek (Hg.), Die mediatisierte Stadt. Kommunikative Figurationen des urbanen Zusammenlebens, Wiesbaden 2018, S. 39–53.

MATTHIAS RÖHR

- Gebremste Vernetzung. Digitale Kommunikation in der Bundesrepublik der 1970/80er Jahre, in: Frank Bösch (Hg.), Wege in die digitale Gesellschaft. Computernutzung in der Bundesrepublik 1955–1990, Göttingen 2018, S. 252–273.

CHRISTOPH STRUPP

- Der Erste Weltkrieg als Katalysator politischen und administrativen Wandels in Hamburg, in: Olga Fejtová u. a. (Hg.), Nezměrné ztráty a jejich zvládní. Obyvatelstvo Evropských velkoměst a I. Světová Válka / Coping with Immeasurable Losses. The Population of European Cities and the First World War, Prag 2016 [erschienen 2018] (Documenta Pragensia, Bd. 35), S. 113–140.
- Wahrzeichen der Volksgemeinschaft. Nationalsozialistische Stadtpolitik: Themenfelder und Perspektiven, in: Informationen. Wissenschaftliche Zeitschrift des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933–1945 43 (2018), H. 87, S. 3–8.
- Freie und Hafenstadt Hamburg? Maritime Pfadabhängigkeiten in Hamburg seit den 1950er Jahren, in: Moderne Stadtgeschichte (2018), H. 2, S. 59–72.

- [Lena Langensiepen](#)
- [Moritz Liebeknecht](#)
- [Yvonne Robel](#)
- [Matthias Röhr](#)
- [Christoph Strupp](#)

11. REZENSIONEN
ÜBER VERÖFFENT-
LICHUNGEN DER
FZH UND VON MIT-
ARBEITERINNEN
UND MITARBEITERN
DER FZH

12. VORTRÄGE UND
ÖFFENTLICHE AUF-
TRITTE DER MIT-
ARBEITERINNEN
UND MITARBEITER
DER FZH

11. REZENSIONEN ÜBER VERÖFFENTLICHUNGEN DER FZH UND VON MITARBEITERINNEN UND MITARBEITERN DER FZH

(in Auswahl)

Knud Andresen, A European Youth Revolt in 1980/81? European Perspectives on Youth Protest and Social Movements in the 1980s, ed. Knud Andresen and Bart van der Steen, Basingstoke 2016.

- Jacob Warnecke, Rezension in: Francia recensio, DHI Paris 2 (2018), <https://journals.ub.uni-heidelberg.de/index.php/frrec/article/view-File/48461/42078> [10.12.2018].

Dorothee Wierling, Mit Rohkaffee handeln. Hamburger Kaffee-Importeure im 20. Jahrhundert, München/Hamburg 2018 (Forum Zeitgeschichte, Sonderband).

- Ulla Fölsing, Vielversprechende Zeiten. Eine Geschichte des Hamburger Kaffeehandels, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.6.2018.
- Fabian Boehlke, Rezension in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, 104 (2018), S. 248–250.

Marc Lengowski, Herrenlos und heiß begehrt. Der Umgang mit dem Vermögen des Deutschen Reiches in Hamburg nach 1945, München/Hamburg 2017 (Forum Zeitgeschichte Bd. 27).

- Fabian Boehlke, Rezension in: Zeitschrift des Vereins für Hamburgische Geschichte, 104 (2018), S. 219–221.

David Templin, Wasser für die Volksgemeinschaft. Wasserwerke und Stadtentwässerung in Hamburg im »Dritten Reich«, Hamburg/München 2016 (Forum Zeitgeschichte, Bd. 26).

- Henrik Eßler, Rezension in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 2 (2018), S. 182–184.

Markus Tiedemann, Gute Hanseaten – Sozialdemokraten. Das Hanseatische in Politik, Selbstdarstellung und Fremdwahrnehmung, Hamburger Sozialdemokraten 1918–1982, Hamburg / München 2017.

- Volker Stalman, Rezension, in: Das Historisch-Politische Buch 66 (2018), H. 1 [o. S.].

12. VORTRÄGE UND ÖFFENTLICHE AUFTRITTE DER MITARBEITERIN-NEN UND MITARBEITER DER FZH

KNUD ANDRESEN

- Politisierung am Rande? Lehrlingsbewegung und Gewerkschaftsjugend um 1970 in Norddeutschland, Vortrag auf der Tagung »1968. Gesellschaftliche Tagungen auf dem Lande«, Stadthagen, 22./23.2.2018.
- Multinational Companies in South Africa during Apartheid: A case of Labour Regulation or of human rights?, Vortrag auf der European Social Science History Conference, Queen’s University, Belfast, 5.4.2018.
- Moderation der Panels »Industrial Relations 1 + 2« auf der Konferenz »The Production of Information. Technologies, Media Markets, and Labour in the Twentieth Century«, Museum der Arbeit, Hamburg, 12. – 14.4.2018.
- Challenging the authoritarian society? ›1968‹ in West Germany, Vortrag auf der Tagung »Wrong Way Down A One Way Street: Opportunity Space. A round table in celebration of the 50th anniversary of the May 1968 events in Paris«, Museum of Modern Arts Moskau, 19.5.2018.
- Moderation des Vortrages Protest und neue Protestkultur nach ›1968‹ von Sabine Mecking, in der Reihe »1968 – to be continued ...«, FZH, 7.6.2018.

- Multinational Corporations in South Africa and the Code of Conduct. Commitment or Political Intervention? Vortrag auf der Tagung »Perceptions of Apartheid in Western Europe 1960–1990«, Universität Hamburg, 13. – 15.9.2018.
- Jugendprotest oder Studentenrevolte – die Jahre um 1968 in der Bundesrepublik, Vortrag auf der Tagung »Grenzenloses '68? – Parallelen, Wechselwirkungen und Differenzen zwischen Ost und West«, Grenzlandmuseum Eichsfeld, Teistungen, 20.9.2018.
- Einführung in »Die Sache ist doch die: Wir brauchen Geld!« Szenische Lesung aus den Sitzungsprotokollen des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrats, Gewerkschaftshaus Hamburg, 6.11.2018.
- Moderation der Podiumsdiskussion mit Christine Künzel und Ingo Meyer über »Ausgrenzung oder Selbstisolation. Linke SchriftstellerInnen und Widerstand Anfang der 1970er Jahre«, Kino 3001, Hamburg, 20.11.2018.
- Die Lehrlingsbewegung, Vortrag auf dem Treffen des Vereins für Arbeitergeschichte und DGB-Kreis Frankfurt, Frankfurt am Main, 21.11.2018.
- 1968 und die Arbeitswelten – die falsche Frage? Einführung in die Tagung »1968 – Aufbrüche in den Arbeitswelten. Neue Perspektiven auf die Gewerkschaftsgeschichte VII«, Düsseldorf, 13./14.12.2018.

LINDE APEL

- Moderation und Konzeption des Treffens des Netzwerks Oral History, mit Stefan Müller, Berlin, 16.2.2018.
- Moderation und Konzeption des Round-Table-Gesprächs Oral History in der Lehre, mit Karin Orth, Netzwerk Oral History, Berlin, 16.2.2018.
- Provinzen der Mobilisierung. Reaktionen auf 1968 im Schwarzen Jahrzehnt, »1968 – Gesellschaftliche Nachwirkungen auf dem Lande«, Stadthagen, 22./23.2.2018.
- Searching for Home. A Secondary Analysis of West-German Jewish / non-Jewish Oral History Interviews, European Social Science History Conference, Belfast, 5.4.2018.

- Einführung in die Vortragsreihe der FZH »1968 – to be continued...«, Hamburg 19.4.2018.
- Moderation des Vortrags »Konjunkturen von ›1968‹. Mediale Bewertungen und Selbstthematierungen ehemaliger Akteure« von Detlef Siegfried, Hamburg, 19.4.2018.
- Einführung in die Oral History. Geschichte, Methode, Perspektiven. Vortrag anlässlich eines Besuchs von 30 Studierenden der Universität Kopenhagen, Hamburg, 24.4.2018.
- Jenseits von 1968. Politische Mobilisierung im Schwarzen Jahrzehnt, Hamburg, 3.5.2018.
- The Workshop of Memory. An exceptional interview archive, Hamburg, 28.5.2018.
- An interviewee objects. And then what. On Oral history, power relations and ethics. XX International Oral History Association Conference, Jyväskylä, Finnland, 18. – 21.6.2018.
- Teilnahme an der Podiumsdiskussion »Wie wird man diesen Tag in der Geschichte nennen?« im Rahmen der Vernissage der Ausstellung »Es brennt!« Antijüdischer Terror im November 1938, Lübeck, 6.9.2018.
- Hamburg seit den 1950er Jahren. Schülergenerationen im gesellschaftlichen Wandel, Masterkurs Zeitgeschichte in der Psychotherapie, Hamburg, 14.9.2018.
- Über die Schwierigkeit, Familiengeschichte zu schreiben, Workshop zur Geschichte der Familie, Karlsruhe, 14.10.2018.
- Kommentar zu audio(-visuellen) Methoden und Quellen zur frühen Kindheit in der Geschichtswissenschaft und Entwicklungspsychologie, Workshop Oral History und die historische Forschung zur frühen Kindheit, Heidelberg, 19.11.2018.
- Einführung in die Oral History im Seminar Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft (Ronja Heinelt), Hamburg, 14.12.2018.

KIRSTEN HEINSOHN

- Moderation: Sektion: Hinein- und Hinausschreiben. Traditionsstiftung durch Ein- und Ausgrenzungen auf der Tagung »Verzicht auf Traditionsstiftung und Erinnerungsarbeit? Narrative der

- Knud Andresen
- Linde Apel
- Kirsten Heinsohn

- europäischen Frauenbewegung im 19. und 20. Jahrhundert«, Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, 20.3.2018.
- Die ungeliebte Revolution. Vortrag in der Reihe »Revolution! Revolution? Die Novemberrevolution 1918/19 in Hamburg und in Norddeutschland«, Hamburg, 3.5.2018.
 - Moderation: 50 Jahre '68: Scheitern eines Glücksversprechens? Podiumsdiskussion mit Barbara Sichtermann, Per Leo, Ulrich Klaus Preuß im KörperForum, 26.6.2018.
 - Moderation: »Asoziale« und »Berufsverbrecher« in den Konzentrationslagern 1933–1938, Buchvorstellung und Diskussion mit Julia Hörath, Michael Wildt und Thomas Roth, Hamburger Institut für Sozialforschung, 2.7.2018.
 - Frauen und Frauenbewegung in der Revolution 1918, Vortrag auf der Tagung »Die Novemberrevolution im deutsch-russischen Kontext« der Deutsch-Russischen Geschichtskommission, Institut für Zeitgeschichte München, 6.7.2018.
 - Moderation: Angelika Epple (Bielefeld): Beyond Othering. Analyzing the Practices of Comparing, Vortrag auf der Tagung »Perceptions of Apartheid«, Hamburg, 13.9.2018.
 - Politische und rechtliche Gleichstellung der Frauen: Chancen und Grenzen, Vortrag auf der Tagung der Friedrich Ebert Stiftung / Hans Böckler Stiftung: Gewerkschaften in revolutionären Zeiten – Europa 1917–1923, Berlin, 11.10.2018.
 - Moderation und Tagungsleitung: Transnationaler Wissensaustausch? Wirkungen von Exil und Remigration auf die wissenschaftliche Entwicklung in Nachkriegsdeutschland, Konferenz der Herbert und Elsbeth Weichmann Stiftung in Kooperation mit der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg (FZH), KörperForum, Hamburg, 25./26.10.2018.
 - Moderation: Geschichtswerkstätten: Geschwundene Ideale – gewachsene Professionalität? Workshop zum 40-jährigen Jubiläum der Galerie Morgenland, Hamburg, 2.11.2018.
 - Die Einführung des Frauenwahlrechts in Vergleichsperspektiven, Vortrag auf der Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung »Revolution und Demokratiegründung 1918/19 – 100 Jahre Aufbruch zur Sozialen Demokratie in Deutschland«, Berlin, 9.11.2018.

- Eva G. Reichmann – C.V. Mitarbeiterin und Interpretin der deutsch-jüdischen Geschichte im 20. Jahrhundert, Vortrag auf der Konferenz »Ein Jubiläum ohne Jubilar – 125 Jahre Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens«, Potsdam, 12.11.2018.
- Moderation: Panel »Zielsetzungen jüdischer Pressearbeit« auf der Konferenz »Ein Jubiläum ohne Jubilar – 125 Jahre Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens«, Potsdam, 13.11.2018.
- Podiumsdiskussion mit Ulrich Schöler, Ralf Stegner und Bettina Greiner: Weltkrieg, Spaltung, Revolution Sozialdemokratie 1916–1922, Willy Brandt Haus Lübeck, 19.11.2018.
- Die Revolution 1918/19, Vortrag am Institut ENGEROM der Universität Kopenhagen, 23.11.2018.
- Ein langer Weg. 100 Jahre Wahlrecht für Frauen, Vortrag auf der Veranstaltung des Landesfrauenrates Schleswig-Holstein und des Landesbeauftragten für politische Bildung »Macht für die Mehrheit!« – 100 Jahre Frauenwahlrecht, Kiel, 30.11.2018.
- 100 Jahre Frauenwahlrecht, Vortrag vor dem Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung und Senioren der Bezirksversammlung Altona, Hamburg, 3.12.2018.

SEBASTIAN JUSTKE

- Perceptions On-site, Apartheid and Lifestyles. West German Ministers and German-language Congregations Abroad, Vortrag auf der internationalen Konferenz »Perceptions of Apartheid in Western Europe 1960–1990«, Hamburg, 13.9.2018.
- Desmond Tutu and the West. Internationalization, Prominence and the Struggle against Apartheid, Vortrag auf der internationalen Konferenz »Celebrity and Protest in Africa and in the Anti-Apartheid Struggle«, Universität Kopenhagen, 31.10.2018.
- Moderation des Vortrags »Seuchenträger, bedrohte Kinder- und geschützte ›Volkkörper‹. Eine Geschichte des Impfens von 1870 bis heute« von Malte Thießen in der Reihe »Schön, gesund und produktiv? Der menschliche Körper als Thema der Zeitgeschichte«, FZH, 15.11.2018.

- Kirsten Heinsöhn
- Sebastian Justke

LENA LANGENSIEPEN

- Eine neue Geschichtsbewegung? Die Hamburger Geschichtswerkstätten in den 1980er und 1990er Jahren, Vortrag beim Nordlichtertreffen an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, 20./21.4.2018.
- Zwischen Stadtteilkultur und neuer Geschichtsbewegung: Geschichtsinitiativen in Hamburg seit Ende der 1970er Jahre, Workshop anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der Galerie Morgenland, »Geschichtswerkstätten: Geschwundene Ideale – gewachsene Professionalität?«, Hamburg, 2.11.2018.
- Moderation des Vortrags »»Make German-America great again!« Deutsch-Amerikanische Identitätspolitik und das Gedenken an den Holocaust« von Julia Lange im Rahmen der Vortragsreihe der Jungen Hamburger Geschichtswissenschaft, Hamburg, 26.11.2018.

MORITZ LIEBEKNECHT

- Moderation des Vortrags Jan-Henrik Friedrichs: »Zuviel des Guten? Die ›sexuelle Revolution‹ und die Pädophiliedebatte der 1970er und 1980er Jahre« in der Vortragsreihe »1968 – to be continued ...«, FZH, 17.5.2018.
- 12. April 1950 – Die Stunde Null der Deutschen Gesellschaft für Sexuallforschung. Ergebnisse aus dem Forschungsprojekt »Die DGfS von 1950 bis in die 1970er Jahre. Zum Verhältnis von Sexualwissenschaft und öffentlichem Sexualitätsdiskurs«, Berlin, 8.6.2018.

YVONNE ROBEL

- Das Sprechen über »Opferkonkurrenz« als Ausdruck von Schuldabwehr? Vortrag im Rahmen der Tagung »»... eine Hypothek, an der noch lange zu tragen sein wird.« Ralph Giordano und die ›zweite Schuld‹: Zur Aktualität einer publizistischen Intervention«, KZ-Gedenkstätte Neuengamme, 15.2.2018.
- Johann Trollmann – Die erinnerungskulturelle Aneignung einer Lebensgeschichte. Vortrag im Rahmen der Tagung »Sinti und Roma in Niedersachsen – Geschichte und Gegenwart«, Stiftung niedersächsische Gedenkstätten / Gedenkstätte Ahlem, Hannover, 10.3.2018.

- Moderation des Vortrags von Linde Apel: Jenseits von 1968. Politische Mobilisierung im Schwarzen Jahrzehnt, Vortragsreihe »1968 – to be continued ...«, FZH, 3.5.2018.
- »Asoziale« im Nationalsozialismus. Stigmatisierung, Verfolgung und zögerliche Erinnerung. Vortrag im Rahmen der Veranstaltungsreihe »Die Verfolgung und Vernichtung sogenannter Asozialer durch die Nationalsozialisten und ihre bis heute fehlende Anerkennung als NS-Opfer«, Hamburg, 14.6.2018.
- Tunix – Krankfeiern – Null Bock. Praktiken des Nichtstuns als Protest und Provokation. Vortrag in der Sektion »Verpönte Partizipation. Aus- und Eingrenzungen durch unkonventionelles Protestverhalten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts«, 52. Historikertag, Münster, 28.9.2018.
- Antiziganismus vor Ort. Zum Potenzial lokal- und regional-geschichtlicher Perspektiven. Vortrag in der Sektion »Minderheitengeschichte als historische Subdisziplin? Minderheits- und Mehrheitskonstellationen am Beispiel der Sinti und Roma in der BRD«, 52. Historikertag, Münster, 28.9.2018.
- Einführung in die Vortragsreihe »Schön, gesund und produktiv? Der menschliche Körper als Thema der Zeitgeschichte« und Moderation des Vortrags von Hannah Ahlheim: Ruhender Körper, träumende Seele. Eine Geschichte des Schlafs im 20. Jahrhundert, FZH, 1.11.2018.
- Viel Lärm um Nichts? Die öffentliche Wahrnehmung von Faulheit und Müßiggang in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Projektvorstellung im Oberseminar »Forschungen zur Neueren und Neuesten Geschichte« der Justus-Liebig-Universität Gießen, 28.11.2018.
- Viel Zeit für Nichts? Utopien der Muße und Faulheit. Vortrag im Rahmenprogramm der Ausstellung »OUT OF OFFICE. Wenn Roboter und KI für uns arbeiten«, Museum der Arbeit Hamburg, 10.12.2018.

CHRISTOPH STRUPP

- Moderation des Panels »Dutch-German Networks« beim 10. Workshop des Arbeitskreises Deutsch-Niederländische Geschichte:

- Lena Langensiepen
- Moritz Liebeknecht
- Yvonne Robel
- Christoph Strupp

- »Creative Communities in Cities and Regions. Historical Case-Studies from Germany and the Netherlands«, Fryske Akademy, Leeuwarden, 23.2.2018.
- Moderation des Panels »La ville portuaire face aux cycles économiques et techniques« auf der Tagung »La Résilience des Villes Portuaires en Europe. Crises et Réinventions (XVIe-XXe Siècles)«, Université du Littoral-Côte d'Opale, Dünkirchen, 17.5.2018.
 - Diskutant beim Workshop »Westfalen. 70-20: Regionalität und Globalität in der jüngsten Zeitgeschichte«, LWL-Institut für westfälische Regionalgeschichte, Münster, 14. / 15.6.2018.
 - Maritime Museums and Historic Ships in Hamburg: Staging the Past of a Port City, Vortrag in Sektion M 18: Writing the Resilience of Port Cities (1800–2000), 14. Kongress der European Association for Urban History, Rom, 31.8.2018.
 - Hamburg's »Policy of the Elbe«: Reconnecting to Eastern Europe Across the Iron Curtain, Vortrag in Sektion M 31: East meets West: Urban History and the Cold War, 14. Kongress der European Association for Urban History, Rom, 31.8.2018.
 - Moderation der Buchpräsentation »Mit Rohkaffee handeln. Hamburger Kaffeeimporteure im 20. Jahrhundert« mit Dorothee Wierling, Speicherstadtmuseum, Hamburg, 6.9.2018.
 - A Rush to the Coast? Industrialization Policies in the Seaports of the North Range after 1945, Vortrag auf der ICMC Regional Conference »Ports. Nodes of Globalization. History, Perspectives, Museums«, Museum für Hamburgische Geschichte, Hamburg, 18.10.2018.
 - »Tor zur Welt« und »Mittler zwischen Ost und West«. Die Hamburger Sehnsucht nach einer geopolitischen Mittlerstellung im Kalten Krieg, Vortrag auf der Tagung »Die Ver-Ortung der Bundesrepublik. Ideen und Symbole politischer Geographie nach 1945«, Universität Duisburg-Essen, Essen, 15.11.2018.
 - Moderation des Vortrags »Beef, Bohnen und Brühe. Kalorien zählen und soziale Ordnung in den USA, 1880–1930« von Nina Mackert in der Reihe »Schön, gesund und produktiv? Der menschliche Körper als Thema der Zeitgeschichte«, FZH, 29.11.2018.

13. MEDIENECHO

(in Auswahl)

- Petra Schellen, »Opfer bekamen nichts vom NS-Vermögen«, in: die tageszeitung / taz.de, 11.1.2018. (Marc Lengowski)
- Dennis Betzholz, Die Profiteure des Nazi-Erbes, in: Welt am Sonntag / welt.de, 28.1.2018. (FZH)
- Marie Löwenstein, Aktuell: Wie war's? Vor 50 Jahren startete erster Aufklärungs-Film, in: NDR, 1.2.2018. (Moritz Liebeknecht)
- Johanna Meyer-Lenz, Die Revolution 1918/19 in Hamburg. Ereignisse, Vergleiche und Bewertungen, in: H-Soz-Kult, 12.2.2018. (FZH)
- Christoph Rybarczyk, Goldenes Buch: So verschleiert Hamburg die Nazi-Geschichte, in: Hamburger Abendblatt, 1.3.2018. (FZH)
- Vera Bianchi, Linke Zwischengruppen – vor, mit und jenseits der Neuen Linken in beiden deutschen Staaten, Tagungsbericht, in: H-Soz-Kult, 13.3.2018. (FZH)
- Alexander Diehl, »Kein Elitenphänomen«, Interview mit Detlef Siegfried, die tageszeitung (taz nord) / taz.de, 19.4.2018. (FZH)
- Luisa Hommerich / Martin Eimermacher, 1968 in Hamburg: »Es ging um die eigene Würde«, in: Die Zeit, 17.5.2018. (Knud Andresen)
- Daniela Remus, 21. Juni 1948 – Der Geburtstag der D-Mark, in: NDR Info, 21.6.2018. (Christoph Strupp)
- Ursula Storost, »Mit Kaffee handeln. Studie über hanseatische Kaufleute« in: Deutschlandfunk, 28.6.2018. (Dorothee Wierling, FZH)
- Norbert F. Pötzl, Die nicht so ehrbaren Kaffeehändler vom Sandtor-kai, in: Spiegel Online, 11.7.2018. (FZH)
- Dennis Betzholz, Kaffee mit Schuss. Hamburgs Kaffeehändler wollen Harmonie und gründeten einen Verein, in: Welt am Sonntag, 2.9.2018. (Dorothee Wierling, FZH)
- Ursula Storost, Apartheid, Tagungsbericht, in: Deutschlandfunk, 20.9.2018. (Sebastian Justke / Knud Andresen)
- »Wir schlafen nicht zum Vergnügen«, Historikerin über vergesellschaftete Nachtruhe, Interview mit Hannah Ahlheim, die tageszeitung / taz.de, 30.10.2018. (FZH)
- Katharina von Tschurtschenthaler, Beitrag zur Novemberrevolution, Tagesschau um 14.00 Uhr, 5.11.2018. (Knud Andresen)

- Christopher Seiberlich, Perceptions of Apartheid in Western Europe 1960–1990, Tagungsbericht, in: H-Soz-Kult, 7.11.2018. (FZH)
- Ursula Storost, Schön, gesund und produktiv? Die Optimierung des menschlichen Körpers als Thema einer Vortragsreihe der Hamburger Forschungsstelle für Zeitgeschichte, in: Deutschlandfunk, 13.12.2018. (Yvonne Robel / Christoph Strupp)

14. LEHRVERANSTALTUNGEN

SOMMERSEMESTER 2018

KIRSTEN HEINSOHN

- Gesellschaftsgeschichte Deutschlands 1945–1973, Vorlesung, Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte.

SEBASTIAN JUSTKE

- Glaube in der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1990, Proseminar, Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte.

CHRISTOPH STRUPP

- Themen und Theorien der Zeitgeschichte im 20. Jahrhundert, Übung, Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte.

WINTERSEMESTER 2018/19

KNUD ANDRESEN

- Rechtsextremismus in Deutschland seit 1949, Hauptseminar, Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte.

KIRSTEN HEINSOHN

- Nach dem Krieg. Deutschland 1945–1969, Einführungskurs, Teil 1, Universität Hamburg, Fachbereich Geschichte.



FZH Forschungsstelle
für Zeitgeschichte
in Hamburg